Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

135. Sitzung

Bonn, Freitag, den 17. März 1989

Inhalt:



(A) (C)

135. Sitzung

Bonn, den 17. März 1989

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsident Westphal: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe den Zusatztagesordnungspunkt 12 auf:

Aktuelle Stunde

Politische Reaktion auf den Hungerstreik von Gefangenen aus der „Rote-Armee-Fraktion" und anderen

Die Fraktion DIE GRÜNEN, meine Damen und Herren, hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem genannten Thema verlangt.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Dr. Vollmer.

(B)

Frau Dr. Vollmer (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 1. Februar haben Gefangene der **Rote-Armee-Fraktion** ihren zehnten Hungerstreik begonnen. Sie haben diesen mit einer **Erklärung** angekündigt, die sich in Form und Inhalt von früheren Erklärungen unterscheidet; sie ist sehr existentiell gehalten. Wer überhaupt hören will, muß dies einfach hören, diesen Versuch, nur noch mit dem eigenen Kopf zu denken und von der eigenen Situation auszugehen. So heißt es: „Wir machen so nicht mehr weiter, aber wir ertragen es so auch nicht mehr." Oder: „Von allen Seiten will man was von uns, aber wir können nicht zusammen reden und kaum noch handeln." Oder: „Wir wollen jetzt an der gesamten politischen Diskussion teilnehmen."

Es gibt in dieser Erklärung Passagen, die die paradoxe Situation andeuten, daß ein extremes Mittel, der Hungerstreik, nicht mehr der Verhärtung dienen soll, sondern der Öffnung. So fordern die Gefangenen am Ende selbst „einen Dialog, eine politische Auseinandersetzung mit allen gesellschaftlichen Gruppen".

Das sind neue Töne. Gleichzeitig gibt es alte bekannte Passagen. Es macht keinen Sinn, in diese Erklärung mehr hineinzuinterpretieren, als sie zunächst hergibt. Es macht aber jeden Sinn, in **Gespräche** einzutreten, die die angedeutete Bereitschaft, über die Gesamtsituation, über alles nachzudenken, aufnehmen und vertiefen. Diese Chance darf nicht vertan werden.

Gleichzeitig ist dieser Hungerstreik mit einer tödlichen Dramaturgie verbunden, die jeder ernst nehmen muß. Nach dem anfänglichen Streik aller treten in einer „Hungerstafette" alle zwei Wochen zwei neue in die Reihe der Hungernden ein. Die ersten, Karl-Heinz Dellwo und Christa Eckes, hungern heute den 45. Tag. Ihr Gesundheitszustand ist kritisch.

Unsere Haltung zu dieser Frage war immer eine dialogische. Es ist der verzweifelte Versuch, gleichzeitig eine Position der solidarischen menschlichen Nähe wie der politischen Differenz auszuhalten. Es ist der Versuch, von keiner Seite instrumentalisiert zu werden. Es ist aber auch der Versuch, eine tödliche Zuspitzung des Konflikts zu vermeiden und die Chance — die geringe Chance — für Verhandlungen offenzuhalten. Das ist in Zeiten wie diesen fast unmöglich.

Die Gefangenen — und mehr als sie die Unterstützer-Komitees — fordern uns zur rituellen Wiederholung ihrer Forderungen auf. Die staatlichen Stellen fordern uns auf, uns doch still zu verhalten und den Gefangenen allenfalls zu vermitteln, daß alles doch keinen Sinn hat und daß sie aufhören sollen.

(D)

Wir sind aber notorisch der Meinung, daß sich etwas bewegen muß. Und wir sind ebenso notorisch der Meinung, daß der Staat in diesem Konflikt am längeren Hebel sitzt, daß er sich nichts vergibt, wenn er endlich einen **humanen Strafvollzug** herstellt, auch und gerade für diese Gefangenen.

Wir haben die Lügerei und auch das Instrumentalisiertwerden gründlich satt. Wir fordern, daß **Haftunfähige** wie Günter Sonnenberg und Bernd Rößner sofort entlassen werden. Wir finden **Isolation** unmenschlich und menschenunwürdig. Dazu rechne ich ausdrücklich auch die uneinsichtige Trennung der Gefangenen von den Menschen, mit denen gerade sie eine gemeinsame Geschichte teilen und ohne die kein einziger Schritt der Veränderung für sie möglich sein wird.

Wir finden ebenso, daß es zwar verständlich, aber eben doch ein Spiegelbild der staatlichen Sonderbehandlung dieser Gefangenen ist, wenn sie selbst nun für alle RAF-Häftlinge einen einzigen oder zwei Sondertrakte fordern, wo doch einmal Holger Meins für die Forderung nach Normalvollzug gestorben ist.

Wir empfinden es als den Gipfel der Absurdität und der Brutalität, wenn die Bundesanwaltschaft Menschen, die in einen Hungerstreik treten, also das letzte Mittel einsetzen, was Gefangenen überhaupt möglich

Frau Dr. Vollmer

(A) ist, um existentielle Forderungen auszudrücken, mit einer **Anklage wegen § 129a StGB** bedroht.

Es ist ja alles kein Spiel. Alle Seiten haben nur noch unheimlich wenig Zeit. Jeder, der die Entwicklung der letzten Jahre studiert hat, weiß, was ablaufen wird, wenn es auf der einen oder auf der anderen Seite zu Toten kommen wird. Es wird zu Toten kommen, wenn nicht gehandelt wird.

Ich fordere alle, denen an einer **friedlichen Lösung** dieses Konfliktes liegt, auf, alles, aber auch alles zu tun, damit es dazu nicht kommt. Ich bitte die Gefangenen, sich von niemandem benutzen zu lassen, sondern bei den eigenen Überlebensinteressen zu bleiben, bei der eigenen Identität. Ich fordere die Unterstützer auf, die Gefangenen nicht in eine unrealistische Hoffnung zu treiben.

(Sehr wahr! bei der SPD)

Ich fordere die staatlichen Stellen auf, auf menschliche Hoffnungen nicht mit einem tödlichen und doch so nichtssagenden „Wir lassen uns von niemand erpressen" zu reagieren. Wir sind kurz vor der Wiederauflage einer heillosen **gesellschaftlichen Polarisierung,** die wir schon einmal hatten. Wir sollten überlebensklug genug sein, diese **Todesspirale** nicht noch einmal bis zum bitteren Ende durchzuprobieren.

Da rasen nämlich zwei Gespensterzüge aufeinander zu. Alle sehen es, und niemand will eingreifen. Aber es stimmt nicht, daß die Technik versagt und das Schicksal seinen Lauf nehmen muß. Es sind immer noch Menschen, die die Hebel der Bremsen durch politische Signale in der Hand haben.

(B) (Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Laufs.

Dr. Laufs (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die inhaftierten Terroristen der Rote-Armee-Fraktion setzen ihren Kampf gegen unseren Staat mit anderer Taktik und Methode fort. Gegenwärtig läuft eine neue, planmäßig organisierte Aktion, die sich an eine lange Reihe früherer Kampagnen anschließt. Durch eine besonders dramatisch auf Leben und Tod angelegte **Hungerstreikkette** soll der Staat erpreßt werden, vor den Forderungen der terroristischen Häftlinge in die Knie zu gehen.

Ich möchte mit aller Klarheit sagen: Diese unmenschliche Hungertaktik ist ein völlig unzweckmäßiges politisches Druckmittel. Wir fordern die Häftlinge auf, sich zu besinnen und von ihrem selbstzerstörerischen Tun abzulassen. Sympathisanten sollten erkennen, daß das Ziel der Häftlinge die Kapitulation des Rechtsstaates ist. Sie selbst werden nur als Werkzeuge zur Erreichung dieses Ziels benutzt.

Wir alle sollten uns in die Pflicht nehmen — ich sage das ganz besonders auch an die Adresse der GRÜNEN —, dazu beizutragen, das Klima zu entgiften, statt es weiter anzuheizen.

Unverzichtbares Element dieser spektakulären Kampagne gegen die verfassungsmäßige Ordnung ist eine breite **Öffentlichkeitsarbeit.** Diese Aktuelle (C) Stunde der GRÜNEN dient genau dem Zweck, öffentliche Aufmerksamkeit auf die RAF-Häftlinge zu lenken.

(Dr. Lippelt [Hannover] [GRÜNE]: Unverschämtheit! — Zuruf von der SPD: Frechheit!)

Wir erinnern daran, daß alle früheren Aktionen von der Mobilisierung einer militanten solidarischen Praxis der Gesinnungsgenossen im terroristischen Umfeld begleitet waren. Es kam zu Brand- und Sprengstoffanschlägen, Sachbeschädigungen, unfriedlichen Demonstrationen und zu Besetzungsaktionen. Vor vier Jahren wurde Ernst Zimmermann im Zusammenhang mit einem Hungerstreik ermordet.

Es ist ohne Zweifel so, daß der militante Protest auf der Straße und die Gewalttaten nicht ohne Wirkung auf die öffentliche Meinung sind. Von daher ist es wichtig, daß der Staat und die Justizbehörden auf rechtsstaatlich einwandfreie Weise fest bleiben und gelassen reagieren.

Ich möchte feststellen: Die verurteilten RAF-Terroristen sind keine politischen Gefangenen und schon gar nicht Kriegsgefangene. Ihre krampfhaften **politischen Begründungsversuche** für ihre Untaten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie sich schwerer und schwerster Verbrechen schuldig gemacht haben.

Sie sollen nicht anders behandelt werden — nicht schlechter, aber auch nicht besser — als vergleichbare andere Gewalttäter und Mörder. Wegen der anhaltenden revolutionären Strategie, die aus den Haftanstalten heraus verfolgt wird, muß **besonderen Sicherheitserfordernissen beim Strafvollzug** entsprochen (D) werden. Die Wahrung der jedem Häftling zustehenden Grund- und Menschenrechte ist dabei ein hohes Gebot.

Gegen die Maßnahmen des Strafvollzugs hat es permanente Proteste der terroristischen Gefangenen gegeben. Ihre Beschwerden sind auch mehrfach der **Europäischen Menschenrechtskommission** in Straßburg vorgetragen worden. Die Kommission hat in keinem Fall eine Verletzung der Menschenrechtskonvention erkennen können. Es gibt keine Folter und keine Isolationshaft in unseren Haftanstalten.

Die Justizbehörden der Bundesländer stehen bei einer sich zuspitzenden Bedrohungslage vor der schwierigen Aufgabe, der Fürsorgepflicht des Staates und der Menschenwürde der Gefangenen ebenso Rechnung zu tragen wie den Erfordernissen eines rechtsstaatlichen Strafvollzugs für gefährliche Gefangene.

Wir vertrauen auf die Fähigkeit unserer Institutionen, mit einer eskalierenden Situation fertigzuwerden, ohne sich erpressen zu lassen und ohne den Forderungen nach irgendeinem Sonderstatus für RAF-Häftlinge nachzukommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Däubler-Gmelin.

(A)

Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind noch ziemlich am Anfang der Aktuellen Stunde. Ich denke, wir sollten deshalb eine kurze Überlegung anstellen, welchen Sinn sie eigentlich haben soll.

Der Sinn könnte darin bestehen, Einigkeit darüber zu erzielen, daß wir hier genausowenig wie die Kolleginnen und Kollegen in Hamburg, die gestern in der Bürgerschaft diskutiert haben, oder die Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen, die dieses Thema ebenfalls gestern erörtert haben, ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Hungerstreikenden sind, auch nicht derjenigen, die sie unterstützen. Die Einigkeit, die wir herstellen sollten, geht auch in eine andere Richtung: daß heute hier kein Platz sein sollte für parteipolitisch motivierte Auseinandersetzungen oder gar den Kampf um die Luftherrschaft über den Stammtischen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich denke, wir tragen auch **Verantwortung,** obwohl wir, jedenfalls nicht im Bundestag, zu dem Kreis der verantwortlich Handelnden gehören. Es geht um Menschenleben. Wir sollten die Verantwortung, die wir gerade auch für die Hungerstreikenden haben, die wegen terroristischer Gewalttaten verurteilt wurden und sich jetzt wieder bis zu ihrem eigenen Tod fanatisch verrennen, ernst nehmen.

Wir tragen aber auch Verantwortung dafür, soweit wir können, dabei mitzuwirken, daß sich jener schreckliche Kreis — Opfer von Menschenleben durch Gewalt, staatliche Reaktion und neue Gewalt — nicht wieder schließt. Er zieht alle diese bitteren Folgen an Leid und Schaden auch für unseren inneren Frieden nach sich, die wir nun wahrhaftig lange genug kennen.

(B)

Was können wir heute sagen? Ich denke, wir sollten feststellen, daß es einen **Sonderstatus oder Sonderrechte** für politisch motivierte Gewalttäter nicht gibt und nicht geben kann, daß sie nicht richtig und auch nicht wünschenswert sind, und zwar weder bei der Anwendung der Strafgesetze noch im Strafvollzug. Wir sollten klar herausstellen, daß das Forderungspaket der Hungerstreikenden deshalb nicht durchsetzbar sein kann und daß es eine schreckliche, ja eine tödliche Illusion wäre, wenn die heutige Aktuelle Stunde bei den Hungerstreikenden selber, bei ihren Angehörigen und bei allen, die mit ihnen sprechen können — dieser Kontakt muß ja ausgebaut werden; ich denke, da sind wir einig —, daran Zweifel aufkommen lassen könnte.

Aber wir sollten auch klar und deutlich erklären, daß wir, wenn wir sagen, es kann keine Sonderrechte und keinen Sonderstatus geben, auch dazu ermutigen müssen, daraus die Folgerungen zu ziehen, wo immer das möglich ist, gerade weil die vorhandene Zeit so schrecklich schnell abäuft: Bei der **Begnadigung** gibt es sehr dankenswerte Schritte von Ministerpräsidenten der Länder. Bundespräsident von Weizsäcker hat letzte Woche eine wohlüberlegte und durchdachte Entscheidung getroffen. Die Angriffe gegen ihn waren das weniger, weil sie diese Sonderrolle und den Sonderstatus verurteilter Terroristen eher bestätigt haben.

(C)

Aber, meine Damen und Herren, noch etwas sollte als Signal von der heutigen Aktuellen Stunde ausgehen: Folgerungen können und müssen auch im **Strafvollzug** in bezug auf Hungerstreikende und politisch motivierte und wegen terroristischer Gewalttaten verurteilte Straftäter gezogen werden.

Ich spreche hier den **Normalvollzug** an. Ich frage mich wirklich, und ich frage alle, die verantwortlich handeln müssen, ob es noch ausreichen kann zu erklären, warum das im Einzelfall nicht möglich ist. Ich meine: Nein. Ich spreche auch die Frage der **Hochsicherheitstrakte** an, deren Auswirkungen — wir wissen das heute — mehr als bedenklich und zweifelhaft sind.

Meine Damen und Herren, es gibt in den letzten Tagen eine ganze Reihe anderer Überlegungen. Sie sind öffentlich geworden; sie hätten schon längst von den zum Handeln Verantwortlichen aufgegriffen werden müssen, ausgelotet werden können,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

und wir danken all denen, die das wirklich ernsthaft versuchen.

Uns Sozialdemokraten geht es darum, auch heute diese Aufforderung zu unterstreichen und den Appell an die Verantwortlichkeit der Handlungsbeauftragten zu unterstützen. An der Bestärkung falscher Positionen oder auch an der Verhärtung falscher oder zu starrer Fronten, Herr Laufs, beteiligen wir uns nicht.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Lippelt [Hannover] [GRÜNE])

(D)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wolfgramm.

Wolfgramm (Göttingen) (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Die FDP-Bundestagsfraktion ist der Meinung, daß eine Behandlung dieses Themas heute hier im Interesse aller Betroffenen niemandem dienlich und nicht hilfreich ist, und wir meinen auch, daß es einer Verantwortung auch derjenigen bedarf, die diese Anträge heute gestellt haben. Wir werden uns an dieser Debatte deshalb nicht beteiligen.

(Frau Nickels [GRÜNE]: Sie sind aber ein Feigling!)

— Das, Frau Nickels, bestätigt unmittelbar meine Anmerkung.

Vizepräsident Westphal: Ich habe den Zuruf „Feigling" gehört. Der gehört hier nicht her, Frau Nickels. Es ist nicht parlamentarisch, sich gegenüber einem Kollegen so zu äußern.

Das Wort hat der Bundesminister der Justiz.

Engelhard, Bundesminister der Justiz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte die heutige von den GRÜNEN durchgesetzte Aktuelle Stunde für verfehlt, nicht etwa deshalb, weil die Bundesregierung eine öffentliche Diskussion über den gegenwärtigen zehnten Hungerstreik von Inhaftierten aus dem RAF-Bereich in der Sache zu scheuen hätte. Im Gegenteil, zu den Forderungen, den Zielen, der Motiva-

Bundesminister Engelhard

(A) tion der Hungerstreikenden gäbe es viel zu sagen, und es gäbe bei dieser Gelegenheit auch viele grobe Unrichtigkeiten und Unwahrheiten, die umlaufen, zu widerlegen und richtigzustellen. Verfehlt ist diese Aktuelle Stunde nach meiner Überzeugung wegen ihres Zeitpunktes.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Herr Minister, wir haben fünf Wochen in Ruhe etwas versucht, und jetzt haben wir das Ende der sechsten Woche!)

Seit dem 1. Februar 1989 dauert jetzt dieser Hungerstreik mit wechselnder Beteiligung nach einem exakt eingehaltenen Plan an. Sechs Gefangene nehmen zur Zeit daran teil, davon zwei durchgehend von Anfang an. Nach allem, was wir wissen, müssen wir den Willen der Hungerstreikenden, ihre Forderungen durchzusetzen, ernst nehmen.

In einer solchen Situation muß derjenige, der politische Verantwortung trägt — dies ist neben den für den Strafvollzug zuständigen Justizministern der Länder auch der Bundesjustizminister — eine klare Meinung über die gebotene und **angemessene Reaktion des Staates** haben. Er muß seine Linie eng mit den anderen Verantwortlichen in Bund und Ländern abstimmen, aber er darf auf keinen Fall öffentlich darüber sprechen. Das berechtigte öffentliche Informationsbedürfnis muß im Interesse einer Lösung der schwierigen Lage vorübergehend zurückstehen. Hierfür bitte ich Sie, meine Damen und Herren, um Verständnis. Zu gegebener Zeit wird man darüber und über vieles mehr einmal öffentlich und in aller Offenheit sprechen müssen. Heute ist dafür jedoch mit

(B) Sicherheit nicht der richtige Zeitpunkt. In der aktuellen Situation würden dadurch nach meiner Überzeugung die Ziele gefährdet, die wir jetzt vor Augen haben müssen und die nur durch zähe, beharrliche Kleinarbeit im Stillen verfolgt werden können.

Dieser Hungerstreik darf keine **Menschenleben** fordern, weder am Hungerstreik Gestorbene noch durch neue Terroranschläge Ermordete. Unser Bemühen, die im weitesten Sinne in den Terrorismus Verstrickten für eine freie und friedliche Gesellschaft zurückzugewinnen, darf durch diesen Hungerstreik nicht ein Ende finden.

Ich bekenne meine Sorge, daß gerade, was den letzten Punkt betrifft, der jetzige Hungerstreik einen schweren Rückschlag für Bemühungen bedeutet, die seit fast eineinhalb Jahren in aller Stille laufen. Auch hier im Raume sind Personen, die dazu einen Beitrag geleistet haben. Es wäre wirklich traurig, wenn diese schwierige Arbeit jetzt zunichte gemacht würde. Ich kann Ihnen heute nur versichern, daß alle staatlichen Stellen und daß Persönlichkeiten außerhalb des staatlichen Bereichs, die mit den Problemen befaßt sind, mit Sensibilität, mit Augenmaß und mit Vernunft vorgehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schmude.

Dr. Schmude (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Bundesjustizminister hat uns mit vollem Recht auf die besondere **Zuständigkeit der Länder** für die Unterbringung in Strafanstalten hingewiesen. Die Strafvollzugsbehörden und die Justizministerien der Länder haben die Verantwortung in diesem Bereich. Man sollte meinen, sie hätten genügend Darstellungskraft, um auf Vorwürfe zu erwidern, die gegen sie und die von ihnen veranlaßten Haftbedingungen erhoben werden.

(C)

Leider zeigt die Erfahrung in den früheren Fällen dieser Art, daß das Gegenteil der Fall ist: Die für viele Außenstehende unübersichtliche Zuständigkeitsverteilung ermöglicht es den Verantwortlichen, in der Deckung zu bleiben. Das aber ist bei krisenhafter Zuspitzung völlig unzureichend; es ist nicht zu verantworten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diejenigen, die politisch die Verantwortung haben, dürfen sich nicht wie Zaunkönige im Gestrüpp der föderal geregelten Kompetenzen verstecken, und Sie, Herr Bundesjustizminister, sollten solches Verstecken hier nicht noch ermutigen und dazu ermuntern.

(Beifall bei der SPD und GRÜNEN)

Ich mache eine ausdrückliche Ausnahme für den nordrhein-westfälischen Justizminister **Krumsiek,** der sich vorgestern sehr vernehmlich und ausführlich geäußert hat. Ich meine, die anderen sollten sich ein Beispiel daran nehmen, sollten reden, sollten aufklären, sollten gesprächsfähig und gesprächsbereit und auch handlungsfähig bleiben, gerade in den bevorstehenden Wochen, statt in den Osterurlaub zu verschwinden.

(D)

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Und wo erreichen wir Sie?)

Andere sitzen dann da und wissen nicht, was sie tun sollen. Auch dafür gibt es Beispiele.

Wenn **Vorwürfe wegen der Haftbedingungen** erhoben werden, wenn von Sonderbedingungen, von Isolation, von Einschränkungen, von Haftunfähigkeit und von anderem gesprochen wird, gibt es ja nur die beiden Alternativen: Sie sind richtig, oder sie sind falsch; in jedem Fall sind sie von öffentlichem Gewicht. Ist daran etwas richtig, so ist es zu ändern, besser heute als morgen. Ist es falsch, wovon ich in weitestem Umfang ausgehe, dann ist zu erläutern, warum es falsch ist, ist der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft zu geben,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

sind Vorwürfe zu entkräften, nicht erst bei Zuspitzung, sondern von Anfang an.

Wenn Sie, Herr Engelhard, hier sagen, es gebe viel zu sagen, wir brauchten die Auseinandersetzung nicht zu scheuen, dann frage ich: Warum scheuen Sie sie dann? Warum scheuen andere sie und lassen sich darin von Ihnen noch bestärken? Nein, Drückebergerei und Ausschweigen sind in einer solchen Situation völlig unvertretbar.

(Frau Nickels [GRÜNE]: Und tödlich!)

Wo **besondere Haftbedingungen** erforderlich sind, da soll man das Erfordernis auch sichtbar machen. Dabei wird man natürlich überprüfen müssen, ob sie

Dr. Schmude

(A) noch erforderlich sind, und sie gegebenenfalls ändern. Jedenfalls geht es darum, politisch verantwortlich zu handeln und handlungsfähig zu bleiben, statt die Probleme auf die Fachebene abzudrücken und sich auszuschweigen.

Die vermeidbare Zuspitzung, den Konflikt mit großer Außenwirkung, sollte man umsichtig vermeiden, und man sollte dabei beweglich bleiben, wo immer es möglich ist.

Wenn Gespräche zu führen sind, dürfen sie nicht wegen des laufenden Hungersstreiks verweigert werden. Eine Ablehnung im Hinblick auf den Hungerstreik ist ja nur eine sich stark gebende Sturheit, hinter der sich Schwäche und Unfähigkeit verbergen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nein, der Hungerstreik ist kein Hinderungsgrund. Mit denen, mit denen zu reden ist, sollte man immer reden, mit und ohne Hungerstreik.

Meine Damen und Herren, auch für Täter aus dem Terrorismusbereich gilt wie für andere Straftäter: Recht muß nicht nur geschehen; es muß auch jederzeit als Recht erkennbar sein. Daß es Recht ist, muß sichtbar gemacht werden. Dabei bleibt die Selbstprüfung, ob man noch richtig handelt, niemandem erspart. Aber das ist in unserem demokratischen Rechtsstaat keine Last und kein Risiko; das ist ein Gewinn. Man sollte davon auch Gebrauch machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Seesing.

(B)

Seesing (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch in der Vergangenheit ist der Hungerstreik von Untersuchungshäftlingen und Strafgefangenen als politisches Kampfmittel betrachtet und benutzt worden. In der Vergangenheit haben die organisierten Hungerstreiks von RAF-Mitgliedern in der Öffentlichkeit, aus welchen Gründen auch immer, größere Aufmerksamkeit gefunden.

Jetzt wird uns vom zehnten Hungerstreik seit 1973 berichtet. Er hat dieses Mal eine neue Struktur erhalten; Frau Vollmer ist darauf eingegangen. Erstmals wenden Terroristen in deutschen Gefängnissen eine Methode an, die von **IRA-Mitgliedern** bis zur letzten Konsequenz durchgehalten wurde. 1981 starben dabei zehn IRA-Mitglieder.

In früheren Jahren wurde in der Öffentlichkeit heftig darum gestritten, ob Häftlinge im Hungerstreik gegen ihren entschiedenen Willen **zwangsernährt** werden dürften oder gar zwangsernährt werden müßten oder eben nicht. Seit 1985 haben wir eine andere Rechtslage. Sie wurde vom Deutschen Bundestag beschlossen, als gerade der neunte Hungerstreik von RAF-Mitgliedern stattfand.

Heute wie damals stellt man sich die Frage, was Menschen in diese Form der Auseinandersetzung mit dem Rechtsstaat treibt. Ich habe versucht, das mir zugängliche Material, insbesondere die **Hungerstreik-Infos,** so gründlich zu lesen, wie es bei der Fülle an Arbeit nur möglich war. Die Hauptforderung scheint mir die nach der **Zusammenlegung der RAF-Häftlinge** in eine oder zwei große Gruppen zu sein. (C) Dabei wird so argumentiert, als wenn es sich bei diesen Gefangenen nicht auch um Mörder, Räuber oder Erpresser handelte. Nein, sie fühlen sich als Gefangene eines verhaßten Systems, das sie glauben auf jede Weise bekämpfen zu können. Sie glauben, für sich besondere Rechte in Anspruch nehmen zu dürfen. Das Zusammenlegen ganzer Gruppen von Terroristen wäre ein solches besonderes Recht.

Diese Gefangenen befinden sich in den Justizvollzugsanstalten, weil sie große Schuld auf sich geladen haben. Manche von ihnen haben das eingesehen. Bei anderen scheint ein entsprechender Denkprozeß begonnen zu haben. Ich befürchte, daß der gegenwärtige Hungerstreik vor allem dazu dienen soll, die Nachdenklichen unter den Terroristen wieder in die nach meiner Auffassung bestehende Organisation zu zwingen. Dabei wird bewußt in Kauf genommen, daß hier Leben in Gefahr gerät. Der Gefangene muß wissen, daß er wie jede andere Person die Verantwortung für eine freiwillige und eigenverantwortliche Nahrungs- oder Behandlungsverweigerung selbst zu tragen hat. Er kann diese Verantwortung nicht auf einen fiktiven Gegner abwälzen.

Hier sind also Menschen auf dem Wege, in furchtbarer Verblendung das eigene Leben wegzuwerfen, um wieder andere Menschen gegen diesen Staat und gegen unsere Gesellschaft zu mobilisieren. Jeder, der heute in einen Hungerstreik tritt, weiß von unserer Rechtslage. Diese heißt: Mit dem Eingreifen eines Arztes ist so lange nicht zu rechnen, wie der Gefangene diesem ärztlichen Tun widerspricht oder gar Widerstand leistet. Das freie **Selbstbestimmungsrecht des Gefangenen** wird anerkannt, wenn es um seine (D) Person und um sein Leben geht. Der einzelne hat gegenüber dem Staat auch keine Pflicht zur Erhaltung des eigenen Lebens. Eine Rechtspflicht zum Weiterleben besteht nicht. Insoweit darf der Staat erst dann eingreifen, wenn sich der Betroffene selbst nicht mehr helfen kann, es sei denn, er wünscht von sich aus Hilfe anderer.

Ich sehe, daß es da Abgrenzungsschwierigkeiten zum **Sozialstaatsprinzip** geben kann, das verbietet, jemanden sich und seinem Schicksal zu überlassen. Das Selbstbestimmungsrecht muß aber wohl Vorrang haben.

Ich möchte wünschen, daß die inhaftierten RAF-Mitglieder einsehen, daß die gegenwärtigen Haftbedingungen bestehenbleiben müssen. Ich bin überzeugt, daß nur so Möglichkeiten zur Selbstbesinnung des einzelnen oder der einzelnen geschaffen werden oder erhalten bleiben können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Penner.

Dr. Penner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie hungern, und sie nennen es Streik; nicht alle tun es, aber doch eine erkleckliche Anzahl von **inhaftierten Mitgliedern der** sogenannten **RAF,** verurteilt teils wegen Mordes, teils wegen anderer schwerster Straftaten zu hohen Freiheitsstrafen. Das

Dr. Penner

(A) Ziel der Aktion ist vage: Zusammenlegung ist das eine Stichwort, Dialog mit der Gesellschaft ein anderes.

Wir wissen, der **Strafvollzug** muß die Balance in seinem inneren Gefüge halten und muß mit nicht einfachen Problemen fertig werden. Ich denke nicht nur an den § 101 des Strafvollzugsgesetzes, der die Umstände künstlicher Ernährung gesetzlich absichert. Der Handlungsspielraum ist sehr begrenzt, selbst wenn die Formel „der Staat darf nicht erpreßbar sein" nicht beschworen wird und damit Handlungsmöglichkeiten auf nahezu Null gebracht werden.

Nein, die konkreten Fragen sind hier entscheidend. Bei Terroristen sind manche Möglichkeiten verstellt, die sonst offen erschienen, auch wenn einiges heutzutage mehr unter dem Gesichtspunkt Befürchtung oder gar Angst vor Gefährdung eingeordnet werden kann und der realen Lage nicht mehr entsprechen dürfte.

Wichtig bleibt: Gerade die Kontakte miteinander und untereinander unterliegen nicht der Disposition von Häftlingen.

Ich will nicht verhehlen, daß Schwächen im Verständnis staatlichen Strafens häufig in der Sackgasse ausschließlichen Reagierens steckenbleiben, das Handlungsmöglichkeiten des Staates verstellt und damit das Gesetz des Handelns jenen überlassen kann, denen das eigentlich nicht zukommen darf.

Ich weiß aber andererseits, daß gerade bei schwersten Straftaten der Strafcharakter der Sühne gewichtig ist, auch weil das Ansteigen übermächtig werden-(B) der privater Vergeltungssuche gerade dadurch aufgefangen wird.

Das darf jedoch nicht als Brücke für schematisiertes Handeln verstanden werden. Strafvollzug und Strafvollstreckung erlauben nach dem geltenden Recht differenziertes Vorgehen auch bei Tätern, die gefährlich sind, die gefährlich gewesen sind oder die sich gefährlich gebärden. In diesem Rahmen ist es nicht verantwortungslos, sondern eher das Gegenteil mit zu bedenken, wie sich ein Handeln oder Unterlassen von Behörden für oder gegen die innere Sicherheit auswirken kann.

Gerade deshalb ist es wichtig, daß die nun nicht gerade für weltentrückte Duseleien und Verschwommenheiten ausgewiesenen Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik dabei Anstöße geben, um aus den Problemen herauszukommen. Gerade weil sie über die Mauern von Vollzugsanstalten hinaussehen müssen und den Schutz vor Straftaten draußen mit zu garantieren haben, hat das einen einleuchtenden Grund.

Gegenwärtig geht es vorrangig darum, Straftaten zu verhindern und menschliches Leben zu schützen und zu bewahren. So verstehe ich auch die Signale aus dem Sicherheitsbereich. Gewiß dürfen wir nicht der Gefahr erliegen, beklagte Sachverhalte für gegeben zu erachten, weil sich die beschwerdeführenden Häftlinge größerer öffentlicher Aufmerksamkeit sicher sein können als andere. Aber ebenso falsch wäre es, auch nur den Eindruck unbeweglicher Prinzipienreiterei zu erwecken, wenn es denn so wäre.

(C) Wir möchten dazu ermutigen, den Rat gerade der auf die Wahrung der Interessen der inneren Sicherheit verpflichteten Behörden unbefangen zu gewichten.

Keiner wird auf den Gedanken kommen, die Justiz dabei in die Ecke des Rechtsbruchs oder der Bevorzugung zu manövrieren. Aber richtig bleibt: Justiz kann auch Geschehen außerhalb der Justizvollzugsanstalten beeinflussen. Es ist zu hoffen, daß es gelingt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Frau Dr. Vollmer [GRÜNE])

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Stark.

Dr. Stark (Nürtingen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann nicht verhehlen, daß ich mich über die drei Beiträge zu diesem Thema aus der SPD-Fraktion wundere. Zwei ließen meines Erachtens erkennen, worum es hier geht und was ihre Einstellung dazu ist, obwohl wir für den Haftvollzug nicht unmittelbar zuständig sind. Aber es gab einen seltsamen Beitrag des Kollegen Schmude. Ich habe mich gefragt: Was wollte er eigentlich sagen? Ist er der Meinung, wir hätten **Isolationshaft** im Knast, wir hätten unmenschliche **Haftbedingungen,** oder ist er nicht dieser Meinung?

(Frau Nickels [GRÜNE]: Sie haben gemerkt, daß es ein bemerkenswerter Beitrag war!)

(D) Ist er der Meinung, daß der **Hungerstreik der Gefangenen** — der zehnte an der Zahl — ein vernünftiges Mittel ist oder nicht? Wenn jemand so spricht, wie es meine Großmutter einmal charakterisiert hat: „So kannst Du es sagen; da kann jeder herauslesen, was er will", dann halte ich das nicht für eine gute Rede.

(Frau Nickels [GRÜNE]: Das war eine sehr gute Rede!)

Manche Leute meinen, solche Reden seien gute Reden. Ich bin der Auffassung, es war keine, Herr Schmude, weil ich nicht herausgehört habe, wofür Sie sind und was Sie wollen.

Meine Damen und Herren, es spielt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle: Haben wir in der Bundesrepublik Isolationshaft, haben wir unmenschliche Haftbedingungen für die terroristischen Gefangenen,

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja!)

haben wir Folter?

Diese Kampfbegriffe gilt es kurz zu untersuchen. Ich möchte das an Hand des Beispiels einer Gefangenen tun, die sich am Hungerstreik beteiligt. Ich möchte untersuchen, unter welchen Bedingungen sie hier bei uns in Haft ist. Ich möchte den Namen zu ihrem Schutz vorläufig nicht nennen. Der spielt auch keine Rolle. Es ist ein geprüfter, nachweisbarer Fall.

Es geht zunächst einmal um den **Haftraum.** Der beträgt 9 Meter.

(Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: Quadratmeter! Wenn schon, dann richtig zitieren!)

Dr. Stark (Nürtingen)

(A) — 9 Quadratmeter, Frau Däubler-Gmelin. Unsere Abgeordnetenzimmer — nicht ihres — im Langen Eugen haben nicht viel mehr.

(Dr. Vogel [SPD]: Was soll diese dumme Bemerkung! Ein geschmackloser Vergleich!)

Sie hat als Grundausstattung Bett, Tisch, Schrank, Stuhl, Waschbecken mit Ablage und Wandspiegel, Toilette, Wandlampe, Steckdose, Bilderleiste.

(Dr. Nöbel [SPD]: Das ist unglaublich!)

— Ja, das ist wichtig. Das hat übrigens ein SDP-Minister so aufgezählt — damit das klar ist.

(Dr. Schmude [SPD]: Das wissen wir ja!)

An persönlichen Gegenständen hat sie zahlreiche eigene Kleidungsstücke — sie darf eigene Kleidung tragen —, Körperpflegemittel und Kosmetika, eine Lese- und Tischlampe, Schreibmaschine, zahlreiche Aktenordner und Schnellhefter mit Schriftstücken, Radio mit Kassettenrekorder und 20 Musikkassetten, Tageszeitungen und Tageszeitschriften. Diese Gefangene bezieht insgesamt zehn Zeitungen täglich, darunter die „taz", die „Welt", die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", „Herald Tribune", „Spiegel",

(Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: Der „Spiegel" kommt nicht täglich!)

„Demokratie Palästina", „Middle East" und „Kurdistan-Report". Das sind Tatsachen. Sie darf 30 Bücher im Zimmer haben. Sie hat nebenan einen Raum, wo (B) sie weitere Zeitschriften und Bücher und die persönliche Habe unterbringen kann.

Sie hat Gemeinschaftshofgang. Der Minister beschreibt noch, daß der Hof eine Grünfläche mit Bäumen und Sträuchern als Bepflanzung aufweise. Sie kann am Gemeinschaftsgottesdienst teilnehmen und hat Umschluß, d. h. es gibt einen gemeinsamen Raum mit Fernseher und Tischtennisplatte.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Ich möchte beinahe annehmen, der Herr Stark will damit tauschen!)

Meine Damen und Herren, wer hier behauptet, das sei Isolationshaft oder Folterhaft — —

(Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: Das tut doch niemand!)

— Entschuldigung, dann lesen Sie doch die Infos, verehrte Frau.

(Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: Aber hier doch nicht!)

Es kamen Anklänge von Frau Vollmer, daß die Haftbedingungen unmenschlich seien. Das hat sie gesagt.

(Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: Das ist doch nicht wahr! Doch nicht die von Frau Eckes!)

Dieser Kampfbegriff muß weg, meine Damen und Herren.

(C) Wenn Sie dann noch wissen, daß diese Gefangene im Jahr tausend Briefe bekommt und tausend abschickt — —

(Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: Das sind 971! Zitieren Sie doch richtig! Sie kennen doch die Presseerklärung von gestern!)

— Sehr gut. Aber Sie liegen falsch. Es sind nicht 971, es sind 917, Frau Däubler-Gmelin.

(Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: Na gut!)

Ich will damit nur sagen, daß in unserem Hause damit Schluß sein sollte zu behaupten, bei uns finde Isolationshaft, Folterhaft, Knast im Knast statt. Die Gefangenen in diesem Sinne werden bei uns — ich bin sehr vorsichtig — nicht schlechter als übrige Gefangene behandelt. Das muß einmal als Tatsache festgehalten werden.

Jetzt noch zu dem eigentlichen Problem, zu dem Problem **Hungerstreik.** Wir sollten uns in diesem Hause einig sein, daß das kein Mittel ist, um überhaupt ins Gespräch mit den Gefangenen zu kommen, wie das manche von uns erfreulicherweise, aber auch naiverweise versuchen. Ich habe alles verfolgt, was von Herrn Pohl, Herrn Dellwo und anderen als Ziel dieses Hungerstreiks angeführt wurde. Ich habe auch die Debatte der GRÜNEN verfolgt. Sie sind da ja auch verschiedener Meinung, bezüglich des Ziels der Hungerstreikenden.

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluß kommen.

(D) **Dr. Stark** (Nürtingen) (CDU/CSU): Ja, ein letzter Satz. — Ich glaube, der Hungerstreik ist der falsche Versuch. Ich kann — wie andere — an die Gefangenen nur appellieren, in ihrem Interesse von diesem sinnlosen Unternehmen abzulassen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Nickels.

Frau Nickels (GRÜNE): Lieber Herr Westphal! Kolleginnen und Kollegen! Hier ist gesagt worden, das sei der zehnte **Hungerstreik.** Das ist richtig. Die Frage ist nur — wir kennen die Geschichte; es endete mit Toten —: Soll das eine unendliche Geschichte sein? Soll sich das wiederholen? Wir GRÜNEN meinen nein. Dieser tödliche Mechanismus muß durchbrochen werden. Darum haben wir auch die Aktuelle Stunde beantragt.

Herr Wolfgramm, es ist Zeit, das Schweigen zu brechen, denn das wäre jetzt ein Totschweigen, es wäre tödliches Schweigen. Wir haben vier Wochen geschwiegen und gehandelt. Wir haben alles mögliche versucht. Aber jetzt sind die Gefangenen in einem Stadium, in dem sie ins Koma fallen können und in dem Handlung angesagt ist.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Damit bin ich bei der **Rolle des Staates.** In der gestrigen Debatte über die Große Anfrage, die wir gestellt haben, ist hier sehr oft der starke Staat beschworen worden. Hier wurde gesagt: Der Staat muß stark sein.

Frau Nickels

(A) Der Staat darf sich nicht erpressen lassen. Er muß fest sein.

Ich frage Sie — ich möchte auch gern, daß Sie das vielleicht auch mal bedenken —: Was ist für Sie eigentlich Stärke? Was ist für Sie Festigkeit? Was ist für Sie Mut, und was ist für Sie Größe? Sie können sich hier nicht herausreden, und Sie dürfen nicht mehr schweigen, und das Reden allein reicht auch nicht mehr. Sie können sich nicht mehr herausreden, sondern Sie müssen handeln.

Sie können sich nicht darum herumdrücken, daß Sie am längeren Hebel sitzen. Wir sind ein Staat, der Machtmittel hat. Die Gefangenen sind eingesperrt wegen bestimmter Taten. Die Staatsgewalt sitzt am längeren Hebel. Wer stärker ist, wer mehr Mittel und Macht hat, wer mehr Handlungsmacht hat, hat auch erheblich mehr Verantwortung.

Ich wünsche mir einen Staat, der seine Stärke, seinen Mut, seine Festigkeit und seine Standhaftigkeit in wirklichem Mut, in Großmut zeigt und hier etwas riskiert, was Menschenleben nicht gefährdet und nicht Tödlichkeit befördert, sondern dem lebendigen Menschen und dem Leben dient. In dem Sinne muß hier gehandelt werden. Hier kann nicht mehr geschwiegen und nur geredet werden.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Geis.

(B)

Geis (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Vollmer, Sie haben die Freilassung von Herrn Rößner gefordert. Sie wissen wie ich, daß Herr Rößner unter ärztlicher Aufsicht steht. Sie wissen vielleicht auch, daß ein Gutachten über seine Haftfähigkeit erstellt wird. Je nach Ausgang dieses Gutachtens wird Herr Rößner entweder als haftunfähig entlassen, oder aber er wird in Haft bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der FDP, ich habe Verständnis für Ihre Haltung; denn ich frage mich auch: Was und wem nützt diese Debatte? Wem nützt es, Frau Vollmer, wenn Sie sich hier herstellen oder wenn Sie auf Ihrem Parteitag Anfang März beschließen und verkünden, Sie seien gegen diese sogenannte Isolationsfolter? Wem nützt es, daß Sie Verständnis für den **Hungerstreik** äußern, weil Sie meinen, die dort Hungernden stemmten sich mit Recht gegen eine unmögliche staatliche Gewalt? Wem nützt das?

Bestärken Sie durch solche Parolen, durch solche Erklärungen nicht den Durchhaltewillen der Hungernden? Ist es wirklich Ihre Absicht, daß die Hungernden in den Zellen bis zum Hungertod durchhalten?

Sie müssen sich doch ernsthaft fragen, ob ein solches Verhalten, ob ein solches Vorgehen und ob diese Debatte heute in den Hungernden, in den Terroristen, nicht die Illusion weckt, es könnte vielleicht doch das Ziel erreicht werden, daß in der Gesellschaft ein Klima entsteht, das den Staat zwingt, ihren Forderungen (C) nachzugeben. Frau Vollmer, die Terroristen lassen nicht ab, sie sind verbohrt und sind fanatisch ihren Zielen verhaftet. Das erklären sie am Beginn ihres Hungerstreiks; schriftlich sagen sie es uns.

Wem also nützt es? Ich möchte Sie bitten, auch einmal auf Ihre Genossinnen in Berlin, auf die AL, einzuwirken, wenn sie verkünden, sie seien für die Abschaffung des sogenannten Gesinnungsstrafrechts, für die Abschaffung der sogenannten Gesinnungsjustiz, und wenn sie sagen, sie würden es nicht als Gewalt ansehen, wenn ziviler Ungehorsam und Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet wird. Wem nützt denn das?

(Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: Aber Herr Geis!)

— Frau Däubler-Gmelin, Sie müssen sich doch ernsthaft fragen — —

(Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: Das ist doch hier keine rhetorische Übung!)

— Wenn Sie das mit einer so billigen Bemerkung von oben herab glauben abtun zu müssen, tun Sie mir furchtbar leid. Es geht hier um Menschenleben. Darum geht es in der Tat!

(Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: Das merkt man bei Ihnen aber nicht, und das ist gerade das, was ich kritisiere! — Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Kollege Geis, lassen Sie sich nicht provozieren!)

Es geht hier um Menschenleben, und das Problem dieser Debatte — um darauf noch einmal zurückzukommen — ist: Wem nützt es, wenn Sie hier in einer (D) solchen Weise und wenn die AL in Berlin in einer solchen Weise, wie sie es getan hat, in den Gefangenen, die doch oft hoffnungslos sein müssen — das verstehe ich ja —, die Hoffnung keimen lassen oder die Illusion wecken, sie könnten vielleicht doch noch die **Revolution** verwirklichen?

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Vielleicht nützt es sogar der Demokratie, wenn eine Lösung gefunden wird, und über die muß man diskutieren!)

Sie wollen doch von der Revolution nicht ablassen. Das betonen sie doch in ihrer Erklärung zum Hungerstreik.

Ich meine, wir sollten alles tun — das hat der von meinem Kollegen Stark vorhin zitierte Herr Krumsiek deutlich gemacht —, den Weg zurück in die Gesellschaft zu ermöglichen. Das geht aber nicht durch Zusammenlegung. Es geht vielmehr nur — das wurde in dieser Erklärung, die Sie auch schriftlich haben, von Herrn Minister Krumsiek in Nordrhein-Westfalen auch klar und deutlich festgestellt —,

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Die bisherige Methode hat den Weg aber nicht eröffnet!)

indem sich die Terroristen von ihren Straftaten abwenden, indem sie von ihren politischen Zielen — wie sie es nennen —, von ihren verbrecherischen Zielen — wie ich es nenne — ablassen und umkehren. Dann ist ein Weg zurück, dann ist vielleicht auch ein Weg zu einer Begnadigung möglich, und dann ist ein Weg zumindest zu einer vorzeitigen Strafentlassung mög-

Geis

(A) lich, aber nicht, indem sie unter psychischen Druck gesetzt werden, der sie so weit treibt, daß sie unter Umständen sogar in den Hungertod gehen. Deswegen nützt, so meine ich, diese Debatte heute, wenn wir sie so beginnen, wie Sie, Frau Vollmer, sie begonnen haben, nichts, am wenigsten den Terroristen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Westphal: Es tut mir leid, die Debatte unterbrechen zu müssen. Zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Wüppesahl das Wort.

(Dr. Laufs [CDU/CSU]: Das wird hier jetzt auch zum System!)

Wüppesahl: (fraktionslos): Herr Vogel, ich stimme Ihnen zu: Es wäre gut, wenn Herr Mahrenholz endlich entschiede. Ich habe eine **Redezeit** von fünf Minuten beantragt, und heute wird das Spielchen wie gestern mit mir getrieben; es werden diesmal nur drei Minuten konzediert. Sie wissen, daß ich vor dem Bundesverfassungsgericht eine Mindestredezeit von fünf Minuten beantragt habe, und das ist, verdammt noch mal, mehr als sachgerecht.

(Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]: Jeden Tag oder jede Woche?)

— Notfalls natürlich zu jedem Tagesordnungspunkt! Aber das käme natürlich nur in Betracht, wenn es eine Gruppe von Fraktionslosen gäbe, weil es unsinnig wäre, wenn eine Person zu jedem Tagesordnungspunkt der laufenden Sitzungswoche qualifizierte Debattenbeiträge abliefern wollte,

(B)

(Zuruf des Abg. Gerster [Mainz] [CDU/CSU])

weswegen, Herr Gerster, ich mich ja auch nur einmal oder zweimal oder vielleicht dreimal pro Sitzungswoche zu Wort melde.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]): Das ist schon schlimm genug!)

Wir haben jetzt wieder folgende Situation. Ich habe einen fünfminütigen Redebeitrag zur Geschäftsordnung. Aber fünf Minuten zur Sache darf ich nicht reden. Das ist völlig abstrus.

(Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: Dann lassen Sie es doch einfach!)

Ich möchte einen Sachbeitrag von fünf Minuten leisten. Frau Däubler-Gmelin, sagen Sie doch Ihrem Fraktionskollegen, der zur Zeit als präsidierender Kollege den Vorsitz in unserem Hause ausübt, daß wir dem Plenum insgesamt drei Minuten Redezeit hätten ersparen können, wenn ich fünf Minuten zur Sache hätte reden können, statt jetzt zusätzlich drei Minuten lang einen Beitrag zur Geschäftsordnung zu liefern.

(Dr. Vogel [SPD]: Besonders peinlich!)

Meine Damen und Herren, es ist sogar so gewesen, daß diese Regelung in der Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht zu Nachfragen geführt hat, ob man sich denn tatsächlich um zwei Minuten streiten müsse. Da war Unverständnis nicht nur bei Mitgliedern des Senats, sondern auch bei anderen Personen, die vor dem BVG eine Aussage entweder als Sachverständige oder als Zeugen gemacht haben.

(C) Ich verzichte heute morgen ausnahmsweise auf die Inanspruchnahme des vollen Redekontingentes. Ich möchte Sie allerdings bitten, mir jetzt die fünf Minuten zur Sache zu ermöglichen.

Vizepräsident Westphal: Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Wüppesahl hat das Recht, zur Geschäftsordnung zu sprechen.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: 30mal pro Tag!)

Dafür sieht unsere Geschäftsordnung eine mögliche Redezeit von fünf Minuten vor. Der Präsident hatte seine Wortmeldung selbstverständlich angenommen, auch in einer Aktuellen Stunde, und hatte ihm dafür drei Minuten zugeteilt.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Das war korrekt!)

Diese Möglichkeit zu reden hat er bis jetzt nicht in Anspruch genommen, sondern die Möglichkeit, zur Geschäftsordnung zu sprechen.

Ich weise noch einmal darauf hin, daß der kleinsten der Fraktionen des Hauses in einer Aktuellen Stunde sieben Minuten zur Verfügung stehen. Ein einzelner Abgeordneter, der nicht einer Fraktion angehört, kann dann nicht das volle Rederecht für fünf Minuten in einer Aktuellen Stunde verlangen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP sowie des Abg. Dr. Lippelt [Hannover] [GRÜNE])

Ich rufe den Abgeordneten Wüppesahl zu seinem Redebeitrag von drei Minuten auf.

(D)

(Wüppesahl [fraktionslos]: Ich bitte, das zur Abstimmung zu stellen!)

— Ich habe nicht gehört, daß Sie einen Antrag gestellt haben. Bitte schön, reden Sie jetzt! Sie haben drei Minuten.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Bevor man zur Geschäftsordnung spricht, sollte man wenigstens einmal hineinschauen!)

Wüppesahl (fraktionslos): Ich habe den Antrag formuliert, aber mir reicht es, wenn es im stenographischen Protokoll steht.

Meine Damen und Herren, das Thema der Aktuellen Stunde lautet: **Politische Folgerungen aus dem Hungerstreik der Gefangenen.** Ich denke, das ist im Grunde relativ einfach zu beantworten: erstens Ende der Isolationshaft, zweitens Zusammenlegung der dafür kämpfenden Gefangenen und drittens keine Kriminalisierung von Menschenrechtsforderungen in der Bundesrepublik.

Diese drei Essentials sind auch die wesentlichen Forderungen einer Demonstration heute nachmittag in Hamburg. Der letzte Punkt sollte besonders zu denken geben, nämlich daß Menschen gleich in den Geruch des § 129 a StGB gelangen, wenn sie sich gegen solche Haftbedingungen einsetzen, die ich gerade geschildert habe.

Die Debatte heute ist in der Qualität nur in einer Nuance von der unterschieden, die wir gestern erleben konnten. Diese Nuance wird in einer etwas differenzierteren Position der SPD zum Ausdruck ge-

(A) bracht, die meines Erachtens aber noch längst nicht ausreichend ist. Wir haben hingegen aus den Gliederungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in diesem Fall von der ASJ, ganz andere Forderungen zu der augenblicklichen Problemsituation. Die Forderungen der ASJ gehen dahin, daß die Haftbedingungen aufgegeben werden müssen und daß Personen, die nicht unbedingt bereit sind, ihre früheren Kampfgefährten oder Kampfgefährtinnen zu verraten, herausgelassen werden müssen, also begnadigt werden sollten. Solche deutlichen Worte konnte ich heute nicht vernehmen. —

Dies bedaure ich in der Tat. Substantiell steht hinter solchen Forderungen, die inzwischen auch von Sozialdemokraten erhoben werden, natürlich die Überlegung, daß — dem entspricht auch die Handhabung seitens des Staates gegenüber diesen Gefangenen — diese Gefangenen eben nicht vergleichbar sind mit solchen, die, sagen wir einmal: gemeine Kriminalität begangen haben.

(Dr. Schmude [SPD]: Wieso nicht? — Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Sind die etwas Besseres, Thomas Wüppesahl? — Frau Nickels [GRÜNE]: Mord ist Mord!)

Wenn sich Personen aus diesen Reihen von dem abwenden, was sie bislang als Ideologie aufrechterhalten haben — auch davon, den militanten Kampf als Mittel der politischen Auseinandersetzung fortführen zu wollen —, dann gibt es seitens dieser Gesellschaft auch keinen sinnvollen Grund mehr, sich vor diesen Personen schützen zu wollen. Vielmehr ist die Aufrechterhaltung der Haft als solche und im besonderen (B) der Isolationshaft dann nichts anderes als nackte Rache.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Auch Lügerei, was du da sagst!)

Meine Damen und Herren, die Situation — um das einmal plastisch zu machen — ist wirklich alles andere als unbedrohlich. Peter-Jürgen Boock, der nun gerade noch zu denjenigen gehört, die aus der Logik der RAF eigene Gesinnungsgenossen verraten haben, hat gestern morgen beim Besuch seines Rechtsanwalts Eiter gespuckt, er hat Fieber. Erst dann, als endlich ein Arzt zu ihm kam, wurde festgestellt, er hat eine schwere Bronchitis. Das ist sicherlich auch nicht viel weniger gravierend als der erste Verdacht auf schwere Lungenentzündung.

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

Wüppesahl (fraktionslos): Ich mache den Schlußsatz.

Gleichzeitig sagt der Hamburger Justizsenator, seinen Gefangenen gehe es gut. Das ist ein sozialdemokratischer Justizsenator. Ich meine, das sollte nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch bei den anderen beiden Fraktionen im Hause Nachdenklichkeit in dieser Richtung auslösen, daß schnelle Handlungen erforderlich sind.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Frohe Ostern, Herr Wüppesahl!)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. de With. (C)

Dr. de With (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jürgen Schmude wußte, wovon er sprach. Er hatte 1981 einen **Hungerstreik** zu bestehen. Ich denke, jeder hier im Hause konnte registrieren, was richtig angewandte **Staatlichkeit** und **Menschlichkeit** vermochten. Die Pflicht, Leben zu schützen, ist Verfassungsauftrag, und die Hinwendung, sich um den anderen zu kümmern, ist Gebot aller demokratischen Parteien.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Gesetze, gar Strafgesetze, bilden notwendige Mittel hierzu, aber nicht die alleinigen und nicht die ersten. Wesentlich ist immer der Dialog, wesentlicher als alles andere. Sprachlosigkeit entzieht einer parlamentarischen Demokratie den Boden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das gilt auch für Gefangene, für wegen terroristischer Straftaten Verurteilte, für solche, die sich verstrickt haben und eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßen müssen.

Ein in sich ruhender Staat kann großzügig sein, aber er hat Grenzen zu beachten. Gleiches muß gleichbehandelt werden. Privilegien darf es nicht geben. Und er hat seine Bürger zu schützen.

Der Hungerstreik, zu dem die GRÜNEN die Akutelle Stunde verlangt haben, läuft, wie wir gehört haben, nach dem nordirischen Plan. Er ist sorgfältig vorbereitet. Die Gefangenen sagen, sie hungerten bis zum bitteren Ende, bis zum Tod. (D)

Dahinter steckt weiter auch die unausgesprochene Frage — und das müssen wir bedenken —: Was geschieht, wenn sich einer zu Tode gehungert hat? Ihr Ziel ist, zusammengelegt zu werden, eine sogenannte interaktionsfähige Gruppe oder deren zwei bilden zu können. Das bedeutete, um es hier auszusprechen, ein Zusammenlegen von 27 Gefangenen oder die Bildung zweier Gruppen mit 14 bzw. 13 Gefangenen.

Diesem Ziel kann nicht entsprochen werden, es sei denn — was keiner fordert —, allen anderen Gruppen, z. B. solchen der organisierten Berufskriminalität, wird dasselbe Privileg zugebilligt. Ich sage: Auch Sicherheitsgründe stehen dagegen. Wer jetzt von „politischen Gefangenen" spricht, muß wissen, was auf ihn zukommt. Da haben Leute Asylantenheime angezündet.

Herr Wüppesahl, wir gehen davon aus, daß auf Grund sorgfältiger ärztlicher Untersuchungen bei denen, die in sehr kritischer Verfassung sind — vier sind es —, die angemessenen und alle überzeugenden staatlichen Maßnahmen ergriffen werden. Es gibt sicher Gefangene in Sonderbehandlung in Niedersachsen. Es ist ihnen zugesagt worden, daß sie bei Streikabbruch in den normalen Vollzug zurückkehren müssen. Auch das sollte als Appell verstanden werden.

Nur, Herr Wüppesahl: Von Isolationsfolter, von Unmenschlichkeit oder gar von Rache kann keine Rede

Dr. de With

(A) sein, und davon sollten auch wir hier nicht sprechen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie können ja, wie Sie wissen, alle miteinander kommunizieren — das beweist der Streikplan —, und sie können sich auch über das Tagesgeschehen informieren, denn ihnen stehen genügend Zeitungen und praktisch jede erforderliche Lektüre zur Seite.

Dennoch sage ich auch: Wir hier im Bundestag können nicht genau übersehen — es gibt ja bekanntlich, worauf hingewiesen wurde, elf Länderjustizminister und einen Bundesminister der Justiz, dem selbst keine Justizvollzugsanstalt untersteht —, wo es bisher ungenutzte Ansatzpunkte zu einem Dialog gibt. Aber Bunkermentalität wollen wir nicht. Das gilt für alle Seiten.

Ich sage auch das: Sorgfältige und unvoreingenommene Prüfung muß immer unser Gebot sein. Auch ich habe Zweifel am Sinn dieser Veranstaltung hier. Sie könnte falsche Hoffnungen erzeugen und ebenso zu Versteinerungen führen. Aber ich meine: Wenn wir sie schon haben, sollten wir sie nutzen und als Angebot verstehen.

Dieser Staat, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist weder illegitim-legalistisch noch gnadenlos, wie wir wissen. Er ist auch nicht uneinsichtig und korrekturunfähig. Er hält sich auch nicht am bloßen Prestige fest. Er ist in seinen Teilen dialogbereit. Er darf nicht fixiert sein. Er muß und wird bei seinen Entscheidungen stets das Interesse aller Bürger im Auge haben. Bitte verstehen Sie das, wer auch immer gemeint (B) ist, als Appell.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Eylmann.

Eylmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die Info-Blätter, die von den Angehörigen der RAF-Häftlinge veröffentlicht werden, mit einer Mischung aus Erschrecken und Ratlosigkeit gelesen. Natürlich ist man zunächst immer wieder erschrocken über das Maß an Fanatismus, an Menschenverachtung, das aus den Verlautbarungen der Hälftlinge selbst spricht. Größer war allerdings noch das Erschrecken darüber, daß dieser **Fanatismus** in größerem Maße wieder auf die **Angehörigen und Sympathisanten** übergegriffen zu haben scheint.

Wir Angehörigen

— heißt es dort —

sind mit dem Kampf unserer Kinder, Geschwister, Freunde fest und solidarisch verbunden.

Dort wird also nicht ein mäßigender Einfluß ausgeübt.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Haben Sie leider recht! — Frau Nickels [GRÜNE]: Haben Sie recht, Herr Eylmann, völlig recht!)

(C) Man versucht nicht, die Häftlinge von ihrem Tun abzuhalten. Nein, man stärkt ihnen den Rücken und versucht, ihnen den Eindruck zu vermitteln, daß sich überall in der Bundesrepublik und in der Welt Solidaritätskomitees bilden. Welch eine schreckliche Verirrung, Frau Nickels: Eltern halten ihre Kinder nicht von einem qualvollen Selbstmord ab,

(Frau Nickels [GRÜNE]: Das stimmt! Da gebe ich Ihnen völlig recht, Herr Eylmann!)

sondern versuchen, ihn zu einem Instrument im politischen Kampf zu machen.

(Frau Nickels [GRÜNE]: Richtig!)

Ich erkenne ausdrücklich an, Frau Dr. Vollmer, daß Sie diese **Gefahr der Instrumentarisierung** sehen und an die Häftlinge appelliert haben, sich dem zu widersetzen.

Ich sprach von Ratlosigkeit. Diese Ratlosigkeit stellt sich ein, weil man kaum eine Möglichkeit sieht, diese Mauer aus politischer Verblendung, irrationalem Fanatismus und unmenschlicher Verhärtung zu durchbrechen. Vergessen wir nicht die Ziele, die propagiert werden! Es geht um Zusammenlegung, und zwar nicht nur um Zusammenlegung der RAF-Häftlinge, sondern aller, die sich dem Hungerstreik anschließen, und es geht um freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen, also doch auch mit den Gruppen, die, offen oder versteckt, mit den Zielen der RAF sympathisieren. Es ist doch etwas blauäugig, wenn Sie meinen, das sei ein Angebot zu einem offenen demokratischen Diskurs.

(D) Das alles sind nur vordergründige Ziele. Karl-Heinz Dellwo schreibt:

Es geht uns nicht um Zusammenlegung und Normalvollzug als Selbstzweck, es geht um das Aufsprengen des Betongehäuses der Macht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Genau!)

An anderer Stelle heißt es:

Wir wollen die Freiheit. Und zur Freiheitserlangung gebrauchen wir das Zusammensein.

Das sind die Ziele. Die müssen wir auch ernst nehmen.

Meine Damen und Herren, der Staat kann doch in einer solchen Situation nicht nachgeben. Er kann doch einer Gruppe von Straftätern keine Sonderrechte einräumen. Hier sind viele freundliche und schöne Worte, sehr ungenau und sibyllinisch, gemacht worden. Es geht aber um diese Frage der **Gleichheit vor dem Gesetz.**

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Aber Diskussionsgruppen sind Teil des Normalvollzuges!)

Sollen denn in Zukunft in den Fällen des organisierten Verbrechens die verurteilten Mitglieder einer Bande,

(Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]: Killerbande!)

die sich mit Mädchenhandel, mit Rauschgift, mit Diebstahl, mit Erpressung nach Mafiamethoden befaßt, das Recht auf Zusammenlegung haben? Oder bleiben

Eylmann

(A) wir im politischen Bereich: Würden Sie sich denn auch für Zusammenlegung einsetzen, wenn es sich um eine terroristische Gruppe von Neonazis handelte? Wir müssen uns doch darüber einig sein, daß das nicht möglich ist. Der Staat, die Rechtsgemeinschaft der Bürger, kann hier nicht nachgeben, will er sich nicht selbst in die „unumkehrbare Glaubwürdigkeitskrise" — davon spricht der Häftling Rolf Heißler — begeben, die die RAF zu propagieren versucht. Der Staat würde dann das Recht beugen.

Aber er kann natürlich etwas tun. Er kann **Signale** geben, Frau Dr. Vollmer. Aber diese Signale sind gegeben worden. Der Staat kann das Recht nicht beugen. Er darf der Erpressung nicht nachgeben. Aber er kann **Gnade** üben. Bernhard Vogel hat Klaus Jürgen Jünschke und Manfred Grashof begnadigt. Der Bundespräsident ist mit der Begnadigung von Angelika Speitel bis an die Grenze dessen gegangen, was einem Teil unserer Mitbürger verständlich gemacht werden kann.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Das ist sehr vorsichtig formuliert!)

Ich stehe voll hinter dieser Entscheidung und begrüße diese Entscheidung.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Diese Entscheidung macht nämlich deutlich, daß dies kein Staat der starren Rechtsanwendung und erst recht kein Staat der Rache ist, sondern ein Staat, zu dessen für das Zusammenleben aufgestellten Maximen auch die Barmherzigkeit gehört, aus der letztlich (B) die Gnade fließt.

Jeder RAF-Häftling weiß, daß dieser Staat ihn nicht im Stich läßt, wenn er aus dieser Gruppe von Gewalt und Mord wirklich ausscheren will. Dann wird ihm geholfen, dann kann er mit Gnade, mit Barmherzigkeit rechnen.

Der jetzige Hungerstreik scheint mir ein letzter verzweifelter Versuch zu sein, durch psychischen Druck diese Gruppe dennoch zusammenzuhalten.

Ich appelliere an alle, von außen jedenfalls diesen Druck nicht zu verstärken und sich jeder Mitarbeit in den Hungerstreikkomitees zu versagen.

Diese Bitte und Aufforderung geht insbesondere an Sie, die Fraktion DIE GRÜNEN.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Westphal: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf:

Beratung des Antrags der Fraktion der SPD

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

— Drucksache 11/2375 —

Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung (federführend)
Innenausschuß
Rechtsausschuß
Finanzausschuß
Ausschuß für Wirtschaft
Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
Ausschuß für Verkehr (C)
Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen
Ausschuß für Bildung und Wissenschaft
Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Haushaltsausschuß

Nach einer Vereinbarung im Ältestenrat sind für die Beratung zwei Stunden vorgesehen. — Ich sehe dazu keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Schreiner.

Schreiner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute morgen die Möglichkeit, die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt zu erörtern und vielleicht auch eine Bilanz der bisherigen Bemühungen der Bundesregierung zu ziehen, der Situation auf dem Arbeitsmarkt Herr zu werden.

Wenn man die Arbeitsmarktsituation nach sechs Jahren Kohl-Regierung zu bilanzieren versucht, fallen vier Sachverhalte ins Auge.

Erstens. Die **Zahl der registrierten Arbeislosen** bleibt seit 1983 auf einem Niveau von 2,2 bis 2,3 Millionen im Jahresdurchschnitt stabil, und dies trotz wirtschaftlichen Aufschwungs, hoher privatwirtschaftlicher Gewinne, der höchsten Exportrate seit Bestehen der Bundesrepublik, arbeitsplatzschaffender bzw. erhaltender Arbeitszeitverkürzungen, teilweise gegen den erbitterten Widerstand der Bundesregierung von den Gewerkschaften durchgesetzt, massiver Manipulationen seitens der Bundesregierung an den Arbeitslosenstatistiken und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen auch unter starker Beteiligung von Bundesländern, Städten und Gemeinden mit einem Entlastungseffekt von ca. 450 000 potentiell Arbeitslosen. (D)

Der zweite Faktor, der auffällt: Laut Jahresgutachten des Sachverständigenrats betrug der Zuwachs der **Zahl der Erwerbstätigen** in dem Zeitraum 1982 bis 1988 etwa 380 000; die Selbstständigen eingerechnet. Der Zuwachs der Zahl der Arbeitslosen war deutlich über 500 000. Das heißt, wenn es jemals eine Strategie gab, die Strategie der Bundesregierung: „Hohe Gewinne gleich hohe Investitionen gleich Abbau von Arbeitslosigkeit" ist in der Vergangenheit und in der Gegenwart kläglich gescheitert.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Das war das Rezept von Helmut Schmidt in einer Rede in Erlangen!)

Sie ist zur arbeitsmarktpolitischen Lebenslüge der Koalition geworden.

Der dritte Punkt. Es fällt auf, daß die durchschnittliche **Dauer der Arbeitslosigkeit** in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen ist. Zum Beispiel hat sich seit 1982 die Zahl der Langzeitarbeitslosen bis 1988 auf über 700 000 entwickelt. Das entspricht mehr als einem Drittel aller Arbeitslosen. Diese Zahl hat sich in der Zeit Ihrer Regierung verdoppelt. Damit konzentriert sich die Massenarbeitslosigkeit immer mehr auf einen bestimmten Teil der Erwerbsbevölkerung, der systematisch aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt wird.

Schreiner

(A) In diesem Zusammenhang eine aktuelle Anmerkung. Es ist geradezu ein Gipfel der politischen Geschmacklosigkeit, wenn auf der einen Seite in den Koalitionsfraktionen beschlossen wird, für Gut- und Höchstverdienende die **steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen** einzurichten, und auf der anderen Seite völlig die Tatsache vergessen wird, daß es mehr als 1,4 Millionen Jugendliche in den Haushalten der Arbeitslosen gibt und die Einkommenslage dieser Haushalte von Ihrer Steuerreform nicht im geringsten profitiert hat, daß diese Haushalte vielmehr zusätzlich über die Erhöhung der Verbrauchsteuern bluten müssen. Es ist ein Zeugnis des Verlustes jeglicher sozialer Wahrnehmungsfähigkeit und des Verlustes jeglicher Sensibilität für soziale Gerechtigkeit.

(Zander [SPD]: Sehr wahr!)

Diese Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben, wenn sie jemals ein solches besessen haben, ihr soziales Gewissen völlig verloren.

(Beifall bei der SPD)

Was viertens auffällt: Die systematische **Ausgrenzung eines bestimmten Teils der Bevölkerung aus dem Erwerbsleben** hat besondere Gründe. Die Arbeitslosigkeit spaltet diese Republik in wachsendem Maße in Armenhäuser und Wohlstandsinseln. Darauf ist zuletzt im Berufsbildungsbericht der Bundesregierung vor wenigen Tagen noch einmal hingewiesen worden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist wohl ein anderes Land, von dem Sie reden!)

Dort heißt es wörtlich, daß die Berufsbildung für mög-(B)liche Chancengleichheit zu sorgen habe, das Zahlenwerk aber deutlich mache, daß die Berufs- und Lebenschancen des einzelnen Jugendlichen zunehmend von der regionalen Wirtschaftsstruktur, die immer stärker auseinanderfällt, geprägt würden.

Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit konzentriert sich in **Regionen mit starkem strukturellem Wandel:** an der norddeutschen Küste mitsamt den großen Städten Hamburg und Bremen, im Ruhrgebiet, im Saarland und in einigen anderen Regionen. Die Beschäftigungsverluste bei den traditionellen Altindustrien können von diesen Regionen aus eigenen Kräften nicht mehr aufgefangen werden.

Ich erinnere noch einmal daran: Wir sind in einem verfassungswidrigen Zustand. Laut Art. 106 des Grundgesetzes hat jede staatliche Politik für annähernd gleiche Lebensverhältnisse in der gesamten Bundesrepublik zu sorgen. Die Bundesregierung läßt diese Entwicklung nicht nur treiben, nein, sie verschärft sie noch.

Wir haben Dutzende von Beispielen, wo die Arbeitslosigkeit z. B. in den westdeutschen, nordrheinwestfälischen Großstädten mehr als zwei- oder dreimal so hoch gestiegen ist wie in bestimmten süddeutschen oder südwestdeutschen Städten.

(Fuchtel [CDU/CSU]: Warum?)

Dies hängt mit den hohen **Beschäftigungsverlusten im Bereich der sogenannten Altindustrien** zusammen. — Wenn Sie „Warum?" fragen, kann ich Ihnen dafür gute Beispiele geben. Nach der Kohlerunde 1987 werden allein im Saarland weitere 5 000 Arbeitsplätze im Bergbau unmittelbar und wird mindestens (C) die gleiche Größenordnung in den Zulieferbereichen indirekt abgebaut. Die Bundesregierung laviert in der Frage der weiteren Zukunft etwa der deutschen Steinkohle seit Jahr und Tag und auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt

(Andres [SPD]: Wie immer!)

dahin. Es gibt handfeste Anzeichen, daß die 1987 beschlossenen Opfer, die wiederum die Notstandsregionen in besonderem Maße treffen, nicht für sich bleiben werden, sondern daß in diesen Regionen weiter mit massiven Arbeitsplatzverlusten, insbesondere im deutschen Steinkohlebergbau, zu rechnen ist, ohne daß es erkennbare Strategien der Bundesregierung gibt, wie dieser Situation mit dem Aufbau von Ersatzarbeitsplätzen abgeholfen werden könnte.

(Kolb [CDU/CSU]: Ist da die Region nicht auch schuld?)

Die zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit führt dazu, daß immer mehr Menschen in **materielle Not** geraten. Mehr als ein Drittel der Langzeitarbeitslosen hat keinen Anspruch auf Lohnersatzleistungen. Sie erleiden **psychosoziale und gesundheitliche Krisen.** Arbeitslosigkeit macht krank und zerstört soziale Strukturen.

Einige Regionen bluten auf Grund der immer stärkeren **Sozialhilfelasten** völlig aus. In Köln beispielsweise stiegen die Sozialhilfeausgaben von 130 Millionen DM im Jahre 1982 auf über 270 Millionen DM jetzt, in Hattingen von 6 Millionen DM im Jahre 1980 auf jetzt annähernd 14 Millionen DM; die Beispiele lassen sich fortsetzen. In diesen Regionen unterblei- (D) ben auf Grund massiv gestiegener Sozialhilfekosten die notwendigen Investitionen, während die Kommunalfinanzen in anderen Regionen von der guten Gewinnlage der Unternehmen profitieren, so daß ungerechtfertigt große Steuerkraftunterschiede zwischen Städten und Gemeinden gleicher Funktion und Größenordnung existieren und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Bundesrepublik — im Gegensatz zu dem Verfassungsgebot — immer stärker auseinanderläuft. Ich betone noch einmal: Sie spalten die Bundesrepublik in verfassungswidriger Weise in wohlhabende und arme Regionen.

(Kolb [CDU/CSU]: Wir spalten?)

Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit ist regional differenziert zu betrachten. Neben Hannover, Hamburg, Bremen, Köln und anderen Städten sind insbesondere die Regionen mit einem starken Strukturwandel **Zentren der Langzeitarbeitslosigkeit:** das Ruhrgebiet, das Saarland, die Küste. Während in diesen Gebieten das Beschäftigungsniveau immer noch — und zum Teil erheblich — unter dem von 1980 liegt und fast 40 % der Arbeitslosen dort Dauerarbeitslose sind, gibt es Beschäftigungsgewinne in anderen Regionen. Eklatant kann das Problem vor allem an der Zunahme der Zahl von Arbeitslosen, die länger als zwei Jahre arbeitslos sind, dargelegt werden: Waren es Ende 1982 in Hannover 1 800 Personen, so sind es heute bereits über 10 000 Personen. In Dortmund waren es 1980 2 000 Personen; heute sind es über 11 000. In Oberhausen stieg ihre Zahl im gleichen Zeitraum von 800 auf 5 100 Personen. Das heißt, diejenigen

(A) Regionen, in denen der strukturelle Wandel in besonderem Maße greift, bezahlen die beschäftigungspolitische Untätigkeit der Bundesregierung damit, daß sie in wachsendem Maße ausbluten und zu Notstandsregionen zu verkommen drohen.

Wenn man versucht, die **Tatenlosigkeit der Bundesregierung** auf diesem Feld zu bewerten — ich wiederhole: Sie spalten die Republik in arm und reich —, ergibt sich folgendes. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit hat für die Bundesregierung in der Vergangenheit erkennbar nie eine wesentliche Rolle gespielt. Ihre soziale Botschaft war: Die Starken werden sich durchsetzen, die Schwächeren mögen sehen, wie sie zurechtkommen. Ihrer Politik ist ein soziales Gewissen völlig fremd.

Ein besonders eklatantes Beispiel für die Behandlung des Themas Arbeitslosigkeit durch die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen ist die Art und Weise, wie Sie mit der **Initiative der Evangelischen Kirche Deutschlands zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit** umgesprungen sind. Sie haben mit uns gemeinsam vor einem dreiviertel Jahr — das waren zumindest die Fraktionen der Regierungskoalition — beteuert, daß auf diesem Feld zwingender Handlungsbedarf besteht. Bis zum heutigen Tag, rund eineinhalb Jahre nachdem über die Initiative der Evangelischen Kirche zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Deutschen Bundestag gesprochen worden ist, ist nicht das Geringste geschehen. Sie haben sich ständig aus der Behandlung des Themas herausgestohlen und davor gedrückt.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

(B) Sie haben nicht ein einziges Mal versucht, mit uns auf diesem Feld etwas Konstruktives hinzubekommen. Es gab die erklärte Aussage der Regierungsfraktionen im Ausschuß. Ich frage die Regierungsfraktionen: Von wem lassen Sie sich eigentlich erpressen?

(Kolb [CDU/CSU]: Wie bitte?)

Warum haben Sie bisher Ihr Wort nicht gehalten, mit uns gemeinsam Initiativen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit im Deutschen Bundestag einzubringen?

(Beifall bei der SPD)

Welches sind die Gründe dafür, daß Sie nach einem dreiviertel Jahr einen fortgesetzten Wortbruch begehen?

(Zurufe von der CDU/CSU)

Wer in der Bundesregierung hindert Sie eigentlich daran, Ihren Fraktionswillen durchzusetzen? Wer hindert Sie eigentlich daran, Ihr eigenes Wort, das Sie uns und den Langzeitarbeitslosen gegeben hatten, zu halten? Sind Sie nur willenlose Hampelmänner, die von der Regierung vorgeführt werden, oder haben Sie einen eigenen Willen, der sich politisch auch durchsetzen kann?

(Zustimmung bei der SPD — Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU)

Vizepräsident Westphal: Herr Kollege, diesen Begriff nehmen Sie bitte lieber wieder zurück.

(C) **Schreiner** (SPD): Das ist doch in der Tat die Frage. Wenn die Fraktionen den Langzeitarbeitslosen das Wort gegeben haben, sie wollten in diesem Hause gemeinsam etwas tun, und sich nach über einem Jahr Behandlung dieses Themas überhaupt nichts bewegt, dann muß doch die Frage erlaubt sein,

(Kolb [CDU/CSU]: Wo waren Sie denn eigentlich!)

was eigentlich diese Fraktionen überhaupt noch bewegen können oder ob sie nur noch ein willenloses Anhängsel der Regierungsbürokratie sind. Es muß doch erlaubt sein, diese Frage zu stellen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN — Zurufe von der CDU/CSU)

Ich will Ihnen noch eines zur politischen Bewertung sagen, Herr Bundesminister. Wir haben handfeste Beweise und Anhaltspunkte — das kann man nachlesen —, daß die Wahlergebnisse z. B. der Republikaner in Berlin — und nicht nur in Berlin — zum erheblichen Teil auf das Konto arbeitsloser Jugendlicher gehen.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Das heißt, Sie haben einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen verzweifeltem Wahlhandeln von verzweifelten Jugendlichen und dem Aufkommen, dem Heraufdämmern eines neuen Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ich sage Ihnen: Die Republikaner, die NPD und andere **radikale Strömungen** sind im wesentlichen auch eine böse **Frucht der Arbeitslosigkeit.**

(Kolb [CDU/CSU]: Die reden so wie Sie, in der gleichen Tonlage wie Sie!)

(D) Sie züchten die Schlangen auf diesem Feld dadurch selbst, daß Sie dieser Entwicklung in den vergangenen Jahren völlig tatenlos gegenübergetreten sind.

Es gibt eine Fülle von konkreten Beispielen, die zeigen, daß Sie durch Ihre Politik wesentlich mit dazu beigetragen haben, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland immer mehr Haß und Angst auf Ausländer und Aussiedler projizieren.

(Zuruf von der CDU/CSU: Durch eine Sprache wie die Ihre!)

Auch insoweit sind Sie durch Ihr arbeitsmarktpolitisches Versagen an dem drohenden Zerfall der politischen Stabilität in der zweiten deutschen Demokratie mitschuldig geworden.

(Sehr richtig! bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen ein weiteres Beispiel. Sie haben durch die **neunte AFG-Novelle** drastische Einsparungen bei dem einzigen Instrument vorgenommen, das in den vergangenen Jahren der Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit gedient hat,

(Reimann [SPD]: An den Qualifizierungsmaßnahmen!)

an den Qualifizierungsmaßnahmen, an den AB-Maßnahmen. Sie haben deshalb gekürzt, weil Sie Luft haben wollten für zusätzliches Geld, **Sprachförderung für Aussiedler,** wohlwissend, daß in diesem Jahr Ihre eigenen Kalkulationen im Bereich der Sprachförderung um mindestens 1 Milliarde DM zu knapp liegen. Das heißt, Sie spielen die eine notleidende

Schreiner

(A) Gruppe gegen die andere Gruppe aus. Die Sprachförderung für Aussiedler ist eine verdammte Pflicht und Schuldigkeit der gesamten staatlichen Gemeinschaft, aber nicht der Beitragszahler der Bundesanstalt für Arbeit, der Arbeitnehmer.

(Kolb [CDU/CSU]: Und der Arbeitgeber!)

Das ist der wesentliche Unterschied.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch wir sind sehr dafür, die Integrationsbemühungen für die Aussiedler, die sich für unser Land entschieden haben, fortzusetzen. Es darf aber nicht einseitig auf dem Buckel der Arbeitnehmerschaft ausgetragen werden. Auch hier haben Sie Anhaltspunkte dafür geliefert, daß sich Haß und Ängste entwickeln können, die ihren politischen Niederschlag auch bei den Wahlen gefunden haben.

(Kolb [CDU/CSU]: Wissen Sie eigentlich genau, wer die Beiträge bezahlt? Die werden hälftig bezahlt!)

Wir sagen: Die gegenwärtige Situation bedarf einer doppelten Antwort. Sie bedarf erstens der Bekämpfung der Ursachen von Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit in den notleidenden Regionen. Wir brauchen ausreichende, starke, bundesweit organisierte investive Sonderprogramme für die Notstandsregionen, für die Krisenregionen. Wir brauchen auch die Förderung und Konzentration von Forschungsvorhaben. In diesen Regionen verhält es sich zur Zeit genau umgekehrt.

(B) (Kolb [CDU/CSU]: Wo leben Sie eigentlich, Herr Kollege?)

Wenn wir auf Dauer Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit in den Krisengebieten abbremsen wollen, müssen wir an die Ursachen herangehen. Dann müssen wir dort Ersatzarbeitsplätze schaffen, wo auf Grund des zunehmenden Beschäftigungsverlustes in den traditionellen Altindustrien enorme Beschäftigungsdefizite entstanden sind.

Der zweite Punkt. Wenn man die Folgen von Massenarbeitslosigkeit bekämpfen will, braucht man die **Wiederherstellung der traditionellen arbeitsmarktpolitischen Instrumente.** Wir brauchen darüber hinaus arbeitsmarktpolitische Sonderprogramme, die auf die besonderen Bedürfnisse insbesondere der Langzeitarbeitslosen zugeschnitten sind — über die herkömmlichen Instrumente hinaus.

(Kolb [CDU/CSU]: Welche Arbeitsplätze hat Nordrhein-Westfalen oder das Saarland geschaffen?)

Sie sind zu beidem nicht mehr in der Lage, weder zur Bekämpfung der Ursachen noch zur Bekämpfung der Folgen. Ihre Koalition befindet sich in der Agonie, in der Auflösung. Sie sollten das deutsche Volk vor Ihrer weiteren Regierungstätigkeit verschonen und eine demokratische Auszeit beantragen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Kolb [CDU/CSU]: Sie sollten nicht schreien, sondern reden!)

(C) **Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hasselfeldt.

(Andres [SPD]: Jetzt kommt die Frau, die es eigentlich besser weiß!)

Frau Hasselfeldt (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag gibt uns in der Tat Gelegenheit, einige Fakten über die tatsächliche wirtschaftliche Situation in unserem Land und auch über die Arbeitsmarktpolitik und die Arbeitsmarktentwicklung darzustellen.

Ich denke, Herr Schreiner, es wäre besser, wenn wir uns alle miteinander in dieser so wichtigen Frage nicht mit Schlagworten und Polemik oder gar mit Schwarzmalerei, sondern mit den Tatsachen auseinandersetzten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Unsere Wirtschaft ist in hervorragender Verfassung in das nunmehr siebte Jahr des **Aufschwungs** gestartet.

(Zuruf von der SPD: Was hat das den Arbeitslosen geholfen?)

Entgegen Ihren Vorhersagen noch im vergangenen Jahr, daß 2 bis 3 % wirtschaftliches Wachstum unerreichbar und völlig utopisch seien, haben wir im vergangenen Jahr ein Wachstum von 3,4 % erreicht

(Zuruf von der SPD: Aber die Arbeitslosigkeit hat auch zugenommen! Das hatten Sie vorher selbst nicht geglaubt!)

und damit den höchsten Zuwachs seit 1979.

(D) In so einer Situation, meine Damen und Herren, reden Sie z. B. in Ihrem Antrag davon, daß die wirtschaftliche Lage labil sei und daß wir uns in einer Stagnationsphase befänden.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Reden Sie doch einmal über die Arbeitslosigkeit!)

Ich frage mich: Können oder wollen Sie denn die objektiv vorhandenen Fakten nicht sehen, oder sind Sie vielleicht einfach nicht in der Lage, aktuelle Tendenzen zu erkennen und auch die Konjunkturentwicklungen richtig einzuschätzen? Diese gute wirtschaftliche Entwicklung hat sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich werde dies im folgenden auch darlegen: Seit dem Herbst vergangenen Jahres geht die Zahl der Arbeitslosen im Vorjahresvergleich ständig zurück. Die **Arbeitslosenquote** ist derzeit auf dem niedrigsten Stand seit 1982.

(Zuruf der Abg. Frau Teubner [GRÜNE])

— Verfolgen Sie doch einmal die Zahlen, Frau Kollegin. — Falls Sie es vergessen haben sollten: In den letzten Jahren der SPD-geführten Bundesregierung, nämlich von 1980 bis 1982, hat sich die Arbeitslosenzahl nicht etwa nach unten, sondern nach oben bewegt,

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Aber sie lag immer unter 2 Millionen, nie darüber!)

und zwar in einer ganz rasanten Entwicklung, nämlich um über eine Million. Auch der **Anstieg der Zahl**

Frau Hasselfeldt

(A) **der offenen Stellen** setzt sich kontinuierlich fort; im Februar 1989 gab es 24 % mehr offene Stellen als im Februar 1988. Noch interessanter ist die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten. Seit dem Tiefpunkt der Beschäftigungsentwicklung vom Herbst 1983 ist die Zahl der Beschäftigten bis heute um fast eine Million gestiegen. Das sind die Anzeichen, das sind die Fakten auf unserem Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Ehrenberg [SPD]: Es sind immer noch weniger als 1980! — Zurufe von der CDU/CSU)

Ich möchte gar nicht im Detail darauf hinweisen, wie das während Ihrer Regierungszeit war. Sie haben nämlich Tausende von Arbeitsplätzen verspielt; man kann Ihnen das genau nachweisen. Zahlen sprechen hier mehr als Worte.

(Reimann [SPD]: „Eine Million Arbeitslose weniger" hieß die Parole!)

Heute spielen Sie sich als diejenigen auf, die ein Patentrezept für zunehmende Beschäftigung haben.

Meine Damen und Herren, mit Schwarzmalerei, mit Schlagworten läßt sich langfristig keine Politik machen und läßt sich auch die Situation der Betroffenen nicht verbessern.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Dann machen Sie doch mal die richtige Politik!)

Ich denke, wir sollten die Diskussion an einem sachgerechten Problemaufriß und den sich daraus ergebenden Maßnahmen aufhängen.

(B)

Wo liegen nun die Probleme? Die Arbeitsvermittlung ist am schwierigsten bei **ungelernten Arbeitslosen,** bei denen, deren Qualifikation am Arbeitsmarkt nicht gefragt ist,

(Heyenn [SPD]: Deswegen wird Qualifizierung abgebaut!)

sowie bei denjenigen, die gesundheitliche oder andere Einschränkungen haben. Deshalb war und ist neben einer vernünftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik unsere Arbeitsmarktpolitik darauf ausgerichtet,

(Frau Steinhauer [SPD]: Das besondere Problem der Frauen haben Sie vergessen!)

den sozialen Schutz einerseits und die Eingliederungsmöglichkeiten der Betroffenen andererseits zu verbessern. Deshalb haben wir auch die Voraussetzungen für die Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld verbessert

(Reimann [SPD]: Neunte AFG-Novelle!)

und das für Fortbildung und Umschulung zur Verfügung stehende Geld stärker als bisher auf die Arbeitslosen konzentriert. Heute verlangen Sie noch mehr Mittel für **Qualifizierungsmaßnahmen,** noch mehr Mittel für **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** und ähnliches. Vergleichen Sie doch einmal das, was Sie für diese Maßnahmen, für die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen während Ihrer Regierungszeit ausgegeben haben in einer ähnlichen wirtschaftlichen und Arbeitsmarktsituation, mit dem, was wir heute ausgeben!

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Im Arbeitsbeschaffungsbereich waren beispielsweise 1982 unter 30 000, 1988 und sogar noch in diesem Jahr über 100 000 Arbeitnehmer bei Fortbildung. Bei Umschulung haben wir ein ähnliches Verhältnis.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Es gibt immer noch eine halbe Million mehr Arbeitslose!)

Eine weitere Ausweitung — das muß uns allen klar sein — hätte eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zur Folge, und dies wollen wir den Beitragszahlern eben nicht zumuten.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Laßt doch die Beamten mitbezahlen! Solidaritätsabgabe!)

Die Analyse des Arbeitsmarktes sollten wir nicht einseitig vornehmen. Wie ist denn die Realität in vielen Regionen und Branchen? Das Handwerk sucht händeringend Auszubildende,

(Zuruf von der SPD: Die Arbeitslosen sind schuld!)

und auch in den strukturschwachen Gebieten ist der Bedarf an Arbeitskräften vielfach nicht zu decken.

(Zuruf von der SPD: Ausbilden!)

Mir erzählen viele mittelständische Unternehmer, daß die Auftragslage hervorragend sei, aber daß so mancher Auftrag wegen Mangel an geeigneten Fachkräften gar nicht angenommen werden könne.

(Heinrich [FDP]: Auch das ist die Realität!)

(D)

Wir alle kennen doch aus Pressemeldungen die Klagen des Handwerks und der Industrie über den **Facharbeitermangel.** Angesichts einer solchen Situation kann man doch nicht von Massenarbeitslosigkeit und von der Notwendigkeit globaler Beschäftigungsprogramme sprechen.

Wenn wir auf der einen Seite einen so enorm hohen Bedarf an gewerblich-technischen Facharbeitern, an Naturwissenschaftlern und an Ingenieuren haben wie heute, dann paßt es einfach nicht zusammen, wenn auf der anderen Seite ein zunehmendes Erwerbspotential insbesondere an Frauen vorhanden ist, die nach wie vor mehrheitlich in Dienstleistungs-, in Büro-, Verwaltungs- und Erziehungsberufe gehen wollen. Das sind Tatsachen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Diese Diskrepanz können Sie auch mit einem Beschäftigungsprogramm, wie es auch immer angelegt sein mag, nicht aus der Welt schaffen.

(Zander [SPD]: Mit Qualifizierung vielleicht!)

Der Lösungsweg liegt vielmehr in einem entsprechenden **Berufswahlverhalten** sowie in Anpassungsmaßnahmen, die wir im Rahmen der **Fortbildung und Umschulung** seit Jahren erfolgreich praktizieren.

Bei den **Frauen** liegen die Probleme natürlich etwas differenzierter. Tatsache ist, daß die meisten Frauen Beruf und Familie miteinander verbinden wollen, und das ist in der Praxis oft nicht ganz einfach, vor allem

Frau Hasselfeldt

(A) wegen der fehlenden Teilzeitarbeitsplätze und wegen der Schwierigkeiten nach Zeiten der Kindererziehung.

Dieses Problem ist im übrigen nicht neu. Sie hätten sehr lange Zeit gehabt, hier etwas für die Frauen zu tun. Sie haben in diesem Fall null Komma null für die Frauen getan.

(Zuruf von der CDU/CSU: Völlig richtig!)

Wir haben immerhin bei den letzten Novellierungen zum Arbeitsförderungsgesetz deutliche Verbesserungen beim Zugang zu den Qualifizierungsmaßnahmen mit durchgesetzt.

(Andres [SPD]: Es ist unglaublich, was Sie hier erzählen, zumal Sie es besser wissen! Unglaublich!)

Zu Recht, Herr Schreiner, haben Sie von den **unterschiedlichen regionalen Arbeitsmarktbedingungen** gesprochen. Ich darf in diesem Zusammenhang aber darauf hinweisen, daß wir erst im vergangenen Jahr das Strukturhilfegesetz verabschiedet haben mit einer jährlichen Finanzhilfe von 2,45 Milliarden DM,

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: Jährlich!)

um die unterschiedliche Wirtschaftskraft in den einzelnen Ländern auszugleichen. Ich darf in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß bei den Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit, und zwar durch die Bank bei allen Ausgaben, ob das die arbeitsmarktpolitischen Ausgaben wie ABM oder Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen oder natürlich (B) auch die Leistungen für die Arbeitslosen sind,

(Zuruf von der SPD: Sind überall gekürzt worden!)

eine Umschichtung zwischen Süd und Nord stattfindet, daß hier mit Mitteln der Beitragszahler aus den strukturstärkeren Gebieten, im besonderen aus dem südlichen Teil unseres Landes, die strukturschwächeren Gebiete, insbesondere im Norden, unterstützt werden.

(Kolb [CDU/CSU]: Und wer regiert im Norden?)

Im übrigen, meine Damen und Herren, ist es den Ländern unbenommen, mit einer entsprechenden regionalen Wirtschaftspolitik und auch durch Stärkung der Eigenkräfte der strukturschwachen Gebiete insgesamt zu ausgeglichenen Bedingungen beizutragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Reimann [SPD]: Dann müssen Sie den Ländern auch mehr Geld geben!)

Beispielsweise in **Bayern** hat sich der **Arbeitsmarkt** in den **ländlichen und revierfernen Gebieten** positiv entwickelt.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Wie die 18-%-Arbeitslosenquote in Deggendorf zeigt!)

— Da müssen Sie sich zunächst einmal konkret informieren, sehr geehrter Herr Ehrenberg. So hoch ist sie bei weitem nicht mehr.

(Hasenfratz [SPD]: 17,9 %)

(C) Der Bezirk Deggendorf kommt schon nicht mehr in die Förderung durch ABM. In Bayern hat sich der Arbeitsmarkt in den ländlichen Gebieten positiv entwickelt. Sie können bei uns gerne Nachhilfeunterricht in Sachen regionale Wirtschaftspolitik, solide Haushaltsführung, Investitionstätigkeit des Staates oder auch Förderung der Kommunen nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, angesichts der hervorragenden konjunkturellen Entwicklung und deren positiver Wirkung auf den Arbeitsmarkt ist Ihr Antrag überflüssig. Er beinhaltet Pauschalbeurteilungen und Pauschalforderungen, die den tatsächlichen Gegebenheiten und Problemen eben nicht Rechnung tragen. Die bisherige wirtschaftliche Entwicklung sowie deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben alle Ihre negativen Prognosen Lügen gestraft.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Das erzählen Sie einmal den Arbeitslosen! — Frau Unruh [GRÜNE]: Die Wähler lassen grüßen!)

Sie haben gezeigt, daß wir auf dem richtigen Kurs sind, und auf dem werden wir auch fortfahren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Andres [SPD]: Und so eine Rede als Fachfrau! Das ist unglaublich!)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Frieß.

(D) **Frau Frieß** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde!

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Hochverpubeltes Ehrikum!)

Die **Lage auf dem Arbeitsmarkt** ist wieder einmal auf der Tagesordnung. Wir alle reden drüber, doch alles bleibt beim alten.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Nein! Es wird schlimmer!)

Die Bundesregierung verkündet wie immer — das haben wir ja gerade gehört —, alles sei bestens, jeder, der Arbeit suche, finde auch welche.

(Kolb [CDU/CSU]: Nein, die Arbeit, die ihr sucht, gibt es nicht! — Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Ihr sucht getane Arbeit!)

Die wirtschaftliche Lage sei nicht zu beklagen. Mich wundert allerdings, daß Sie sogar bei Ihrem jetzigen Zustand nicht ein bißchen kleinlauter geworden sind.

Konkret heißt das dann: Die Unternehmer machen Gewinne, der Erwerbslose wird aus seiner Wohnung geschmissen. Die Tornados und die Leopards werden gekauft, die Sozialhilfeempfängerin hat nichts zum Essen. Doch nach Meinung der CDU

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Nein, die Dame ist von der CSU! — Gegenruf des Abg. Reimann [SPD]: Noch schlimmer!)

geht es uns ja so gut.

Ich denke, Sie von der CDU/CSU und der FDP sollten doch endlich einmal zugeben, daß es Sie einen

Frau Frieß

(A) Dreck interessiert, den Arbeitslosen wirklich Arbeit zu beschaffen.

(Günther [CDU/CSU]: Drücken Sie sich hier einmal anständig aus!)

Ja, Sie haben sogar ein verschärftes Interesse daran, eine hohe Anzahl Erwerbsloser als Druckpotential zu erhalten.

(Kolb [CDU/CSU]: Ich suche Arbeitskräfte und finde keine!)

Die einzige Arbeitsmarktpolitik, die Sie derzeit betreiben, ist Statistiken zu manipulieren, Erwerbslose als Faulpelze zu diskriminieren und Frauen als Zuverdienerinnen zu diffamieren.

(Beifall bei den GRÜNEN — Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Haben Sie eine Sekretärin für mich? Ich suche eine!)

In den letzten Jahren hat die Bundesregierung nichts unversucht gelassen, die Erwerbslosenstatistik so niedrig wie möglich zu halten.

(Günther [CDU/CSU]: Durch welche Maßnahmen denn?)

Deshalb hat sie Ausländerinnen mit einer Rückkehrhilfe abgeschoben, über 60 000 ältere Menschen per Gesetz aus der Statistik gelöscht und erwerbslose Frauen mit Kindern als dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehend erklärt. Menschen, die sich nicht alle drei Monate beim Arbeitsamt melden, sind ab sofort abgemeldet.

(B) (Kolb [CDU/CSU]: Ist das denn schlimm, wenn sich jemand alle drei Monate meldet?)

Darüber hinaus hat die Bundesregierung auch sogenannte Beschäftigungsmaßnahmen wie **ABM** geschaffen, die einzig und allein dem Zweck dienen, Menschen zu verwahren und aus der Statistik zu verbannen, ganz zu schweigen von den Menschen, von denen Sie von der CDU immer schweigen: von der sogenannten stillen Reserve, von den mindestens 1,5 Millionen Menschen — es sind vor allem Frauen —, die auf Ihre Versprechungen überhaupt keinen Pfifferling mehr geben und sich deshalb gar nicht erst erwerbslos melden.

Im Klartext heißt das: Die Bundesregierung hat die **Arbeitslosenstatistik** um mindestens 2 Millionen Menschen bereinigt. Anstatt Ihrer beschönigenden Zahl von 2 Millionen gibt es folglich mindestens 4 Millionen Erwerbslose.

(Kolb [CDU/CSU]: Das glaubt nicht mal die SPD!)

— Das muß sie ja auch nicht.

Davon ist fast jeder Zweite über ein Jahr ohne Arbeit; mindestens jeder Dritte bezieht keine Leistungen nach dem AFG mehr und fällt entweder in die Sozialhilfe oder ist auf sonstige Almosen angewiesen.

Doch das ist Ihnen von der CDU/CSU und FDP im Grunde ganz egal. Hauptsache, die Wirtschaft flutscht und Ihre Pfründe sind gesichert.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Und Ihre auch!)

(C) Die Verdoppelung der Unternehmergewinne seit 1980 um 250 Milliarden DM, Ihre Investitionen in Rationalisierungen und menschenvernichtende Rüstungsproduktion sprechen eine deutliche Sprache.

(Kolb [CDU/CSU]: Wo haben Sie denn die Zahl ausgerechnet?)

Für den Normalbürger, den erwerbslosen Tay E. mit drei Kindern, springt nichts heraus, und das wollen Sie auch nicht; denn Sie brauchen diese Erwerbslosen. Sie brauchen die Ausgegrenzten als Spiegelbild für die anderen, um diesen zu zeigen, wie es ihnen ergehen könnte und wie gut es ihnen jetzt noch geht. Dabei schaffen Sie ein Klima der Angst, das Ihnen den massiven Abbau von Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenrechten und ihrer Interessenvertretung erleichtert, nach dem Motto Ihres Ministers Blüm: „Ein befristeter Vertrag ist besser als kein Vertrag."

Beispiele hierfür gibt es genug. Es sei erinnert an das Beschäftigungsförderungsgesetz, besser zu nennen: Entlassungsförderungsgesetz, an die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes und an die geplante Änderung des Ladenschlußgesetzes.

(Frau Folz-Steinacker [FDP]: Das mußte ja kommen!)

Ihr Interesse ist dabei, Menschen verschiedener Klassen zu schaffen. Die Ausgegrenzten, die selber schuld an ihrer Misere sind, den abgesicherten Facharbeiter und dazwischen die größere Zahl derer, die je nach konjunktureller Lage geheuert oder gefeuert werden.

(D) Wenn Ihr Kollege Herr Wagner jetzt von einer Koalition mit den Republikanern spricht, dann sind Sie sich mit den Rechtsextremen auf jeden Fall in einem Ziel einig,

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: Er hat gesagt, daß die GRÜNEN nicht harmloser sind als die Republikaner! — Kolb [CDU/CSU]: Sie müssen alles lesen!)

in dem Ziel die deutsche Volksgemeinschaft der „Leistungswilligen" zu schaffen, d. h. den braven, autoritätshörigen, leistungswilligen deutschen Arbeiter, der flexibel zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Verfügung steht, heranzuziehen.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

— Können Sie bitte wieder leise sein?

(Lachen und Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Westphal: Augenblick, ich glaube schon, daß wir einer neuen Kollegin die Möglichkeit geben sollten, in Ruhe zu Ende zu lesen. Zwischenrufe sind erlaubt, aber man darf es nicht übertreiben; man muß auch die Chance geben.

(Kolb [CDU/CSU]: Trotzdem müssen Sie nicht Unsinn erzählen! — Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Lesen Sie in Ruhe weiter!)

Bitte schön, Frau Frieß.

Frau Frieß (GRÜNE): Alle Menschen, die nicht in dieses Bild passen, werden ausgegrenzt und abgeschoben, auch der Ausländer und die Ausländerin, die

Frau Frieß

(A) in Ihren Augen der deutschen Volksgemeinschaft nicht dienen, sondern diese nur ausnutzen wollen. Das Bündnis schwarz-braun ist in dieser Frage perfekt.

(Kolb [CDU/CSU]: Nachdem ihr rot-dunkelrot habt!)

Zum Schluß noch zu Ihnen von der SPD. In der Opposition haben Sie ja immer eine große Klappe. Sie wollen alles im Interesse der Menschen verändern. Doch was bieten Sie als Lösung an? Sie wollen die Wirtschaft ankurbeln; das steht in Ihrem Arbeitsmarktpapier. Das will die CDU auch.

(Andres [SPD]: Und Sie wollen das nicht?)

Sie wollen die Erwerbslosigkeit der Deutschen, allerdings auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf EG-Ebene beseitigen. Das will auch die CDU.

Sie wollen der Wirtschaft nicht wehtun, und dabei wissen Sie, daß das Heilmittel Wirtschaftswachstum eher Arbeitsplätze wegrationalisiert als schafft. Ihnen ist deshalb auch klar, daß nur durch Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur Änderungen möglich sind, und dazu sind Sie von der SPD nicht bereit.

Die Koalitionsvereinbarung in Berlin zur Gewerbesteuer und zur Ausbildungsplatzabgabe verdeutlicht dies. Ihr Gerede von einer Änderung ist, wenn Sie nichts Gegenteiliges beweisen, nur eine hohle Phrase.

(Beifall bei den GRÜNEN — Kolb [CDU/CSU]: Sie werden so lange geschröpft, bis nichts mehr zu schröpfen ist!)

(B)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Heinrich.

(Schreiner [SPD]: Immer bei der Wahrheit bleiben!)

Heinrich (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Prognosen der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung sind, wie jedermann weiß, oft ein Glücksspiel, Herr Kollege Schreiner. Dies muß auch die SPD mit ihrem im vorigen Jahr eingebrachten Antrag erfahren. Der vor einem Jahr prognostizierte Konjunkturabschwung und die Einmüdung in eine Stagnationsphase haben nicht stattgefunden. Die Realitäten sehen ganz anders aus: reales Wirtschaftswachstum 3,5 %, Preissteigerungsrate 1,5 %, Zunahme des privaten Verbrauchs 3 %.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Und Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit!)

— darauf komme ich noch —, deutliche Zunahme der Investitionen sowie der Ex- und Importe. Das ist ein Erfolg unserer Politik.

Herr Kollege Schreiner, wenn Sie sich hier hinstellen und die strukturelle Problematik beklagen, dann darf ich darauf verweisen, daß wir ein **Strukturhilfegesetz** mit jährlich 2,4 Milliarden DM für Dorfsanierungen, Erschließungen und Wiedernutzbarmachungen von Gewerbeflächen sowie für Umweltschutzmaßnahmen verabschiedet haben. Alles das, was Sie hier vorgetragen haben, haben wir schon realisiert.

(C) Das ist ein Beitrag für strukturschwache Gebiete und ein Beitrag für mehr Beschäftigung.

(Beifall bei der FDP)

Selbst auf dem weiterhin problematischen **Arbeitsmarkt** hat es nicht, wie von manchen befürchtet, Einbrüche gegeben. Wenn jetzt sogar der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit — er ist ja nicht gerade wegen überschäumenden arbeitsmarktpolitischen Optimismusses bekannt — vorsichtig andeutet, die Zahl der Arbeitslosen könnte im Jahresverlauf unter die 2-Millionen-Grenze sinken, so zeigt dies die positive Beschäftigungsentwicklung.

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schreiner?

Heinrich (FDP): Ja, bitte schön.

Vizepräsident Westphal: Bitte schön, Herr Schreiner.

Schreiner (SPD): Herr Kollege Heinrich, würden Sie mir erstens einräumen, daß das sogenannten Strukturhilfegesetz der Bundesregierung von den Bundesländern mehr oder weniger aufgenötigt werden mußte und würden Sie mir zweitens einräumen, daß das Volumen des Strukturhilfegesetzes nicht annähernd ausreicht, die Beschäftigungsverluste in den traditionellen Altindustrien einigermaßen zu kompensieren, und würden Sie mir drittens einräumen, ...

(D)

Vizepräsident Westphal: Zwei sind nur erlaubt, Herr Schreiner.

Schreiner (SPD): ... daß der gerade zitierte Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in den letzten Jahren mehrfach öffentliche Investitionsprogramme gefordert hat?

(Kolb [CDU/CSU]: Ist das eine Frage oder eine Gegenrede?)

Vizepräsident Westphal: Nach unseren Regeln kann man eine Frage zweiteilen, aber nicht dreiteilen. — Sie brauchen also nur die ersten zwei beantworten.

Heinrich (FDP): Herr Kollege Schreiner, Sie können sich nicht hier hinstellen und uns Untätigkeit vorwerfen. Wir machen Programme, wir finanzieren diese Programme mit, und Sie sagen dann: Das alles hat keinen Wert. Wo ist hier Ihre Logik der Argumentation?

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Schreiner [SPD]: Meine Frage war etwas präziser!)

Lassen Sie mich das mit einigen Fakten vom Februar 1989 untermauern: 210 000 Arbeitslose weniger als im Vorjahr, 16 % mehr offene Stellen bei den Arbeitsämtern — da kann man unterstellen, daß tatsächlich noch mehr vorhanden sind —, niedrigste Arbeitslosenzahl von Jugendlichen unter 20 Jahren in einem Februarmonat seit 1980 — die Frau Kollegin hat darauf schon hingewiesen —, Rückgang der Kurzarbeiterzahl um 43 % gegenüber dem Vorjahr, 190 000 Er-

Heinrich

(A) werbstätige mehr im Vergleich zu den Vorjahreszahlen, saisonbereinigte Arbeitslosenzahl 2,051 Millionen, Arbeitslosenquote 8,9 % gegenüber 9,9 % vor einem Jahr. Nehmen Sie diese Zahlen doch zur Kenntnis und polemisieren Sie hier nicht herum.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Der Wähler hat es auch zur Kenntnis genommen!)

Diese positive Entwicklung war nur durch eine solide **Wirtschaftspolitik** und eine aktive **Arbeitsmarktpolitik** möglich.

(Frau Steinhauer [SPD]: Wo war die denn?)

— Von 1982 bis 1988, Frau Kollegin Steinhauer, wurden mehr als doppelt so viel Finanzmittel für den Arbeitsmarkt aufgewandt,

(Frau Steinhauer [SPD]: Deshalb wollen Sie die Statistik manipulieren! Nur deshalb!)

und zwar 7 Milliarden DM 1982 und über 15 Milliarden DM 1988.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Und trotzdem eine halbe Million Arbeitslose mehr!)

Diese Zahlen stehen im deutlichen Widerspruch zu der von der Opposition immer wieder behaupteten Untätigkeit unsererseits.

(Hasenfratz [SPD]: Zahlenakrobatik, Herr Kollege! — Andres [SPD]: Eine halbe Million Arbeitslose mehr als 1982!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die jüngsten Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Kassensturz in dieser Woche sind genau in der richtigen

(B) Richtung.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Die halbe Million ist richtig!)

Jetzt lassen Sie sich einmal aufklären.

(Andres [SPD]: Herr Heinrich, nehmen Sie die Zahlen zur Kenntnis!)

— Jetzt hören Sie doch zu. Sie können überhaupt nicht argumentieren, wenn Sie meine Argumente nicht gehört haben.

(Beifall bei der FDP — Frau Blunck [SPD]: Da sollte man nie so sicher sein! — Zurufe von der CDU/CSU)

— Das ist das Problem.

Sowohl die Förderung des Wohnungsbaus als auch insbesondere die als Sonderausgabe abzugsfähige Familien- und Pflegehilfe werden zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Bei letzteren kann man mit mehr als hunderttausend neuen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen rechnen.

(Hasenfratz [SPD]: Quellensteuer! Auch das gibt neue Arbeitsplätze!)

Diese Arbeitsverhältnisse bringen rund eine halbe Milliarde DM Mehreinnahmen in die Sozialversicherungskassen. Im ganzen ist das deshalb ein sehr sinnvoller und vor allem auch ordnungspolitisch richtiger Weg.

Gerade bei der Arbeitslosenquote verdeckt die magische Prozentzahl, welche Bewegung sich auf dem

(C) Arbeitsmarkt vollzieht. 1988 hat es 3,67 Millionen Zu- und Abgänge aus der Arbeitslosigkeit gegeben.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Dank Ihrer befristeten Verträge!)

Deshalb fordern wir, nicht nur die Zu-, sondern auch die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit in den üblichen Monatsberichten zu erfassen.

Wenn trotz des deutlichen Beschäftigungsanstiegs die Arbeitslosigkeit nicht stärker abgenommen hat, so ist das zum einen auf die wachsende Sogwirkung zurückzuführen, die eine positive Arbeitsmarktsituation ausübt, und zum anderen auf die zunehmende, von uns positiv beurteilte Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie auf die weiterhin verstärkt auf den Arbeitsmarkt drängenden geburtenstarken Jahrgänge.

Positiv hat sich insbesondere die **Jugendarbeitslosigkeit** entwickelt. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit lag bei Jugendlichen unter 20 Jahren bei 4,2 Monaten, unter 25 Jahren bei 4,5 Monaten, während sie ansonsten bei 6,7 Monaten liegt. In bestimmten Regionen und Berufen sind die Auszubildenden knapp,

(Kolb [CDU/CSU]: Die gibt es gar nicht mehr!)

und das nicht nur in den Fertigungsberufen. So kamen in Bayern auf einen nicht vermittelten Bewerber 14 unbesetzte Ausbildungsstellen, in Baden-Württemberg 8 und in Nord-Bayern 7.

(Reimann [SPD]: Welche Berufe waren das?)

Zunehmender **Fachkräftemangel,** aber auch Mangel an einfachen qualifizierten Arbeitnehmern wird

(D) von Betrieben aus vielen Teilen der Bundesrepublik beklagt,

(Beifall bei der FDP)

obwohl Hunderttausende Arbeitsuchende und Arbeitswillige registriert sind. Warum ist es für Betriebe in Gebieten mit niedriger Arbeitslosigkeit nicht möglich, Fach- und Hilfskräfte zu bekommen, während oftmals nur wenige Kilometer entfernt die Arbeitslosenquote signifikant höher liegt? Hier darf ich an den Kollegen Cronenberg erinnern, der immer wieder sagt,

(Schreiner [SPD]: Wer ist denn das schon wieder? — Haack [Extertal] [SPD]: Wer ist das denn?)

in Dortmund liege die Arbeitslosigkeit bei über 15 %, und in der Ortschaft, aus der er kommt, aus Arnsberg im Sauerland, eine halbe Autostunde von Dortmund entfernt,

(Haack [Extertal] [SPD]: Und mit dem Fahrrad?)

seien keine Facharbeiter zu bekommen. Das ist doch das Problem, mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Steinhauer [SPD]: Guck doch mal nach, wie wenig die ausgebildet haben! Das ist doch falsch! Da werden Äpfel mit Birnen verglichen! — Schreiner [SPD]: Sie vergleichen Kühe mit Pferden!)

Heinrich

(A) Ich wehre mich gegen generelle Bestrebungen, nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Statistik zu bekämpfen.

(Andres [SPD]: Das tun Sie doch!)

Das ist ein falscher Weg.

Wir müssen aber, so meine ich, stärker als bisher den einzelnen ins Blickfeld nehmen. Da gibt es den durch Konkurs seiner Firma arbeitslos gewordenen älteren Buchhalter ohne Computerkenntnisse. Es gibt aber auch denjenigen, der sich mit Arbeitslosenhilfe und ein wenig Schwarzarbeit häuslich eingerichtet hat und ansonsten seinen Hobbys — Pilze suchen, Gartengestaltung — nachgeht.

(Heyenn [SPD]: Ist das peinlich! Peinlich! — Schreiner [SPD]: Erzählen Sie diese Geschichten einmal im Ruhrgebiet!)

— Das gibt es. Das ist eine realistische Schilderung.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Ich lade Sie mal ein nach Leer! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Jetzt hören Sie einmal weiter zu. Es gibt aber auch eine leider immer größer werdende Zahl von **Langzeitarbeitslosen,**

(Schreiner [SPD]: Die auch Pilze suchen?)

und zwar trotz guter Konjunktur und einer weiteren Zunahme der Zahl der Beschäftigten.

(Schreiner [SPD]: Schicken Sie die in den (B) Wald zum Pilzesuchen oder was?)

— Ach, Herr Schreiner, ich dachte schon — —

(Schreiner [SPD]: Sie haben doch unglaublich verniedlicht!)

— Wir haben doch beides. Jetzt hören Sie doch zu. Sie können doch nicht leugnen, daß die Schilderung vorhin nicht realistisch war.

(Schreiner [SPD]: Ich nehme Sie mal mit zu uns, und schicken Sie die Leute mal Pilze suchen! Sie werden sich wundern, was die Ihnen sagen werden!)

Ich wiederhole: Es gibt eine leider immer größer werdende Zahl von Langzeitarbeitslosen, und zwar trotz guter Konjunktur und einer weiteren Zunahme der Zahl von Beschäftigten. Die Gründe, die zur Langzeitarbeitslosigkeit führen, sind weitestgehend bekannt: Einem immer anspruchsvoller werdenden Arbeitsmarkt steht eine Gruppe von unqualifizierten oder nicht qualifizierbaren,

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Deshalb haben Sie die Qualifizierungsmaßnahmen gekürzt! — Weitere Zurufe von der SPD)

häufig auch älteren oder behinderten Menschen gegenüber.

(Zuruf der Abg. Frau Blunck [SPD])

— Auf die Frauen komme ich noch zu sprechen. — Für den Bereich der Langzeitarbeitslosen wird es höchste (C) Zeit, daß die erfolgreichen Modelle, die ja schon existieren, in der Breite umgesetzt werden.

(Schreiner [SPD]: In der Breite? — Gegenruf Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Mit Herrn Breit!)

Die Tarifparteien müssen erkennen, daß sie nicht nur für die Menschen tätig sein dürfen, die in Arbeit sind, sondern daß sie auch aufgefordert sind, sich mehr um diejenigen zu sorgen, die draußen stehen. Den Handlungsspielraum dafür haben die Tarifparteien. Nur, sie handeln nicht.

Ich fordere auch die Kirchen, die Kommunen, die Arbeitsverwaltung, die Wohlfahrtsverbände und natürlich auch uns selber auf

(Zuruf des Abg. Schreiner [SPD])

— ach, Sie können halt nicht zuhören —, sich zusammen an einen Tisch zu setzen und dieses Problem einfallsreich, kreativ anzugehen. Um erfolgreich zu sein, muß sicher auch noch ein großer Berg von Bürokratie beiseite geschafft werden. Auch das behindert intelligente und kreative Modelle.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Unruh?

Heinrich (FDP): Bitte sehr.

Vizepräsident Westphal: Bitte schön, Frau Unruh.

(D) **Frau Unruh** (GRÜNE): Herr Kollege, sind Sie nicht meiner Meinung, daß wir als Gesetzgeber über das Arbeitsförderungsgesetz Maßnahmen zu ergreifen haben, daß es nicht so viele Arbeitslose geben darf, deren Existenz nicht gesichert ist?

(Reimann [SPD]: Die Kollegin meint Beschäftigungsprogramme! — Gegenruf Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Sie brauchen sie doch nicht zu interpretieren!)

Heinrich (FDP): Wollen Sie jetzt eine Antwort von mir haben, oder wollen Sie die Antwort geben? Dann können Sie sich hinterher draußen unterhalten.

(Kolb [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Frau Kollegin, wir haben im Arbeitsförderungsgesetz eine Vielzahl von Schwerpunkten gebildet, und wir konzentrieren unsere Mittel auf genau die Problemgruppen, die ich soeben genannt habe, nämlich auf die Arbeitslosen und auf die von Arbeitslosigkeit Bedrohten. Ich glaube deshalb, daß das auf Grund der finanziellen Lage der richtige Weg ist.

Zur Gruppe der besonders zu Fördernden gehören auch **Frauen,** die nach der Familienphase wieder erwerbstätig werden möchten. Es wurden Modelle eingerichtet — auch die haben Sie offensichtlich gar nicht zur Kenntnis genommen —, deren Aufgabe es ist, **Berufsrückkehrerinnen** in der zweiten Lebenshälfte, die zukunftsträchtige Berufe zu ergreifen wünschen, zu beraten und sie über betriebsnahe Qualifizierungsmaßnahmen und Möglichkeiten zur erneuten Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu informieren.

Heinrich

(A) Werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben einmal zusammenstellen lassen, was an Lohnkostenbeihilfen im Zusammenhang mit Neueinstellungen von Arbeitnehmern nach den verschiedensten Gesetzen gewährt wird. Das ist ein Betrag von insgesamt über 1,61 Milliarden DM. Diesen erheblichen Betrag sollten wir, meine ich, nicht in vielen Maßnahmen verkleckern, sondern wir sollten statt dessen lieber klotzen. Es auf einige wenige Maßnahmen zu beschränken, nämlich auf Maßnahmen für die besonders Betroffenen, erscheint mir dringend notwendig. Insofern stellt die umstrittene 9. AFG-Novelle einen richtigen Schritt in diese Richtung dar, denn die Arbeitsverwaltung hat nunmehr die Möglichkeit, Frau Kollegin, die vorhandenen begrenzten Ressourcen im Rahmen ihres Ermessens auf besonders Hilfsbedürftige zu lenken.

Nachdenklich stimmt auch, daß sich fast 70 000 Nicht-Leistungsempfänger in den letzten drei Monaten nicht bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldet haben und — entgegen der gesetzlichen Regelung — weiterhin in der Statistik geführt werden. Hier muß man nachfragen. Nachdenklich stimmt es auch, wenn nach dem Mikrozensus 1987 jeder fünfte Erwerbslose nicht kurzfristig, d. h. innerhalb von 14 Tagen, verfügbar sein soll. Selbst wenn diese Zahl zum Teil auf die unterschiedlichen Erhebungsmethoden zurückzuführen ist, sollte man, so meine ich, auch dem nachgehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Gerade weil wir trotz vorhandener Lichtblicke auf dem Arbeitsmarkt weiterhin für ältere und weniger (B) qualifizierte Mitbürger erhebliche Arbeitsmarktprobleme sehen, halten wir die Verlängerung befristeter arbeitsrechtlicher Regelungen für unerläßlich.

Die SPD-Forderungen sind ja nicht neu: **Beschäftigungsprogramme,** Herr Schreiner, wenn auch unter neuem Titel, und Arbeitsmarktabgabe. Wie das Ungeheuer von Loch Ness taucht diese Vorstellung von Zeit zu Zeit bei den Sozialdemokraten auf. Eine Arbeitsmarktabgabe würde aber gerade die kleinen Selbständigen, die alle wirtschaftlichen Risiken alleine zu tragen haben und die die eigentlichen Träger jedes Beschäftigungsaufschwungs sind, zusätzlich belasten.

(Beifall bei der FDP)

Welche Konsequenzen dies für den ersten Arbeitsmarkt haben wird, ist unschwer zu erraten: nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze.

(Schreiner [SPD]: Wenn Sie so weitermachen, verschwindet die FDP im Bermuda-Dreieck!)

In die gleiche Richtung zielt auch die SPD-Vorstellung eines **Sechsstundentages.** Schon jetzt sind wir Weltspitze bei der Arbeitszeitverkürzung.

(Heyenn [SPD]: Und im Export! — Dr. Ehrenberg [SPD]: Ja gleichzeitig beim Export!)

Arbeitszeitverkürzungen sind, so meine ich, nur dann vertretbar, wenn gleichzeitig entsprechende Flexibilität gesichert ist.

(Kolb [CDU/CSU]: Vor allem bei den Maschinenlaufzeiten!)

(C) In diesem Kontext sehe ich den Tarifabschluß in der Druckindustrie als ein problematisches Signal an. Denn wir in der Bundesrepublik Deutschland können beim schärfer werdenden europäischen Wettbewerb nicht so tun, als befänden wir uns auf der Insel der Seligen, die unabhängig von der Entwicklung um sie herum nur nach eigenem Gutdünken verfahren können.

(Beifall bei der FDP — Widerspruch bei der SPD)

Man muß feststellen: Manche haben dies noch nicht erkannt. Auf Grund Ihrer Zwischenrufe komme ich zu dem Ergebnis, daß Sie, meine Damen und Herren von der SPD, dazugehören.

Wenn darüber hinaus die Personalzusatzkosten weiter steigen, so ist das ein Alarmsignal.

(Zuruf von der SPD: Erzählen Sie jetzt die Geschichte von dem koreanischen Bäcker!)

Wir müssen deshalb verstärkte Anstrengungen unternehmen, um den Produktionsstandort Bundesrepublik weiter attraktiv zu halten. Wir müssen auch weiterhin Anstrengungen zu einer sinnvollen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unternehmen, aber wir dürfen nicht mit den Rezepten aus der Mottenkiste Politik machen, denn dadurch sichern wir nicht Arbeit und Beschäftigung, sondern bekommen genau das Gegenteil: Wir gefährden Arbeitsplätze.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen von der SPD, ich hätte mir eigentlich gewünscht, daß diese Aussprache heute morgen etwas sachlicher verläuft. Wenn Sie mir genau zugehört hätten, (D)

(Frau Blunck [SPD]: Besonders der Teil mit den Pilzen war sehr aufschlußreich!)

hätten Sie sehr wohl feststellen können, daß wir in der Vergangenheit positive Entwicklungen verzeichnen konnten, und Sie hätten gemerkt, daß ich zukunftsgerichtete Vorschläge dafür gemacht habe, wie man mit dem Problem der Langzeitarbeitslosigkeit fertig werden und beim Problem der Eingliederung von Frauen einen Schritt vorankommen kann. Leider Gottes war es durch Ihre unqualifizierten Zwischenrufe nicht möglich, hier in einen konstruktiven und fruchtbaren Dialog einzutreten.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Heyenn.

Heyenn (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Beitrag des FDP-Kollegen war von Überheblichkeit und von Desinteresse am Schicksal der Arbeitslosen gekennzeichnet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Was werden die Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Heide in Schleswig-Holstein zu dem Beispiel mit den Pilzen sagen? Dort ist jeder fünfte arbeitslos. Herr Kol-

Heyenn

(A) lege Heinrich, Sie haben hier einen zynischen Beitrag zu Lasten der Arbeitslosen geleistet!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP — Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Sie haben nicht zugehört!)

Wir haben Massenarbeitslosigkeit. Ich will Ihnen eine ganz nüchterne Zahl nennen: 685 000 Langzeitarbeitslose sind statistisch erfaßt. Wenn man die statistischen Bereinigungen der vergangenen Jahre berücksichtigt, sind es mehr als 800 000. 350 000 davon sind schon mehr als zwei Jahre arbeitslos. Herr Kollege Heinrich, hören Sie zu! Das sind nicht doppelt so viele, das sind viermal so viele wie im Jahr 1982, die mehr als zwei Jahre arbeitslos sind.

(Reimann [SPD]: Traurig!)

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit beträgt zur Zeit 13,6 Monate.

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Heinrich?

Heyenn (SPD): Bitte, die Zeit wird ja nicht angerechnet.

Heinrich (FDP): Herr Kollege Heyenn, wenn Sie meiner Rede richtig zugehört haben: Können Sie mir zustimmen, daß ich sowohl den pilzesammelnden Arbeitslosen mit zusätzlich als Schwarzarbeit ausgeübter Nebentätigkeit als auch die entsprechende Proble- (B) matik erwähnt habe, und können Sie bestätigen, daß diese Situationsbeschreibung zutrifft?

Heyenn (SPD): Herr Kollege Heinrich, Sie wissen genausogut wie ich, daß nach Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit maximal 3 % bis 4 % der registrierten Arbeitslosen scheinarbeitslos sind. Mit solchen Beispielen wie dem, das Sie gewählt haben, diffamieren Sie die gesamten Arbeitslosen in der Bundesrepublik und stellen sie ins gesellschaftliche Abseits.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Scharrenbroich [CDU/CSU]: Das ist eine Unverschämtheit, Herr Kollege Heyenn! Das wissen Sie ganz genau!)

— Kollege Scharrenbroich, Ihr **Verhalten gegenüber den Arbeitslosen,** die Verarmung, die soziale Deklassierung als Folge der Langzeitarbeitslosigkeit einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen, ist ein Skandal. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen nehmen die Realität einfach nicht mehr wahr.

(Vorsitz: Vizepräsident Cronenberg)

Sie täuschen — wir haben eben ein Beispiel dafür erlebt — die Bürger, um Ihr eigenes Nichtstun zu verschleiern. Tatsache ist doch: Es gibt rund eine halbe Million gemeldete Arbeitslose mehr als 1982. Tatsache ist: 1983 hat die Regierung Kohl einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um eine Million versprochen. Herausgekommen ist kein Rückgang, herausgekommen ist ein Anstieg um eine halbe Million.

(Frau Blunck [SPD]: Hört! Hört!)

(C) Die wachsende Arbeitslosigkeit, meine Damen und Herren, ist ein besonderes Problem der **altindustrialisierten Regionen.** Dort sind fast 40 % der Arbeitslosen Dauerarbeitslose. Die regionalen Entwicklungslinien laufen grundgesetzwidrig weit auseinander. Die Sozialhilfelasten in den altindustrialisierten Regionen wachsen ins Unerträgliche.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Heyenn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schemken?

Heyenn (SPD): Wenn Sie sie mir nicht auf die Zeit anrechnen, Herr Präsident.

Vizepräsident Cronenberg: Ich werde es nicht tun.

Schemken (CDU/CSU): Herr Kollege Heyenn, können Sie bestätigen, daß 1983 und später Wirtschaftsinstitute und insbesondere der DGB, aber auch Ihre Fraktion teilweise Arbeitslosigkeit in Höhe von 3 Millionen, 3,5 Millionen und 4 Millionen vorausgesagt haben?

Heyenn (SPD): Das ist in der Gesellschaft mit Sicherheit prognostiziert worden, Herr Kollege Schemken. Wenn ich die Arbeitslosen in der stillen Reserve und diejenigen, die Sie aus der Statistik herausmanipuliert haben, zu den fast 2,5 Millionen gemeldeten Arbeitslosen addiere, bin ich exakt bei dieser Zahl.

(Beifall bei der SPD)

Die Gewerkschaften, die Kirchen und wir fordern (D) seit langem gezielte **Maßnahmen zur Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose.** Unser Antrag vom Dezember 1987 liegt dem Hause vor:

> Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die von der Evangelischen Kirche Deutschlands vorgelegte Denkschrift Gezielte Hilfen für Langzeitarbeitslose unverzüglich aufzugreifen und dem Deutschen Bundestag alsbald ein Konzept zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zuzuleiten.

Die Bundesregierung hat nicht reagiert. Sie hat kein Konzept erarbeitet, sie hat andererseits auch nicht erklärt, daß sie ihre Hausaufgaben nicht zu tun gedenke. Sie hat einfach nichts gemacht. Sie hat versucht, das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit einfach auszusitzen. Das führt zur Regierungsunfähigkeit, und diesen Zustand, meine Damen und Herren, führen Sie uns heute vor.

Ich erinnere erneut an das Ergebnis der **Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung** am 18. Juni 1988. Der Kollege Egert hat damals als Ausschußvorsitzender gesagt: Es geschieht im Leben eines Ausschußvorsitzenden selten, daß ihn alle Fraktionen autorisieren, eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Er hat dann gesagt, daß sich alle Parteien fest vorgenommen haben, an der Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose mitzuwirken.

Das haben die Mitglieder der Koalitionsfraktionen offenbar sofort nach der Sitzung vergessen. Wollten sie nicht, oder durften sie nicht? Gleich nach dieser

Heyenn

(A) Anhörung kam die **9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz.** Das war ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die, wie die evangelische Kirche, Hilfen für Langzeitarbeitslose gefordert haben. Aber Sie haben die noch vorhandenen Hilfen abgebaut.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Reimann [SPD]: Das steht im Widerspruch zu allen Reden von denen! — Schreiner [SPD]: An den Taten wird man gemessen!)

Die Qualifizierungsmaßnahmen werden durch die 9. Novelle massenweise abgebaut. Diese Maßnahmen vor dem Hintergrund der notwendigen Vorbereitung auf den europäischen Binnenmarkt abzubauen ist töricht und dumm. Das Wissen und das Können der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind der entscheidende Standortvorteil der Bundesrepublik Deutschland, den es zu erhalten gilt.

Wie die Faust aufs Auge paßt zum **Abbau der Qualifizierungsmaßnahmen** das Gejammere Ihrer Freunde über den Fachkräftemangel.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** werden in großem Umfang abgebaut, bundesweit 24 % weniger Mittel. Durch die massive Kürzung der Mittel wie der Förderungssätze werden Selbsthilfegruppen, die finanzschwachen Kommunen und die Wohlfahrtsverbände aus dem Kreis der Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgegrenzt.

Wir fordern wie die evangelische Kirche, wie die Gewerkschaften eine **Erweiterung des öffentlich geförderten Arbeitsmarkts** und ein Dauerkonzept, denn das bisherige ABM-Konzept ist überholt. Bei der Fortentwicklung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, meine Damen und Herren, muß es um normale Investitions- und Dienstleistungsaufgaben der Kommunen gehen. Gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Aufgabenfelder müssen besetzt werden. Dabei geht es vorrangig um die **ökologische Erneuerung** und die **Modernisierung sozialer Dienste.**

(B)

Der Industriegesellschaft geht die Arbeit nicht aus. Im Gegenteil: Arbeit liegt brach. Bei der Erweiterung des öffentlich geförderten Arbeitsmarkts müssen vorrangig Beschäftigungen für die inzwischen annähernd 800 000 Langzeitarbeitslosen gefunden werden.

Wir fordern eine Regionalisierung der Arbeitsförderung. Wir fordern gezielte Maßnahmen zum Abbau der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Wir fordern eine konsequente Bekämpfung der illegalen Beschäftigung. Wer glaubt, die Probleme mit der Einführung eines Sozialversicherungsausweises lösen zu können, der hat von den Realitäten keine Ahnung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir fordern Sie auf: Beenden Sie Ihr kaltschnäuziges Nichtstun. Statt die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, bekämpfen Sie die Arbeitslosen und die Statistik. Kohl, Späth, Geißler wollen Hunderttausende aus der Statistik werfen, nach dem Motto: Da sind Leute gemeldet, die die Gesellschaft ausnutzen und nicht daran denken zu arbeiten — die Pilze des Kollegen Heinrich. (C)

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

Da wird frech behauptet, 500 000 suchten nur einen Teilzeitarbeitsplatz. Keiner kann die Zahl belegen; sie ist frei erfunden. Da wird frech behauptet, 300 000 Arbeitslose leisteten Schwarzarbeit. Das ist eine böse Unterstellung, das ist billiges Stammtischniveau.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Da wird frech behauptet, 300 000 bis 400 000 Arbeitslose seien nicht vermittelbar. Wer soll das eigentlich sein? Wen schreiben Sie da eigentlich kaltschnäuzig ab?

Tatsache ist: Unser System der Arbeitsförderung ist gegen Ausbeutung geschützt. Tatsache ist: Der **Anteil unechter Arbeitsloser** ist verschwindend klein. Tatsache ist: Es gibt gravierende Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt. Heißt das, wenn ich Sie richtig verstehe, daß dort, wo die Arbeitslosenquote sehr hoch ist — wie bei mir in Heide in Schleswig-Holstein —, die Menschen zehnmal so faul sind wie in anderen Ecken dieser Republik? Das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

Sie haben es immerhin geschafft — da will ich Ihnen einen Erfolg attestieren —, rund 170 000 Arbeitslose wegzudefinieren. In der **Arbeitslosenstatistik** sind Sie erfolgreich, ohne daß ein einziger Arbeitsloser zusätzlich in Arbeit gekommen wäre. (D)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Da kann ich Ihnen nun wirklich nicht sagen: weiter so, CDU/CSU! Schon mehr als 100 000 arbeitslose Leistungsempfänger sind offiziell aus der Statistik verschwunden, davon rund 62 000 ältere, die auf ihre Rente warten, fast 42 000 vorübergehend Kranke.

Seit einem guten Jahr haben Sie mit der 8. Novelle zum AFG beschlossen, Arbeitslose, die weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe beziehen und drei Monate nicht mehr beim Arbeitsamt waren, aus der Statistik zu streichen. Das Motiv war klar: Flächendeckend angewandt, kann man so eine Menge Arbeitslose loswerden. Bis zu 60 000 sind schon aus der Statistik verschwunden,

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Und trotzdem ist die Zahl nicht gesunken!)

170 000 Arbeitslose wurden statistisch weggedrückt, aber noch immer gibt es eine halbe Million mehr Arbeitslose als 1982.

(Beifall bei der SPD)

Das sind „Erfolge".

Für die Statistikmanipulationen sind nicht die Arbeitsämter verantwortlich zu machen, denn sie müssen nach den Vorgaben der Koalition arbeiten. Der rüde Ton des Bundesarbeitsministers gegenüber dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, er werde ihn zum Vollzug des AFG rechtsaufsichtlich anweisen, ist schon ein neuer Stil unter christlichen Partei-

Heyenn

(A) freunden. Das ist, meine ich, Ausdruck der Endzeitstimmung der Koalition.

Der Minister will, daß sich die Arbeitsämter vorrangig mit der Statistikbereinigung befassen, statt Arbeitslose in Arbeit zu vermitteln. Ist das nicht ein trauriges Beispiel Ihrer Unfähigkeit zu regieren?

Die wundersame Abnahme der Arbeitslosenzahl in den letzten Monaten erklärt sich, abgesehen vom ausgefallenen Winter, aus eben dieser Statistikbereinigung.

(Günther [CDU/CSU]: Ist auch falsch!)

Als nächstes wollen Sie die Arbeitslosenstatistik vom Grunde her frisieren. In den Vermerken des Arbeitsministeriums heißt es: Der Minister wünscht, vom BMA aus künftig die auf alle Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote zu verwenden bzw. stärker in den Vordergrund zu stellen. Damit kann man, zugegeben, die Arbeitslosenquote um fast einen Prozentpunkt senken, ohne auch nur einen einzigen Arbeitslosen zusätzlich vermittelt zu haben. Der Minister wünscht ein schöneres Erscheinungsbild der Arbeitsmarktstatistik.

(Günther [CDU/CSU]: Ein richtiges!)

Es ist wie bei der Gesundheitsreform: Eine schreckliche Sache soll schöngeredet werden; aber den Menschen wird nicht geholfen.

Unser Kollege Kraus von der CSU hat vor 14 Tagen die Bundesregierung gefragt: Wie bewertet sie, die Bundesregierung, die Tatsache, daß in den **Niederlanden** durch Durchforstung der **Arbeitslosenstatistik** und **Änderungen der Kriterien** zur Feststellung der Arbeitslosigkeit die gezählten Arbeitslosen zum 1. Januar 1989 auf 430 000 gesunken sind, während am Tag zuvor noch 700 000 Arbeitslose gezählt wurden?

(B)

Die Antwort: Die Bundesregierung verfolgt mit Interesse das Experiment in den Niederlanden.

(Lachen bei der SPD)

Tatsache ist, meine Damen und Herren: Die Botschaft der Bundesrepublik in Den Haag hat zu Jahresanfang den Arbeitsminister, den Wirtschaftsminister, das Bundeskanzleramt und das Bundespresseamt informiert. Tatsache auch: Das Bundeskanzleramt drängt das BMA, entsprechende Regelungen umzusetzen. Eine Delegation aus Kanzleramt und Arbeitsministerium hat sich vor Ort in den Niederlanden bereits erkundigt, wie man es denn machen könne. Sie wollen einen Befreiungsschlag. Sie wollen, niederländischem Beispiel folgend, mehr als ein Drittel der Arbeitslosen mit einem Streich aus der Statistik heraus haben. Daran arbeiten Sie ganz konkret. Aber Sie arbeiten nicht an der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist fies, was Sie behaupten! — Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Aufgeblasener Schwätzer!)

Wir haben die Hoffnung verloren. Sie sind zu einer Politik zugunsten der Arbeitslosen, zu einer Politik für neue Arbeitsplätze nicht fähig. Sie sind regierungsunfähig. Ich meine auch, Sie werden, wie gestern gesagt, pfleglich miteinander untergehen, weil Sie versagt haben.

(C)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Scharrenbroich [CDU/CSU]: Jetzt lacht er wieder! Jetzt ist die ganze Aufregung dahin! — Heyenn [SPD]: Ich freue mich, daß Sie wenigstens ein bißchen betroffen waren!)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Dr. Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist Sinn einer parlamentarischen Debatte, daß wir in Rede und Antwort die Argumente austauschen. Mit der Kollegin aus der GRÜNEN-Fraktion kann ich das leider nicht mehr, da sie den Saal bereits verlassen hat. Auch das ist ein Ausdruck Ihrer parlamentarischen Dialogfähigkeit.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Reden und nicht zuhören! — Hüser [GRÜNE]: Reden Sie mit uns!)

Auch dem Kollegen Schreiner kann ich leider nicht mehr antworten.

(Heyenn [SPD]: Der kommt gleich wieder!)

— Gut, kann passieren, das nehme ich zurück.

Nun aber zum Kollegen Heyenn: Herr Kollege Heyenn, wie kommen Sie darauf, wir hätten aus der **Statistik** 170 000 Arbeitslose herausmanipuliert? Wie kommen Sie auf diese Zahl? Kann man hier einfach Behauptungen in die Welt setzen, ohne sie belegen zu müssen? Einen Punkt will ich nennen: In der Statistik zählen wir die über 58jährigen Arbeitslosen nicht mehr, wenn sie sich nicht mehr dem Arbeitsamt zur Vermittlung zur Verfügung stellen. Das war ein Vorschlag, der auf eine Idee des Parlamentarischen Staatssekretärs Buschfort zurückgeht, der bekanntlich Ihrer Partei angehört.

(D)

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Damals war das richtig!)

— Ich kann Ihnen, Herr Ehrenberg, die entsprechenden Zitate vorlesen. Es gibt auch einen Sinn. Warum soll sich ein 58jähriger, dessen **Vermittlungschancen** leider Gottes derzeit sehr schlecht sind, immer dem Arbeitsamt zur Verfügung stellen, das ganze Ritual von Vermittlungsgesprächen über sich ergehen lassen, wenn er nicht mehr arbeiten will?

(Hüser [GRÜNE]: Er bleibt trotzdem arbeitslos!)

Wenn er will, geht er zum Arbeitsamt und wird weiter gezählt. Er entscheidet, ob er aus der Statistik ausscheiden will, er allein, kein Bundesarbeitsminister.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Er allein sagt: Ich will mit 60 in die Rente. Ich will nicht mehr zur Vermittlung. — Warum wollen Sie da der Vormund sein und sagen: Nein, du mußt hin und mußt gezählt werden?

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: Sprechen Sie doch mal mit den älteren Leuten!)

Bundesminister Dr. Blüm

(A) Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß die Aufnahme in die Arbeitslosenstatistik darauf basiert, daß man Arbeit sucht. Wenn man sie als 58jähriger nicht mehr sucht, kann man auch nicht als Arbeitsloser gezählt werden. Wenn Sie, Herr Heyenn, diese Personen meinen, dann kämen Sie auf rund 60 000 Betroffene. Das verheimlichen wir nicht; das steht in der Statistik. Der Abstand zu Ihrer Zahl beträgt aber 110 000. Sie haben nämlich die Zahl 170 000 genannt.

(Günther [CDU/CSU]: Stille Reserve! — Heyenn [SPD]: Nein, Sie hätten zuhören sollen!)

Wenn alle **Erwerbspersonen** bei der **Quotenermittlung** stärker in den Blickpunkt genommen werden sollen, so folgen wir damit erstens einer Übung in allen OECD-Ländern. Wenn wir uns in Europa schon auf den Binnenmarkt zubewegen, dann muß auch die Vergleichbarkeit hergestellt werden. Was aber das zweite und noch wichtigere ist, ist, daß die Arbeitslosenquote — bezogen auf alle Erwerbspersonen — seit August 1982 in den Statistiken der Bundesanstalt ausgewiesen wird. Gehe ich recht in der Annahme, daß im August 1982 diese Regierung noch nicht im Amt war? Wenn Sie sich also über angebliche Manipulationen der Statistik beschweren, dann bitte bei der Vorgängerregierung und nicht bei uns. Ich beschwere mich nicht. Ich halte die genannte Arbeitslosenquote im Sinne der Vergleichbarkeit für einen brauchbaren Maßstab.

Wenn Sie bezüglich der **Teilzeitarbeitslosen** sagen, die Angaben seien aus der Luft gegriffen: Wieso aus der Luft gegriffen, Herr Heyenn? Die Angaben befin-(B)den sich in der Statistik der Bundesanstalt. Wir haben rund 240 000 — im letzten Monat waren es genau 230 000 — Arbeitssuchende, die nur Teilzeitarbeit suchen, die zum Arbeitsamt gegangen sind und gesagt haben: Ich will nur Teilzeitarbeit. Wie kommen Sie eigentlich auf die Idee, kein Mensch wüßte etwas darüber?

Was die **stille Reserve** anbelangt, verwende ich das Zitat der von mir sehr geschätzten Kollegin **Anke Fuchs,** die zu der Zeit, als sie noch bei Herrn Ehrenberg im Dienst stand, gesagt hat: Stille Reserve? Was ist das? Wer arbeitslos ist, geht zum Arbeitsamt. Wer zum Arbeitsamt geht, ist arbeitslos. Wer nicht hingeht, den kann ich nicht zählen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist, finde ich, eine sehr solide Argumentation.

Wer Arbeit sucht, braucht doch nur zum Arbeitsamt zu gehen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das war immer so!)

Wir manipulieren doch niemanden in die stille Reserve. Aber ich kann doch nicht vermuten, wer noch Arbeit sucht. Das wären doch alles Vermutungen.

Ich will die Debatte hier auch wirklich mit Zahlen führen. Sie sagen: Der Ansatz für **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** sei zurückgegangen. Wir haben den **Haushaltsansatz** des letzten Jahres zwar von 3,4 Milliarden DM auf 3,2 Milliarden DM reduziert, liegen damit aber immer noch beim Dreifachen dessen, was Sie ausgegeben haben. Einer, der nur ein (C) Drittel gemacht hat, wirft uns vor, wir würden zuwenig machen.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Bitte.

Vizepräsident Cronenberg: Bitte schön, Herr Abgeordneter Haack.

Haack (Extertal) (SPD): Herr Bundesarbeitsminister, teilen Sie die Auffassung der EKD in der Studie zu Langzeitarbeitslosen, daß sich die Langzeitarbeitslosen deswegen nicht mehr zur Verfügung stellen, nicht mehr melden, weil sie das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und in den Sinn arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ihrerseits verloren haben und von daher individuelle Lösungen suchen?

(Günther [CDU/CSU]: Die wollen doch dauernd Geld haben! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Dr. Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Die **Maßnahmen für die Langzeitarbeitslosen,** Herr Kollege, haben wir verstärkt. Wir geben dafür mehr Geld aus als je zuvor. Sie sollten durch solche Fragestellungen nicht sozusagen die Resignation befördern. Sie sollten mit dazu beitragen, daß die Langzeitarbeitslosen die ganze Palette der Instrumente

(Zuruf von der SPD)

(D) — ich kann es Ihnen ja gerne erklären — unsere Arbeitsmarktpolitik nutzen. Wie gesagt, wir geben für sie mehr Geld aus als je zuvor.

(Hüser [GRÜNE]: Auch deren Zahl wird ja immer größer! — Zurufe von der SPD)

Wir haben beispielsweise die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verdreifacht

(Heyenn [SPD]: Gekürzt!)

und die Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen verdoppelt.

(Heyenn [SPD]: Gekürzt!)

Sie werden doch hoffentlich nicht behaupten, die Arbeitslosenzahl habe sich verdoppelt. Für beides, für **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** wie für **Qualifizierungsmaßnahmen** der Bundesanstalt, gibt es aber aus meiner Sicht **objektive Grenzen,** nicht Grenzen, die vom guten oder schlechten Willen abhängen. Sie können ja die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht ins Unendliche ausdehnen und dann noch sagen, die Maßnahmen würden sich ja selber tragen. Sonst könnten wir ja zwei Millionen Arbeitslose in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unterbringen, dann wäre das Problem gelöst. Es gibt deshalb objektive Grenzen, weil die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den normalen Arbeitsmarkt vordringen und dort Arbeitsplätze beseitigen. Wer das nicht glaubt, soll sich einmal mit den Kollegen der ÖTV unterhalten, die sich immer darüber beschweren, daß durch das Anbieten von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Planstellen der Kommunen wegfallen, sozusagen der Beitragszahler das zahlt, was die Kommunen aus ihren Steuersäckeln

Bundesminister Dr. Blüm

(A) zu bezahlen haben. Also gibt es doch objektive Grenzen dafür!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Qualifizierungsmaßnahmen haben wir — ich gebe es zu — auf eine Rekordhöhe gebracht. Wir geben doppelt sowie Geld hierfür aus, wie zu sozialdemokratischer Zeit. Aber auch für Qualifizierungsmaßnahmen gibt es objektive Grenzen. Würden wir nämlich die Zahl immer weiter erhöhen, würden sich die Betriebe aus der Erfüllung dieser Aufgabe zurückziehen. In der Tat gibt es Anzeichen dafür, daß man die Bundesanstalt zum bequemen Ersatzmann für die Erfüllung betrieblicher Pflichten macht.

(Günther [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Was mir zu denken gibt, ist, daß der Anteil der Arbeitslosen an den Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesanstalt abnimmt und der Anteil derjenigen, die in Beschäftigung sind, zunimmt. Für diese ist, glaube ich, nicht das Arbeitsamt, nicht die Bundesanstalt zuständig, sondern sie müssen in den Betrieben weitergebildet werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Nach meinem Verständnis gehört es zum modernen Unternehmer, nicht nur in Sachgüter zu investieren, sondern auch — das ist ebenfalls seine Pflicht — Menschen zu qualifizieren, und zwar nicht nur die jungen, sondern auch die älteren.

Ich glaube, daß die Vermittlungschancen der älteren Arbeitnehmer auch deshalb abgenommen haben, weil wir noch immer in dem Leitbild befangen sind, (B) als sei Bildung etwas für das erste Drittel des Lebens. Nein, **berufliche Bildung** wird den Arbeitnehmer auch darüber hinaus begleiten, und es wird auch nicht nur Aufstiegsbildung sein, denn auch dies wäre eine Überforderung. Es wird eine Bildung sein müssen, mit der sich der Schlosser in seinem erlernten Beruf — und zwar im **Betrieb** und nicht durch die Bundesanstalt — qualifiziert. Wenn die Bundesanstalt das immer extensiver anbietet, dann ziehen sich die Betriebe aus einer Pflicht zurück, die ihre erste Pflicht ist.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Ich hätte gern mehr pflichtbewußte Unternehmer!)

— Gut, dann appellieren wir — Herr Ehrenberg, ich widerspreche Ihnen gar nicht — gemeinsam an sie, aber es brauchen sich hier ja nicht alle angesprochen zu fühlen.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Ich habe ja gesagt: gern mehr!)

— Ja, gut. Ich glaube, daß es in Sachen Qualifizierung vorbildliche Unternehmen gibt, daß sich viele eine Scheibe von denen abschneiden können, während andere den bequemen Ausweg suchen. Letztere lassen sich von der Bundesanstalt für Arbeit Arbeitnehmer qualifizieren, die sie selbst in ihren Betrieben qualifizieren müßten. Wenn wir darin sowie auch darin, daß es für ABM eine Grenze gibt, übereinstimmen, ist das ja erfreulich.

Ich möchte noch auf das Argument des Kollegen Schreiner eingehen, wir würden eine **Arbeitsmarktpolitik** machen, bei der die **notleidenden Länder** im Stich gelassen werden. Die Zahlen sagen etwas anderes. Wenn ich einmal die Zahlen für 1985 bis 1987 (C) nehme, dann stelle ich fest: 62 % der Leistungen der Bundesanstalt gehen an die Nordländer, nämlich 64 Milliarden DM, und 37 %, also 39 Milliarden DM, an die Südländer. Unter dem Dach der Bundesanstalt findet eine Umverteilung von Süden nach Norden statt, weil es im Norden mehr Probleme gibt. Aber die Zahlen widerlegen die Behauptung, wir ließen die strukturschwachen Länder im Stich. Auch die Strukturhilfe, die wir anbieten, ist ja eine Maßnahme, die gerade jenen Ländern helfen soll, die durch eine schwierige Arbeitsmarktlage in Not geraten sind.

Herr Kollege Heyenn, ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich Ihnen oder dem Kollegen Schreiner den Siegespreis im Berufswettbewerb der Malermeister, Sparte Schwarzmaler, überreichen soll. Freilich, die Arbeitslosenzahl ist in die Höhe gegangen. Herr Heyenn, hier steht doch niemand, der selbstzufrieden sagt: Keine Anstrengung nötig, wir sind am Ziel. — Ich habe heute morgen auch niemanden so reden hören. Aber zur Wahrheit gehört auch, daß wir im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vorwärtskommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn Sie das leugnen, schaden Sie nicht nur Ihrer Wahrheitsliebe und auch nicht nur den Koalitionsparteien, sondern Sie nehmen Unternehmern und Arbeitnehmern den Antrieb, sich anzustrengen. Das werden Sie erreichen, wenn Sie ein Klima entstehen lassen, bei dem man den Eindruck gewinnen muß, es sei alles umsonst gewesen.

1 Million **neue Arbeitsplätze:** Ist das nichts? Das ist das Gegenteil dessen, was es in der Zeit gab, als wir (D) die Regierung übernommen haben. Damals gab es in der Beschäftigungsstatistik rote Zahlen. Jetzt gibt es schwarze Zahlen. Merke dir: Rote Zahlen sind schlecht, schwarze Zahlen sind gut.

(Günther [CDU/CSU]: Wie rote Politik, die auch schlecht ist!)

Es bleibt dabei, daß wir — Sie können sagen, das sei zuwenig — im letzten Jahr 177 000 neue Arbeitsplätze geschaffen haben, daß wir im Januar 1989 190 000 mehr Arbeitsplätze hatten als ein Jahr zuvor.

Viele fragen sich verwundert: Wieso schlägt sich das nicht mit denselben Zahlen in der Arbeitslosenstatistik nieder, d. h. warum sinkt die Arbeitslosenzahl nicht entsprechend? Ich gebe zu, daß das auf den ersten Blick verwunderlich erscheint. Das hängt damit zusammen, daß mehr Mitbürger als zuvor nach Arbeit nachfragen. Vor allem hängt es damit zusammen, daß mehr Frauen — was ich gar nicht kritisiere, sondern nur beschreibe — mehr als je zuvor nach Erwerbsarbeit nachfragen. Von den 1 Million neuen Arbeitsplätzen sind zwei Drittel den Frauen zugute gekommen. Zwei Drittel! Wir haben die höchste **Quote von erwerbstätigen Frauen,** seitdem in der Bundesrepublik überhaupt eine Beschäftigungsstatistik geführt wird. Wir kommen also voran.

Ich denke, daß man nicht mit mehr Planung vorankommt, sondern daß wir die Wirtschaft vorwärtsbringen müssen. Deshalb ist **Wachstum** gut. Deshalb muß mehr investiert werden. Es wird doch jeder zugeben, daß wir die erstaunliche Leistung vollbracht haben, im

Bundesminister Dr. Blüm

(A) siebten Jahr einen konjunkturellen Anstieg zu verzeichnen. Das ist eine wichtige Voraussetzung — damit werden noch nicht alle Probleme gelöst — für eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt.

Die Zahl der Kurzarbeiter ist zwischen 1983 und 1988 fast um eine halbe Million zurückgegangen. **Kurzarbeit** ist auch eine Form von Arbeitslosigkeit; das ist Teilarbeitslosigkeit.

Das **Lehrstellenproblem** galt als eine drohende Katastrophe in der Republik. Man kann heute sagen: Es werden wieder Lehrlinge gesucht. Ist das keine Wende?

(Reimann [SPD]: Es sind ja auch weniger Kinder geboren worden!)

Die Zahl der arbeitslosen jungen Menschen unter 20 Jahren hat sich seit 1983 halbiert.

Seite Mitte 1988 sinkt die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit kontinuierlich. Im Februar 1989 lag die Zahl der Arbeitslosen um 212 000 niedriger als im Februar des Vorjahres. Das ist der stärkste Februar-Rückgang seit 20 Jahren. Ich trage das deshalb vor, um den Mut und die Hoffnung auf dem Arbeitsmarkt zu stärken. Gute Nachrichten befördern etwas, schlechte Nachrichten tun das Gegenteil.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Im Februar haben auch noch nie die Osterglocken geblüht!)

Die den Arbeitsämtern im Februar 1989, Herr Ehrenberg, neu angebotenen 166 000 offenen Stellen sind der höchste Zugang in einem Februar seit neun Jahren. Die Arbeitsämter haben im Februar 1989 156 000 Personen vermittelt. Das ist mehr als in jedem

(B) anderen Februar seit 1980.

Wir sind noch lange nicht am Ziel. Ich sage nicht, daß wir mit unseren Anstrengungen aufhören sollten. Aber wir kommen voran. Allerdings bergauf kommt man natürlich langsamer voran als bergab. Das weiß jeder Radfahrer.

(Abg. Frau Unruh [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Deshalb freue ich mich auf die Frage von Frau Unruh, wenn der Herr Präsident sie gestattet.

Vizepräsident Cronenberg: Bitte schön, Frau Abgeordnete Unruh.

Frau Unruh (GRÜNE): Herr Minister, ich höre Ihnen immer gerne zu. Sie strahlen ja etwas aus, was Mut machen soll. Meine Frage ist die: Haben Sie sich mit Ihren großen Phantasien, die die Bürger draußen ja gar nicht erkennen, etwas vorgestellt — —

(Heyenn [SPD]: Nein! Er gaukelt sich was vor!)

— Das glaube ich nicht.

(Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Er hat sich sicher etwas vorgestellt!)

Haben Sie sich einmal vorgestellt, daß alle Menschen, die arbeiten müssen, um ihre Familie zu ernähren, einmal irgendwie unkündbar werden könnten wie z. B. Beamte und Angestellte im öffentlichen

(C) Dienst nach 15 Jahren? Haben Sie sich einmal solche Gedanken gemacht?

Dr. Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Ja, Frau Unruh. Ich meine, ein schöner Gedanke: Jeder ist unkündbar. Nur: Nicht alle guten Vorsätze erreichen das Ziel.

Bleiben wir doch einmal bei der Idee, bei der Utopie, es gäbe die **Unkündbarkeit.** Ich fürchte, daß dann viele Arbeitnehmer gar nicht mehr eingestellt würden, daß es dann möglicherweise ein älterer Arbeitnehmer schwer hätte. Verstehen Sie? Nicht jeder gute Wille erreicht sein Ziel. Bekanntlich ist der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert. Deshalb: Unkündbarkeit würde den Arbeitsmarkt unbeweglich machen. Was macht denn ein Betrieb, der das, was er verkaufen will, nicht mehr an den Mann bringen kann, aber unkündbare Arbeitnehmer hat? Der Betrieb müßte schließen und auch noch die Arbeitsplätze gefährden, die er gar nicht kündigen wollte. Insofern ist eine Marktwirtschaft eine höchst mobile und flexible Wirtschaftsordnung mit Risiken. Sie hat uns aber auch einen Wohlstand geschaffen, den keine Planwirtschaft zustande bringt.

Deshalb glaube ich, daß ein Thema lautet, auch die Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhöhen. Beispielsweise findet auch unsere Gesundheitsreform — das mag für manchen überraschend sein — ihre Rechtfertigung im Kampf gegen die **Lohnnebenkosten.** Unsere Gesundheitsreform hat nicht nur diesen Zweck, sie hat aber auch den Zweck, durch Zurückdrängen der Lohnnebenkosten **neue Beschäftigungsmöglichkeiten** zu schaffen. (D)

Stellen Sie sich vor, wir hätten nichts gemacht, dann hätten wir demnächst Krankenversicherungsbeiträge von 20 %, Rentenversicherungsbeiträge im nächsten Jahrhundert von 35 % — das sind 55 % —, dann noch Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 10 %. Wenn Sie dann noch Steuern zahlen, dann führt es bald dazu, daß Sie Geld mitbringen müssen, wenn Sie arbeiten wollen. Das zeigt die ganze Ausweglosigkeit. Deshalb braucht man den Mut zu Reformen, auch im Sozialsystem.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Zu wessen Lasten?)

— Zu wessen Lasten? Wir sparen zugunsten der Beitragszahler. Das sind Millionen von Arbeitnehmern. Wir sparen, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, vielleicht sollte ich das Statistikargument noch aufnehmen. Ich teile Ihre Auffassung: Im Mittelpunkt unserer Anstrengungen muß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit stehen und nicht statistische Übungen. Dennoch muß die Statistik doch stimmen. Gerade eine Partei wie die sozialdemokratische, die so sehr auf Planung Wert legt, braucht doch Daten, die verläßlich sind. Deshalb meine Fragen: Ist es unzumutbar, wenn Personen, die gar nicht mehr leben, aus der **Arbeitslosenstatistik** gestrichen werden? Ist es wider die Natur, wenn sich ausländische Arbeitslose, die längst in ihr Heimatland zurückgekehrt sind, nicht länger in der deutschen Arbeitslo-

Bundesminister Dr. Blüm

(A) senstatistik befinden? Ist es Böswilligkeit, wenn ich erwarte, daß die Arbeitsämter Arbeitnehmer, die sich selbst eine Beschäftigung gesucht haben, nicht weiter in der Arbeitslosenstatistik führen? Ist es unverschämt, den Arbeitslosen zuzumuten, sich alle drei Monate bei dem Arbeitsamt zu melden und zu sagen, ob sie denn noch weiter Arbeit suchen? Wenn sie sich nicht melden müssen, schleppe ich möglicherweise jemanden zehn Jahre in der Arbeitslosenstatistik als arbeitslos mit, der längst Arbeit gefunden hat oder der vielleicht gar keine Arbeit mehr sucht.

Das alles ist kein Kampf gegen die Statistik, aber die Statistik muß verläßlich sein. Wenn es in der Arbeitslosenstatistik im September 1988 67 000 Arbeitslose gab, die keine Leistungen bezogen haben und seit vier Monaten — teilweise auch viel länger — keinen Kontakt zum Arbeitsamt hatten, so ist das ein Sachverhalt, bei dem ich meine, daß man um der Verläßlichkeit von Statistiken willen solchen Fragen nachgehen kann, ohne in den Verdacht zu geraten, man wolle durch Statistikübungen das Arbeitslosenproblem lösen.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Bundesminister, ich bin weit davon entfernt, in Ihre verfassungsmäßigen Rechte einzugreifen, aber ich mache Sie darauf aufmerksam: Wenn die Gesamtdebattenzeit nicht überschritten werden soll, geht das auf Kosten der nachfolgenden Redner Ihrer Fraktion.

Dr. Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Präsident, da es nicht auf Kosten der nach-

(B) folgenden Redner, von denen ich weiß, daß sie wichtige Beiträge leisten, gehen soll, schließe ich an dieser Stelle meinen Beitrag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Das verfassungsmäßige Recht war sowieso nicht berührt, sondern nur das geschäftsordnungsmäßige!)

Vizepräsident Cronenberg: Nein, es ist das verfassungsmäßige Recht, Herr Abgeordneter Weng.

Frau Abgeordnete Vennegerts hat das Wort.

Frau Vennegerts (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihre Schönfärberei, Herr Minister Blüm, wird Ihnen nichts nützen. Es ist schon wirklich peinlich, wie Sie über die Massenarbeitslosigkeit hier gesprochen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

In dieser Woche wurde im Fernsehen eine Sendung über den Duisburger Stadtteil Bruckhausen ausgestrahlt.

(Günther [CDU/CSU]: Eine Verleumdung dieser Stadt!)

Dort lebt über die Hälfte der Menschen von der Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe. Eine beklemmende Wirklichkeit hinter der Fassade der vermeintlichen Wohlfahrtsgesellschaft wurde offenbar: Sozial deklassierte und ausgegrenzte Menschen müssen in heruntergekommenen Wohnungen leben, teil-

(C) weise ohne Strom. Bei diesen Opfern der Massenarbeitslosigkeit geht es um das nackte Überleben.

(Günther [CDU/CSU]: Ein heuchlerischer Bericht war das! Fahren Sie mal hin und gukken Sie sich das mal an! Hetzkampagne des WDR!)

Es dürften inzwischen einige Millionen Menschen sein, die in der Bundesrepublik in offener oder versteckter **Armut** leben müssen. Das ist leider die traurige Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer die **Fernsehsendung über Duisburg-Bruckhausen** gesehen hat,

(Günther [CDU/CSU]: Ich wohne da, ich brauche keine Fernsehsendung!)

muß den Eindruck gewinnen, daß es in der materiell reichen Bundesrepublik inzwischen so etwas wie die soziale Apartheid gibt.

(Zustimmung der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

Im 200. Jahr nach der welthistorisch bedeutsamen bürgerlichen Revolution in Frankreich sind deren Losungen in der Bundesrepublik nicht für alle Menschen verwirklicht. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, dies gilt offensichtlich nicht für die Dauererwerbslosen und die Sozialhilfeempfängerinnen, die mit 700 oder 800 DM im Monat auskommen müssen, und dies in einer Gesellschaft, die im Fernsehen, Rundfunk und in den Zeitungen wahre Reklamefeldzüge für schnelle Autos, teuren Schmuck und ähnlichen Luxus führt. Luxus, der Ersatz für Solidarität und Humanität!

(D)

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit hat zur Entsolidarisierung und brutalen Ausgrenzung von Minderheiten geführt. Inzwischen ist schon mehr als ein Drittel der Beschäftigten mindestens einmal arbeitslos gewesen. Die Regierung stellt sich nicht auf die Seite der Schwachen, im Gegenteil, sie unterstützt die Unternehmer in ihrer Forderung nach längeren Maschinenlaufzeiten. Wir GRÜNEN dagegen treten für eine Politik ein, die **dauerhafte sinnvolle Arbeit** und **existenzsichernde Einkommen für alle** anstrebt. Wir haben dazu zahlreiche Vorschläge ausgearbeitet. Ich erinnere an unser Programm „Umbau der Industriegesellschaft", Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung, an unsere Gesetzentwürfe zur Arbeitszeitverordnung, zum Überstundenabbau und zur Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen, an unsere Konzepte zur existenzsichernden Grundsicherung für diejenigen, die ansonsten durch die Maschen des Sozialstaates fallen.

(Zustimmung der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

Wer Arbeitslosigkeit und Armut überwinden will, muß die Arbeit und die Einkommen umverteilen. Es gibt keinen anderen Weg. Dabei kommt der **Verkürzung der Erwerbsarbeit** eine zentrale Bedeutung zu. Es war deshalb ein Schritt in die richtige Richtung, als die Gewerkschaft ÖTV der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, verbunden mit niedrigen Lohn- und Gehaltssteigerungen, zugestimmt hat. Die öffentlichen

Frau Vennegerts

(A) Arbeitgeber haben dabei einige Milliarden DM für bereits eingeplante höhere Personalausgaben gespart, die für **Neueinstellungen** ausgegeben werden sollten. Was ist damit passiert? Wenn sich Bundesländer, wie Baden-Württemberg, Hessen und auch das Saarland mit Ministerpräsident Oskar Lafontaine, weigern, Neueinstellungen im öffentlichen Dienst vorzunehmen, kommt dies einem Betrugsmanöver nahe.

(Zustimmung des Abgeordneten Scharrenbroich [CDU/CSU])

Dies ist eine fatale Politik, die zukünftige beschäftigungsfördernde Arbeitszeitverkürzung konterkariert, eine Politik, mit der die Massenarbeitslosigkeit verfestigt wird.

Wir GRÜNEN wollen eine aktive Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik. Das Beispiel Schwedens beweist, daß Massenarbeitslosigkeit kein unentrinnbares Schicksal sein muß. **Massenarbeitslosigkeit,** meine Damen und Herren, muß auch bei uns gesellschaftlich geächtet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN — Doss [CDU/CSU]: Beseitigen ist besser! — Louven [CDU/CSU]: Wie soll die Ächtung aussehen, Frau Kollegin?)

Es kommt eben auch auf eine Regierung an, die etwas gegen Arbeitslosigkeit tun will. Da haben Sie versagt. Im übrigen beweist Schweden auch, daß **Sonderprogramme,** die Sie immer so diffamieren, gegen Arbeitslosigkeit keineswegs zu dem von Ihnen vielbeschworenen Staatsbankrott führen müssen. Den Staatsbankrott bekommen Sie ganz alleine mit Ihrer Politik hin.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es muß daran erinnert werden, daß die jährlichen Kosten der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik schon gegenwärtig bei 55 Milliarden DM liegen.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Eben!)

Die Arbeitslosigkeit und auch die Umweltschäden konzentrieren sich in der Bundesrepublik in bestimmten Krisenregionen. In der **regionalen Strukturpolitik** müssen deshalb neue Akzente gesetzt werden. Das Instrumentarium der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung" sollte weiterentwickelt werden. Neben der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskraft müssen auch die Umweltbedingungen als Kriterium für die Bestimmung von Fördergebieten berücksichtigt werden.

Ziel einer sinnvollen regionalen Strukturpolitik muß es sein, **Arbeitsplätze vor Ort** zu schaffen, z. B. im Bereich Altlastensanierung, Recyclingwirtschaft, Energieeinsparung und soziale Dienstleistungen. Es gibt durchaus Maßnahmen, um die Massenarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, z. B. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Erwerbslosen, wie das zum Teil im SPD-Antrag, der hier vorliegt, richtig angesprochen worden ist.

Unerträglich und beschämend ist es, wie sich diese Regierung verhält: passiv und ignorant gegenüber Millionen von Menschen, die unverschuldet, Herr Minister, in Not geraten sind.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach jeder neuen Wahlniederlage dieser Koalition behaupten Sie, es liege nicht an Ihrer Politik. Sie glauben, Ihren Schwindel nur besser und mediengerechter verkaufen zu müssen.

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: Na, na, na!)

Das versuchen Sie wohl auch mit diesem Flugblatt, in dem Sie von der CDU den lieben Mitbürgerinnen und Mitbürgern frohe Ostern wünschen und sagen, Sie seien mit dem zufrieden, was Sie erreicht hätten, und führen die wenigen Arbeitsplätze an, die Sie geschaffen haben.

(Louven [CDU/CSU]: Die wenigen?)

Das ist Zynismus, das sind faule Eier. Sie werden die Quittung für diese Politik erhalten, einen Teil haben Sie schon bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD — Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Lautstärke ist kein Argument!)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Doss.

Doss (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Der Kollege Heyenn sprach von einem Skandal. Ich empfinde es als einen Skandal, wie ein Teil der politisch tätigen Menschen mit der Attitüde der höheren Moral Horrorszenarien aufbaut, die mit der Realität überhaupt nichts mehr zu tun haben

(D)

(Heyenn [SPD]: Gibt es keine 700 000 Langzeitarbeitslosen?)

und die uns daran hindern, in einer sachlichen Diskussion die wirklich drängenden Probleme zu lösen. Es ist wirklich unerträglich, wie Sie als die besseren Menschen die Bemühungen anderer, für die Massenarbeitslosigkeit, wo sie ist, bedrängend und bedrückend ist, darstellen.

(Frau Traupe [SPD]: Wir kennen noch die Reden von 1981 und Ihre großen Sprüche, die Sie verbreitet haben!)

— Sehen Sie, Sie sprechen jetzt wieder von „Sprüchen". Das ist das ganze Vokabular, auf das sich das reduziert, was Sie hier im Grunde genommen zum Anlaß dieser sehr ernsten Debatte von sich geben. Ich finde das bedauerlich; Ihre Dialogfähigkeit ist stark eingeschränkt.

(Reimann [SPD]: Sagen Sie doch einmal was zur Sache!)

— Das tue ich doch.

(Andres [SPD]: Wann?)

— Ich beginne damit. Das war ein hervorragender Beitrag von großem geistigem Anspruch.

Der vorliegende Antrag der SPD — ich habe mich damit wirklich beschäftigt, weil es der Respekt vor Ihrer wirklich großen Fraktion gebietet — ist insoweit interessant, als er deutlich macht, daß die SPD mit ihrer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik auf fal-

Doss

schen Analysen aufbaut — ich will das gleich nachweisen — und danach konsequent zu falschen Ergebnissen kommt, was nicht unlogisch ist.

Der SPD-Antrag spricht von mäßigem Wirtschaftsaufschwung und von einer Stagnation der **Konjunkturentwicklung.** Tatsache ist, daß mit 3,5 % Wachstum 1988 die größte Steigerung des Bruttosozialproduktes in den 80er Jahren erfolgt ist.

Der SPD-Antrag spricht von einem schwachen Beschäftigungsanstieg, der zum Erliegen gekommen sei. Tatsache ist: Ende 1988 gab es 145 000 **Arbeitsplätze** mehr als 1987. Von 1984 bis 1988 wurden mehr als 800 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Der SPD-Antrag spricht von steigenden Arbeitslosenzahlen 1987 und 1988. Tatsache ist, Herr Kollege: Im Dezember 1988 hatten wir 120 000 **Arbeitslose** weniger als im Dezember 1987, trotz weiter zunehmender Erwerbsbeteiligung der Frauen — das ist eine Realität —,

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Aber im Jahresdurchschnitt mehr! — Andres [SPD]: Nennen Sie mal den Jahresdurchschnitt!)

trotz 50 000 mehr Zugängen als Abgängen aus dem Erwerbsleben — das ist ja doch eine Realität — und trotz 243 000 deutscher Aus- und Übersiedler. Meine Damen und Herren, das können Sie doch nicht völlig ignorieren. Auch das ist doch ein Teil der Realität.

(Andres [SPD]: Nennen Sie mal den Jahresdurchschnitt! Sie haben doch eben den Seriösen gespielt!)

Der SPD-Antrag spricht von einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen von 1982 bis 1988 um fast eine halbe Million. Tatsache ist, daß die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum um rund 20 000 abgenommen hat. Das ist nicht so wahnsinnig viel, zugegeben.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Von 1982 bis 1988 abgenommen? Habe ich Sie richtig verstanden?

— Sie hat um 20 000 abgenommen.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Von wann bis wann?)

— Von 1982 bis 1988.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Wie bitte? Sie hat um 400 000 zugenommen!)

— Es ist doch gar nicht wahr.

(Frau Traupe [SPD]: Daß Sie noch nicht mal Zahlen lesen können!)

Die Zahl der Kurzarbeiter ist um eine halbe Million zurückgegangen und die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen um 60 000.

Der SPD-Antrag spricht weiter von 22,44 Millionen abhängig **Beschäftigten** und von einer nur unwesentlichen Zunahme bis 1988. Tatsache ist, daß wir mit rund 26,2 Millionen Beschäftigen den höchsten Beschäftigungsstand erreicht haben, den die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Geschichte kennt.

Also, ich finde, man sollte die Ablehnung der Volkszählung nicht so weit treiben, daß man deren Ergebnisse nicht mehr zur Kenntnis nimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der SPD-Antrag geht von einem unmittelbaren Zusammenhang zwischen **Konjunktur und Arbeitsmarktentwicklung** aus. Dieser Zusammenhang besteht. Das beweisen die Zahlen von 1981 und 1982. 1981 gab es Null-Wachstum. Sie werden sich erinnern, oder haben Sie es vielleicht schon verdrängt? Es gab 186 000 verlorene Arbeitsplätze und 420 000 Arbeitslose mehr. Das war ein explosiver Anstieg um rund 43 %. 1982 gab es 1 % Minuswachstum, 441 000 verlorene Arbeitsplätze und 560 000 Arbeitslose mehr. Das war noch einmal eine Explosion um 44 %.

(Günther [CDU/CSU]: Nackte Tatsachen!)

Der Zusammenhang zwischen Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung besteht. Er ist nur nicht ausschließlich wirksam. Das ist das Problem, über das man mit Ihnen reden muß. Hier würde unser, wenn man so will, beschäftigungspolitischer Nachhilfeunterricht für die SPD ansetzen müssen.

Nur wer daran glaubt, daß es eine Monokausalität der Arbeitslosigkeit gibt, ist zu dem Vorschlag fähig, scheinbare Wachtumsdefizite durch **staatliche Programme** zu kompensieren, um auf diese Weise die notwendigen Arbeitsplätze zu schaffen. Daraus ist die Illusion entstanden, Arbeitslosigkeit könnte allein durch staatliche Maßnahmen beseitigt werden.

(Frau Vennegerts [GRÜNE]: Nicht allein, sondern auch!)

Vollbeschäftigung wäre demnach nur eine Frage der Höhe der einzusetzenden Mittel.

Tatsache ist jedoch: Arbeitslosigkeit hat viele, aber vor allem strukturelle Ursachen, die zu ignorieren Beschäftigungspolitik zur Erfolglosigkeit verurteilt. Es kann nur verwundern, daß die SPD aus ihren eigenen Erfahrungen von 1974 bis 1982 nichts gelernt hat: 17 Konjunkturprogramme, 50 Milliarden DM Kosten, Beschäftigungseffekt gleich Null, darüber hinaus noch kontraproduktiv durch wettbewerbsverzerrende Nebenwirkungen und über 1,2 Millionen zusätzliche Arbeitslose.

Natürlich erkennt die Bundesregierung die Notwendigkeit des Einsatzes öffentlicher Mittel zur **Bekämpfung von Arbeitslosigkeit** an. Mit 3,3 Milliarden DM haben wir 1988 die Mittel für ABM gegenüber 1982 vervierfacht. 5,6 Milliarden wurden für berufliche Weiterbildung und für aktive Arbeitsmarktpolitik insgesamt 6,9 Milliarden DM ausgegeben. Der Bundesregierung vor diesem Hintergrund beschäftigungspolitische Tatenlosigkeit, wir hier geschehen, vorzuwerfen, das ist schon ganz schön unverfroren.

(Heyenn [SPD]: Eine halbe Million Arbeitslose mehr!)

Eine Million **zusätzliche Arbeitsplätze** in sechs Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wirklich ein beschäftigungspolitischer Erfolg einer Wirtschaftspolitik ohne teure manipulative staatliche Eingriffe in den Markt.

Doss

(A) Man hat den Eindruck, als wehre sich die SPD dagegen, die tatsächlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit zu erkennen und zu diskutieren. Eine differenzierte Betrachtung könnte ja dem Killerargument Massenarbeitslosigkeit die Schlagkraft nehmen.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Sind zwei Millionen keine Massen?)

Das Erzielen von Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt ist nicht so einfach, wie hier dargetan. Mit Schlagworten und Parolen ist da nichts zu machen.

(Heyenn [SPD]: Das sollten Sie sich einmal merken!)

Die Voraussetzungen dafür sind stabile politische **Rahmenbedingungen** und eine stabile positive **Konjunkturentwicklung.**

Sind diese Voraussetzungen gegeben, müssen wir zunächst die Frage stellen: Wie können wir die Betriebe befähigen, die benötigte Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen?

Zweite Frage: Wie lösen wir das in verschiedenen Branchen und Regionen bestehende Problem des gravierenden Arbeitskräftemangels insbesondere bei Facharbeitern.

Die dritte Frage: Inwieweit sind Arbeitslose in bestehende und neu zu schaffende Stellen zu vermitteln?

Diese Fragen zu tabuisieren nutzt niemandem. Ihre Beantwortung von der monatlichen Statistik der Bundesanstalt zu verlangen hat nichts mit Bilanzschönung (B) zu tun. Eine umfassende Problembeschreibung geht der Lösung notwendigerweise voraus.

Die Diagnose der **Ursachenforschung** kommt aber im Antrag der SPD zu kurz. Der Vorschlagskatalog ist demzufolge unvollständig, überholt, ordnungspolitisch bedenklich und dort, wo er Arbeit weiter verteuert, kontraproduktiv.

(Frau Traupe [SPD]: Gebetsmühle!)

Ich kann der SPD nur raten, ihren Antrag zurückzuziehen.

Denken wir gemeinsam darüber nach, wie wir die mittelständischen Betriebe — dort sind die meisten Arbeitsplätze — in die Lage versetzen können, neue Arbeitsplätze zu schaffen, wie sie investieren können, wie wir die Arbeitslosen befähigen, die Arbeitsplätze, die unbesetzt sind, zu besetzen und wie wir die Bundesanstalt für Arbeit beim Verwalten entlasten, damit sie sich wieder stärker dem Vermitteln zuwenden kann.

Das Problem Arbeitslosigkeit lösen wir nicht mit mehr Staat, sondern nur mit mehr Markt, mit mehr privater Initiative, mit mehr Wettbewerb und mehr Leistung. Arbeit entsteht durch Arbeit und nicht durch Verordnung und erst recht nicht durch zweckfremde Anträge, die das Problem der Arbeitslosigkeit im Prinzip zu polemischen Auseinandersetzungen degradieren.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Traupe [SPD]:Nein, das war schlimm!)

(C) **Vizepräsident Cronenberg:** Das Wort hat der Abgeordnete Ehrenberg.

Dr. Ehrenberg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe wirklich mit großem Vergnügen den ersten Satz von Herrn Doss gehört, in dem er dazu aufforderte, hier eine sachbezogene Diskussion zu führen. Nur, lieber Herr Doss, zur sachbezogenen Diskussion gehört redlicher und ehrlicher Umgang mit den Fakten.

(Beifall bei der SPD)

Das genau, Herr Doss, haben Sie leider nicht getan.

(Heinrich [FDP]: Redlich? Das haben wir von Ihrem Kollegen gehört?)

— In den Fakten können Sie mir nirgendwo auch nur den geringsten nicht redlichen Umgang nachweisen.

(Günther [CDU/CSU]: Bei der letzten Debatte habe ich Ihnen das nachgewiesen!)

Aber der Herr Doss stellt sich hier hin und sagt: Die Arbeitslosigkeit ist von 1982 bis 1988 um 20 000 zurückgegangen. — Ich lese Ihnen die Zahlen aus der amtlichen Statistik vor: Arbeitslose 1982: 1 833 000, Arbeitslosigkeit 1988: 2 240 000.

(Doss [CDU/CSU]: 1983 habe ich gesagt!)

— Wenn Sie 1983 gesagt haben, dann sind es 2,2 Millionen; aber 1983, bitte, ist Ihre Regierungsverantwortung.

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: Ein bißchen Bremsweg brauchen wir! — Weitere Zurufe (D) von der CDU/CSU: Ihr Erbe!)

— Ja, ich weiß; zu diesem Erbe möchte ich auch noch etwas sagen. — Sie haben übrigens 1982 gesagt; vielleicht haben Sie 1983 gemeint, aber gesagt haben Sie 1982.

(Doss [CDU/CSU]: Ich sehe noch einmal nach!)

Ich habe mich bei meinem Kollegen rückversichert.

(Heyenn [SPD]: Sogar auf Nachfrage!)

— Auf Nachfrage — ich habe einen Zwischenruf gemacht — haben Sie 1982 wiederholt.

(Günther [CDU/CSU]: Er meinte Ende 1982; das ist dasselbe wie 1983!)

— Das, was Sie dazwischenmurmeln, zeigt genau Ihren unredlichen Umgang mit der Statistik: Sie arbeiten mit einzelnen, herausgerissenen Monatszahlen, statt mit der einzigen aussagefähigen Jahreszahl.

Wenn der Arbeitsminister auf den guten Februar hinweist, hätte er redlicherweise zumindest hinzufügen müssen, daß dies der einzige Februar seit hundert Jahren war, in dem schon die Osterglocken geblüht haben, was sonst noch nie der Fall war.

(Beifall bei der SPD — Heyenn [SPD]: So ist es, genau so! Das ist die Gaukelei!)

Trotz dieser so guten Februarzahlen, verehrter Herr Blüm, betrug die **Arbeitslosenquote im Februar** in Leer 22,3 %, in Emden 21,1 %, in Heide in Holstein 18 %, in Vechta 17,9 %, in Wilhelmshaven 15 %, ähnlich die ganze Nordseeküste entlang und in vielen

Dr. Ehrenberg

(A) Städten im Ruhrgebiet. Ich würde doch sehr herzlich bitten und von der Bundesregierung erwarten, daß sie zumindest in Fragen der **Beschäftigungspolitik** die massiven Forderungen des Präsidenten der Bundesanstalt nach einem breiten Investitonsprogramm ernst nimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Oder wird ein ehemaliger CDU-Staatssekretär schon so ignoriert wie die SPD bei ihren Vorschlägen? Hier sind die Dinge, die wiegen, und alle Statistik hin und her ändert nichts daran.

Mogeln Sie sich doch nicht immer daran vorbei, daß, seit Sie regieren, das **Arbeitslosenniveau** bei 2,2 Millionen liegt und noch nie wieder heruntergekommen ist, sechs Jahre lang. Das ist ein in der Bundesrepublik vorher völlig unbekannter Tatbestand.

(Beifall bei der SPD)

An dem können Sie nicht vorbeidiskutieren.

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Was war in Ihrer Zeit? Da hat die Zahl der Arbeitsplätze abgenommen!)

— Ja, die Erblast wirkt ewig.

(Reimann [SPD]: Wartet ab, was wir von euch alles übernehmen!)

Lieber Herr Doss, nach Ihrer Statistik haben wir jetzt die höchste **Beschäftigtenzahl,** die es je gab. Auch das stimmt nicht. Lieber Herr Doss, schauen Sie in die amtliche Statistik. 1980 hatten wir 23 Millionen Arbeitnehmer und 1988 100 000 weniger. Bei den Erwerbstätigen — wenn Sie diese Zahlen hinzunehmen (B) — waren es 1988 200 000 weniger.

(Doss [CDU/CSU]: Wir haben 26,2 Millionen!)

— Sie nehmen die Zahl 26 Millionen. Ich sage Ihnen auch hier die amtlichen Zahlen, Herr Doss: 1980 26,32 Millionen, 1988 26,13 Millionen. Das sind 200 000 weniger und nicht mehr. Dann sollten wir nicht mehr über Statistik streiten, sondern dazu kommen — —

(Doss [CDU/CSU]: In Ihrem Antrag steht: 22,4 Millionen!)

— Jetzt reden Sie einmal über Erwerbstätige und einmal über Beschäftigte. Es sind 22,4 Millionen Beschäftigte und 26 Millionen Erwerbstätige. Wir können über beide Zahlen reden. Beide Zahlen sind 1988 kleiner als 1980.

(Doss [CDU/CSU]: Es sind 1 Million dazu gekommen, Herr Ehrenberg!)

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Doss, ich bin ja ein Freund von Zwischenrufen. Aber man kann es auch übertreiben. Zur Zeit hat der Abgeordnete Ehrenberg das Wort

(Doss [CDU/CSU]: Ich bitte um Nachsicht!)

und nicht Sie.

(Doss [CDU/CSU]: Mein jugendliches Temperament!)

Dr. Ehrenberg (SPD): Herr Doss wird gebeten, in der (C) amtlichen Statistik nachzulesen und, wenn Sie dann noch wollen, auch beim Sachverständigenrat, der Ihnen in diesem Gutachten in der Arbeitsmarktpolitik bei der Vollbeschäftigung die ärgste Zielverfehlung der Wirtschafts- und Finanzpolitik bescheinigt.

Meine Damen und Herren, das so hochgelobte **Wirtschaftswachstum,** das war 1988 ein stolzes Ergebnis.

(Beifall bei der FDP)

— Aber ja, ich hätte gern ein viel größeres. Sie sollten nämlich wissen, Herr Heinrich — wahrscheinlich tun Sie es nicht, sonst würden Sie sich nicht so damit brüsten —, daß die stolzen 3,4 % unterhalb des Durchschnitts der OECD liegen. Dort wurden nämlich 4 % erreicht.

(Reimann [SPD]: So ist das!)

Die gesamten 80er Jahren durch

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Sie haben sich mit Nullwachstum gebrüstet!)

lag die Bundesrepublik mit ihrer Wachstumsrate unterhalb des OECD-Durchschnitts.

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Das müssen Sie uns sagen, Sie Nullwachstumsfetischist!)

— Aber ich bitte Sie. Sie haben uns in den 70er Jahren gescholten, weil wir in der OECD im Wirtschaftswachstum und bei der Beschäftigung unbestritten eine Lokomotivrolle gehabt haben.

(Beifall bei der SPD)

Auch das stimmt bei Ihren Zahlen nicht, Herr Doss. (D) Von 1976 bis 1980 ist die Zahl der Beschäftigten um 1,1 Millionen gestiegen, auf Grund der von Ihnen so geschmähten Investitions- und Arbeitsmarktprogramme.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie diese Zahlen endlich zur Kenntnis nehmen würden, dann, Herr Doss, kämen wir vielleicht auch dazu, darüber zu reden, wie man tatsächlich zu mehr Beschäftigung kommen kann.

Sie haben unter anderem gesagt, es sei beabsichtigt, die Betriebe mehr in die Lage zu versetzen, Neueinstellungen vorzunehmen. Ich würde gern um Ihre Mithilfe werben, die Steuerpolitik so zu differenzieren, daß Investitionen begünstigt und Finanzanlagen benachteiligt werden, aber nicht umgekehrt, wie Sie es mit der Steuerreform tun. Das ist der wichtigste Grund.

Das zweite, was ich dieser Regierung am meisten vorwerfe, ist: Sie haben sich vor dem Hintergrund Ihrer Wahlergebnisse in Berlin und in Hessen mit sehr rechts außen angesiedelten Parolen auf die Problematik der Aussiedler und Asylanten eingeschossen. Dabei übersehen Sie völlig — davon spricht kein Mensch —, daß Ihre Politik dazu geführt hat, daß wir 1988 einen **Kapitaltransfer** — 1982, als wir regierten, hat Herr Stoltenberg bei 4 Milliarden DM dazu „Kapitalflucht" gesagt — von 120 Milliarden DM gehabt haben.

(Heyenn [SPD]: Flucht vor dem Sozialismus hat er gesagt!)

Dr. Ehrenberg

(A) Das hat mit Zahlungsbilanzüberschüssen nur wenig zu tun, denn, lieber Herr Vogt, der Leistungsbilanzüberschuß betrug 85 Milliarden DM, nicht 120 Milliarden DM. Mindestens diese 35 Milliarden DM hätten hier bei einer besseren Steuerpolitik beschäftigungswirksam angelegt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Aber die Bundesregierung macht nicht diese Kapitalflucht in Höhe von 120 Milliarden DM zum öffentlichen Thema, sondern Sie machen statt dessen die Leistungen des Fremdrentengesetzes zum öffentlichen Thema.

(Günther [SPD]: Wieso wir?)

Ich würde Ihnen nach den Wahlergebnissen in Berlin und Hessen — die das Ergebnis Ihrer Politik sind; sieben Jahre Massenarbeitslosigkeit verursachen einen Ruck nach rechts, den Sie jetzt bestätigt bekommen haben —: Fangen Sie an, hiergegen konkret etwas zu tun. Der einzig vernünftige Beitrag bestünde darin, die Beschäftigungslage mit einer expansiven Finanzpolitik und einer auf Wirtschaftswachstum abgestellten Steuerpolitik zu verbessern. Das wäre auch der einzig vernünftige Beitrag zur Aussiedlerproblematik, der — wenn das richtig gemacht würde — hier einen großen Beschäftigungsschub auslösen könnte. Voraussetzung ist allerdings, daß Sie gewillt sind, das Richtige zu tun. Sie könnten unsere moralische Verpflichtung mit der ökonomischen Zweckmäßigkeit verbinden, wenn Sie nicht falschem Verteilungsdenken mit einem Drücken der Lohnquote und anderem nachhängen würden.

(B) Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Cronenberg: Bevor ich dem Abgeordneten Scharrenbroich das Wort gebe, muß ich dem Abgeordneten Dr.-Ing. Kansy wegen einer unqualifizierten Bemerkung einen Ordnungsruf erteilen.

Herr Abgeordneter Scharrenbroich, Sie haben das Wort.

Scharrenbroich (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Damit die Zuhörer wissen, worüber wir reden: Wir reden über einen Antrag der SPD aus dem Jahre 1988. Er ist folgendermaßen überschrieben: „Die Lage auf dem Arbeitsmarkt." — Ich muß sagen: Ich halte es für eine Zumutung, daß wir heute über dieses unveränderte Papier beraten müssen,

(Schreiner [SPD]: Lügenbold!)

denn Sie können ja nichts dafür, daß Sie — wie in diesem Papier — immer wieder Ihr Sammelsurium sozialdemokratischer Vorschläge hier vorbringen und daß Ihnen nichts Neues einfällt. Aber daß Sie auch noch beabsichtigen, die Lage so zu diskutieren, wie Sie sie im Jahre 1988 schwarzgemalt haben, das ist eine Zumutung.

(Zustimmung bei der CDU/CSU — Dr. Ehrenberg [SPD]: Das ist doch nicht besser geworden! — Schreiner [SPD]: Das ist doch dramatischer geworden!)

(C) Ihr Antrag ist eine Ansammlung von Falschmeldungen dieses Horrorszenarios. Das fängt ja schon bei der Überschrift an. Sie hätten heute besser gesagt: Sozialdemokratisches Zerrbild der erfolgreichen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik dieser Bundesregierung.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Haben wir nun 2,5 Millionen Arbeitslose oder nicht? — Weitere lebhafte Zurufe von der SPD)

Aber Ihr Antrag ist trotzdem von Bedeutung, weil er ein wichtiges Selbstzeugnis der Sozialdemokratie ist. Sozialdemokraten verfälschen die Wirklichkeit, und sie verbreiten Zukunftsängste. Das wird in diesem Papier dokumentiert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Widerspruch bei der SPD)

Erste Falschmeldung: Sie beschreiben nicht die Lage auf dem Arbeitsmarkt, sondern bieten ein Zerrbild. Falschmeldung Nummer 2: Sie reden von einem wirtschaftlichen Abschwung. Die Wirklichkeit dagegen: Wir haben im siebten Jahr ein hohes Wirtschaftswachstum.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Das ist ein Rekord in der Wirtschaftsgeschichte dieser Bundesrepublik. Das hatten wir noch nie gehabt!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Lachen bei der SPD — Dr. Ehrenberg [SPD]: Schauen Sie sich doch die Zahlen an!)

Nach dem Wirtschaftswachstum von 3,4 % im Jahre 1988 streiten wir uns im Augenblick darum, ob im Jahre 1989 das Wirtschaftswachstum 2,5 oder 3 % beträgt. Das ist unser Problem! (D)

(Schreiner [SPD]: So ein Lügenbold!)

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Schreiner, ich möchte Sie doch allen Ernstes bitten, nicht zu übertreiben. Es war eben, als Sie nicht im Saal waren, bei Ihrer Fraktion wesentlich sachlicher und ruhiger als jetzt.

(Schreiner [SPD]: Das war Kansy!)

Herr Abgeordneter Scharrenbroich, fahren Sie fort.

Scharrenbroich (CDU/CSU): Falschmeldung Nr. 3: Sie reden von einem schwachen **Beschäftigungsanstieg.** Die Wirklichkeit dagegen: Seit 1983 ist die Zahl der Beschäftigten Jahr für Jahr gestiegen. Man kann davon ausgehen, daß wir noch nie so viele Beschäftigte in der Bundesrepublik hatten, wie jetzt erreicht.

Herr Ehrenberg, damit Sie mit Ihren Zahlen nicht ganz durcheinanderkommen, möchte ich Ihnen ein Schaubild zeigen, das ich mitgebracht habe. Es zeigt den Abstieg bei den Beschäftigtenzahlen und den Wiederaufstieg, seit es eine CDU/CSU-Bundesregierung gibt. Herr Ehrenberg, ich will Ihnen auch sagen, wer seinerzeit Arbeitsminister war: Das waren Sie, danach war Herr Westphal Arbeitsminister, und der Kanzler hieß Helmut Schmidt.

Vizepräsident Cronenberg: Bitte schön, Herr Dr. Ehrenberg.

(A) **Dr. Ehrenberg** (SPD): Könnten Sie vielleicht an Hand Ihrer Tabelle bestätigen, daß wir den höchsten Beschäftigungsstand nicht jetzt haben, sondern daß dieser Stand 1980 nach der Zahl der Erwerbstätigen um 200 000 und nach der Zahl der unselbständig Beschäftigten um 100 000 höher war, nicht niedriger?

Scharrenbroich (CDU/CSU): Nein, Herr Ehrenberg, ich habe mein Manuskript genau vorgelesen und habe gesagt: Man kann davon ausgehen, daß wir noch nie so viele Beschäftigte in der Bundesrepublik hatten, wie jetzt erreicht. Wenn die Beschäftigtenzahlen vom März vorliegen, wird das bestätigt sein.

(Beifall bei der CDU/CSU — Dr. Ehrenberg [SPD]: Mit Sicherheit nicht!)

Falschmeldung Nr. 4: Die SPD erweckt den Eindruck, unter unserer Regierung würde die **Arbeitslosigkeit** ständig zunehmen. Die Wirklichkeit sieht so aus: 900 000 im Jahre 1980 und Verdoppelung bis 1982 auf 1,8 Millionen.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Und heute 2,2!)

— Herr Ehrenberg, auch dafür habe ich ein Schaubild. Damals, als die Arbeitslosigkeit hochging, waren Sie Arbeitsminister. Hier oben haben wir es dann

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Auf hohem Niveau stabilisiert, und darauf sind Sie stolz!)

wenigstens gehalten. Dafür gibt es einen Grund. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat bei der Vorlage der jüngsten Arbeitsmarktzahlen gesagt — ich zitiere —:

(B)

> Obwohl nach wie vor mehr Frauen wieder oder neu auf den Arbeitsmarkt kommen und obwohl die große Zahl von Aussiedlern — mehr als 60 % sind im erwerbsfähigen Alter — Arbeitsplätze nachfragen, obwohl die 2. Ausländergeneration, in der Bundesrepublik Deutschland geboren, ins erwerbsfähige Alter hineinwächst, glaube ich,

— so der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit —

> daß bei einer Fortsetzung der derzeitigen Entwicklung berechtigte Hoffnung besteht, in diesem Jahr das eine oder andere Mal die 2-Millionen-Grenze zu unterschreiten.

Das ist ein sehr wichtiges Zitat des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Scharrenbroich, gestatten Sie dem Abgeordneten Reimann eine Zwischenfrage?

Scharrenbroich (CDU/CSU): Ja, wenn es nicht angerechnet wird.

Vizepräsident Cronenberg: Meine Großzügigkeit ist ja nun bekannt. — Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Reimann (SPD): Eine ganz kurze Zwischenfrage, Herr Kollege Scharrenbroich: Ist es richtig, daß die jetzige Regierung bei ihrer Amtsübernahme den Wählern versprochen und angekündigt hatte, innerhalb ihrer ersten Wahlperiode die Arbeitslosigkeit um eine Million abzubauen? Ist das richtig?

(Zuruf von der CDU/CSU: Nein!)

(C) **Scharrenbroich** (CDU/CSU): Es ist richtig, daß wir keine Vorstellung hatten, wie schwer es war, den Schaden, den Sie angerichtet hatten, wieder zu beheben.

(Beifall bei der CDU/CSU — Lachen bei der SPD — Heyenn [SPD]: Peinlich!)

Man könnte die Reihe sozialdemokratischer Falschmeldungen, die in diesem Selbstzeugnis belegt sind, beliebig fortsetzen. Wir kommen auf dieses Selbstzeugnis sicher noch oft zu sprechen, auch darauf, daß entgegen Ihren Aussagen die real verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und der Rentner in den letzten Jahren ständig gestiegen sind.

(Jäger [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Die **Realeinkommenssteigerung** ist uns wichtig, denn für die Menschen heißt das mehr Wohlstand, und für den Arbeitsmarkt heißt es mehr Nachfrage und deshalb mehr Beschäftigung.

Die Lage am Arbeitsmarkt bessert sich zusehends, obwohl — darauf mache ich aufmerksam — einige gesetzgeberische Maßnahmen, die wir inzwischen beschlossen haben, noch gar nicht Wirkung zeigen können. Ich nenne hier vor allem die dritte Stufe der **Steuerreform 1990.** Sie beläßt Einkommen beim Konsumenten und entlastet natürlich massiv die Unternehmen in Form der Personengesellschaften. 90 % unserer Unternehmen sind Personengesellschaften, die durch diese Senkung auch der Einkommensteuer profitieren, und das ist gut für die Arbeitsplätze. Die dritte Stufe schafft einen Nachfrageimpuls von 19 Milliarden DM.

(D)

In einer arbeitsmarktpolitischen Debatte muß, glaube ich, natürlich auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß die in dieser Legislaturperiode beschlossenen **Zukunftsreformen** die internationale Konkurrenzfähigkeit des **Standortes Bundesrepublik** verbessern. Mit der Rentenreform und mit der Gesundheitsreform sichern wir das hohe Wohlstandsniveau und stoppen gleichzeitig den Anstieg der Lohnnebenkosten.

In einer arbeitsmarktpolitischen Debatte darf man auch nicht verschweigen, daß die Koalitionsbeschlüsse dieser Woche im Rahmen der — wie man das so nennt — **„Operation Kassensturz"** auch arbeitsmarktpolitisch positive Wirkungen haben. Das gilt ohne Zweifel besonders für die Impulse zugunsten des **Wohnungsbaus.** Wir schaffen Anreize zur Investition von Privatkapital. Wir provozieren damit etwa 10 Milliarden DM jährlich an Investitionen.

Auch die arbeitsmarktpolitischen Wirkungen aus den **familienpolitischen Beschlüssen** von gestern möchte ich hier betonen. Ich meine dabei nicht nur das Kindergeld, das etwa 800 Millionen DM für den Konsum freisetzt

(Schreiner [SPD]: Die steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen, schafft massenhaft Arbeitsplätze!)

— darauf komme ich zu sprechen, Herr Kollege Schreiner —, sondern ich meine vor allem die Verlängerung des Erziehungsurlaubs um ein halbes Jahr, das Kernstück der gestrigen Beschlüsse. Natürlich ist dies alles aus familienpolitischen Gründen beschlos-

(A) sen worden. Aber daß der Arbeitsmarkt entlastet wird, wenn Beschäftigte ein halbes Jahr länger nicht mehr erwerbstätig sind, dann ist das sehr wichtig, und das wird seine Arbeitsmarktwirkung haben.

(Schreiner [SPD]: Milchmädchenrechnung!)

Herr Schreiner, weil Sie schon wieder den Sozialneid mobilisieren, muß es hier im Klartext ausgesprochen werden: Auch die gestern beschlossene Familien- und Pflegehilfe wird sich auf den Arbeitsmarkt positiv auswirken.

(Beifall bei der FDP)

Wir hatten die Diskussion nur, weil wir das nicht unbedingt im familienpolitischen Konzept beschlossen haben wollten. Aber daß das arbeitsmarktpolitisch wirkungsvoll ist, daran gibt es keinen Zweifel.

(Zuruf des Abg. Schreiner [SPD])

— Herr Schreiner, Sie können doch nicht in Sonntagsreden fordern, daß wir die Zahl der sozialversicherungsfreien Arbeitsverhältnisse erniedrigen, aber wenn hier jetzt ein Instrument angeboten wird, daß sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse steuerlich abgesetzt werden können, das dann als falsch darstellen. Das ist doch nicht mehr wahr.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Natürlich ist arbeitsmarktpolitisch richtig, was die Koalition beschlossen hat. Es ist auch eine wichtige Abrundung unseres Pflegekonzeptes,

(Hüser [GRÜNE]: Wer kann sich das denn leisten?)

daß man dort, wo Schwerstpflegefälle zu Hause sind, (B) die Kosten beschränkt abziehen darf.

Aus dem gestrigen Beschluß ist vor allem hervorzuheben, daß es heißt:

> Der Rahmen des Bundeshaushaltes 1990 wird auf eine Zuwachsrate von 3 % begrenzt.

Das ist auch wirtschafts- und beschäftigungspolitisch wichtig, weil die Wirtschaft jetzt weiß, daß wir keine Zinstreiberei betreiben, daß wir trotz dieser wichtigen Leistungsverbesserungen die Inflation nicht beschleunigen.

(Schreiner [SPD]: Kommen Sie zum Schluß! Wir wollen nach Hause!)

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Schreiner, wenn Sie sich etwas mehr zurückhalten würden, dann würde diesem Ihrem Wunsche eher Rechnung getragen.

Scharrenbroich (CDU/CSU): Herr Schreiner, ich habe mir ein Zitat des Kollegen Dreßler aus der Diskussion vom 10. März mitgebracht. Ich will es Ihnen dann einmal vorlesen. Orientieren Sie sich bitte an Ihrem sozialdemokratischen Kollegen, der sagt:

> Meine Kolleginnen und Kollegen ..., der bekannte Schriftsteller Egon Erwin Kisch hat ein Buch geschrieben, dessen Titel heißt „Nichts ist erregender als die Wahrheit". Ich stelle fest, der Titel trifft wohl auf diese Minute und damit auch auf Ihre Stimmungslage zu.

(C) Herr Schreiner, also alles ein bißchen ruhiger!

(Schreiner [SPD]: Auf Ihre Rede trifft er inzwischen besonders zu!)

Die regional zu hörenden Klagen der Arbeitgeber, sie fänden keine Arbeitskräfte mehr, sind schon ein Beweis dafür, daß wir uns wenigstens in einigen Regionen einer besseren Beschäftigungslage nähern. Aber — deswegen muß das deutlich gesagt werden — es hilft nicht, wenn wir nur einzelne Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ergreifen. Wichtig ist — das ist der Kernsatz unserer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik: Je stärker die allgemeine Arbeitslosigkeit abnimmt — auf diesem Wege sind wir —, um so mehr Chancen haben Langzeitarbeitslose, dann von den Unternehmen gesucht und eben auch eingestellt zu werden. Auf diesem Wege ist diese Bundesregierung. Wir werden uns davon auch durch Ihre Falschmeldungen nicht abbringen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Schreiner [SPD]: Holzweg!)

Vizepräsident Cronenberg: Nun hat das Wort der Parlamentarische Staatssekretär von Wartenberg.

Dr. von Wartenberg, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Wort zu Ostern zum Schluß dieser Debatte: Es macht Spaß, mit Herrn Kollegen Ehrenberg zu diskutieren, weil er gern mit Statistiken spielt und heute in seiner Rede die Lokomotivfunktion der SPD/FDP-Regierung in seiner Amtszeit dargestellt hat. Herr Kollege Ehrenberg, in Ihrer Amtszeit als Arbeitsminister von 1976 bis 1982 stieg die **Arbeitslosigkeit** um 750 000. (D)

(Frau Traupe [SPD]: Und wie in anderen Ländern, Herr Kollege?)

Herr Kollege Ehrenberg, das ist die „Lokomotivfunktion". Vom Herbst 1976 bis zum Herbst 1982 stieg die Arbeitslosigkeit um 800 000.

Sie sollten darstellen, daß in Ihrer Regierungszeit von 1969 bis 1982 die Arbeitslosigkeit von 125 000 auf über 2 Millionen gestiegen ist.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: 2 Millionen bei uns nie!)

Das ist genau der Punkt, an dem Sie mit Taschenspielertricks arbeiten. Sie zitieren immer nur dann am liebsten die Jahresdurchschnittszahlen, wenn sie günstig sind, und vergessen völlig, daß wir gerade im Jahre 1982 einen massiven Beschäftigungseinbruch zu verzeichnen hatten, nämlich vom Mai 1982 mit 1,6 Millionen Arbeitslosen auf 2,2 Millionen Arbeitslose im Dezember desselben Jahres. Das ist ungefähr der Ist-Zustand von heute.

Sie können doch nicht annehmen, daß eine Regierung, die im Oktober 1982 ins Amt getreten ist, innerhalb von zwei oder drei Monaten diesen Beschäftigungseinbruch, der zu verzeichnen war, gleich umdreht. Wir mußten bei 2,2 Millionen Arbeitslosen beginnen, Politik zu machen.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Reimann?

(A) **Dr. von Wartenberg,** Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage. Wir wollen ja alle konzertiert zum Schluß kommen.

Jeder interpretiert die Statistik so, wie er es haben will. Jetzt interpretiere ich sie einmal und darf fortsetzen, was Sie prognostiziert haben. Im Juli des Jahres 1982, also vor der Wende in Bonn, hat Wolfgang Roth im Bonner „Express" ausgeführt, daß, wenn die SPD weiterregiert, im nächsten Winter die 2-Millionen-Grenze überschritten wird. Das war schon eine richtige Prognose. Horrorzahlen wie in England von 3,2 Millionen Menschen ohne Arbeit schienen auch bei uns nicht mehr unmöglich zu sein.

Das war die Ausgangsposition der SPD vor der Regierungsübernahme durch CDU/CSU und FDP.

(Reimann [SPD]: Wir haben doch über 3 Millionen Arbeitslose!)

Hätten Sie weiterregiert, hätten Sie über 3 Millionen Arbeitslose gehabt. Dadurch, daß wir sie heute nicht haben, haben wir unser politisches Versprechen, 1 Million Arbeitslose zu verhindern, wahr gemacht. Wir haben nur etwas über 2 Millionen Arbeitslose.

(Beifall bei der CDU/CSU — Bohl CDU/CSU: Die sollen erst einmal beim „Vorwärts" Ordnung schaffen!)

Mit Ihrem Antrag vom Mai 1988, in dem Sie mit völlig falschen Prognosen — die Zitate haben die Kol-(B)legen in der Debatte vorgetragen — gearbeitet haben, (C) mit einer Verdrehung der Tatsachen wollten Sie selbst uns suggerieren, daß der Wirtschaftsaufschwung am Arbeitsmarkt vorbeigegangen ist.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Ist er doch!)

Das wird dadurch nicht zutreffender.

(Reimann [SPD]: Aber es ist wahr!)

Die Zahl der Arbeitsplätze ist um 1 Million gestiegen. Die von Ihnen angekündigte drohende Arbeitslosenzahl von über 3 Millionen ist verhindert worden. Der Arbeitsmarkt geht am Wirtschaftsaufschwung nicht vorbei. Er wäre am Wirtschaftsaufschwung vorbeigegangen, wenn wir Ihre Politik betrieben hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Cronenberg: Meine Damen und Herren, der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, den Antrag der Fraktion der SPD zur Lage auf dem Arbeitsmarkt auf Drucksache 11/2375 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. — Zusätzliche Vorschläge werden offensichtlich nicht gemacht. Dann ist dies so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung. Es ist mir ein Bedürfnis, denjenigen, die so lange ausgeharrt haben, für ihre Geduld zu danken. Ich wünsche Ihnen für die Osterpause mindestens einige erholsame Tage.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 12.20 Uhr) (D)



(A) (C)

Anlagen zum Stenographischen Bericht

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)	Fraktion	entschuldigt bis einschließlich
Frau Adler	SPD	17. 03. 89
Dr. Ahrens	SPD	17. 03. 89 *
Dr. Apel	SPD	17. 03. 89
Austermann	CDU/CSU	17. 03. 89
Frau Beck-Oberdorf	GRÜNE	17. 03. 89
Frau Berger (Berlin)	CDU/CSU	17. 03. 89
Böhm (Melsungen)	CDU/CSU	17. 03. 89 **
Dr. Briefs	GRÜNE	17. 03. 89
Frau Conrad	SPD	17. 03. 89
Diller	SPD	17. 03. 89
Dreßler	SPD	17. 03. 89
Egert	SPD	17. 03. 89
Frau Eid	GRÜNE	17. 03. 89 ***
Gansel	SPD	17. 03. 89
Gattermann	FDP	17. 03. 89
Dr. Gautier	SPD	17. 03. 89
Frau Geiger	CDU/CSU	17. 03. 89 ***
Genscher	FDP	17. 03. 89
Glos	CDU/CSU	17. 03. 89
Dr. Glotz	SPD	17. 03. 89
Dr. Götz	CDU/CSU	17. 03. 89
Dr. Hauff	SPD	17. 03. 89
Haungs	CDU/CSU	17. 03. 89
Hauser (Esslingen)	CDU/CSU	17. 03. 89
Dr. Haussmann	FDP	17. 03. 89
Häfner	GRÜNE	17. 03. 89
Frau Hämmerle	SPD	17. 03. 89
Heimann	SPD	17. 03. 89
Frau Dr. Hellwig	CDU/CSU	17. 03. 89
Dr. Holtz	SPD	17. 03. 89 ***
Hoss	GRÜNE	17. 03. 89
Ibrügger	SPD	17. 03. 89
Irmer	FDP	17. 03. 89 ***
Jung (Düsseldorf)	SPD	17. 03. 89
Kirschner	SPD	17. 03. 89
Kittelmann	CDU/CSU	17. 03. 89 **
Klein (Dieburg)	SPD	17. 03. 89
Klein (München)	CDU/CSU	17. 03. 89
Dr. Kohl	CDU/CSU	17. 03. 89
Koltzsch	SPD	17. 03. 89
Koschnick	SPD	17. 03. 89
Kroll-Schlüter	CDU/CSU	17. 03. 89
Lambinus	SPD	17. 03. 89
Lutz	SPD	17. 03. 89
Frau Luuk	SPD	17. 03. 89 *
Frau Dr. Martiny-Glotz	SPD	17. 03. 89
Meneses Vogl	GRÜNE	17. 03. 89
Dr. Mertens (Bottrop)	SPD	17. 03. 89
Meyer	SPD	17. 03. 89
Mischnick	FDP	17. 03. 89
Dr. Mitzscherling	SPD	17. 03. 89
Dr. Müller	CDU/CSU	17. 03. 89 *
Peter (Kassel)	SPD	17. 03. 89
Dr. Pinger	CDU/CSU	17. 03. 89
Reddemann	CDU/CSU	17. 03. 89 *
Repnik	CDU/CSU	17. 03. 89 ***
Reuschenbach	SPD	17. 03. 89
Frau Roitzsch (Quickborn)	CDU/CSU	17. 03. 89
Schmidt (Salzgitter)	SPD	17. 03. 89 ***
Schmitz (Baesweiler)	CDU/CSU	17. 03. 89
Dr. Schneider (Nürnberg)	CDU/CSU	17. 03. 89
Frhr. von Schorlemer	CDU/CSU	17. 03. 89 ***
Schütz	SPD	17. 03. 89
Dr. Sperling	SPD	17. 03. 89
Dr. Stercken	CDU/CSU	17. 03. 89 ***
Stratmann	GRÜNE	17. 03. 89
Frau Terborg	SPD	17. 03. 89
Tillmann	CDU/CSU	17. 03. 89
Timm	FDP	17. 03. 89
Frau Dr. Timm	SPD	17. 03. 89 ***
Dr. Unland	CDU/CSU	17. 03. 89 *
Voigt (Frankfurt)	SPD	17. 03. 89
Vosen	SPD	17. 03. 89
Dr. Warnke	CDU/CSU	17. 03. 89
Wartenberg (Berlin)	SPD	17. 03. 89
Frau Dr. Wilms	CDU/CSU	17. 03. 89
Wissmann	CDU/CSU	17. 03. 89
Würtz	SPD	17. 03. 89
Würzbach	CDU/CSU	17. 03. 89
Zeitler	SPD	17. 03. 89
Dr. Zimmermann	CDU/CSU	17. 03. 89

(B) (D)

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
** für die Teilnahme an Sitzungen der Westeuropäischen Union
*** für die Teilnahme an der Jahreskonferenz der Interparlamentarischen Union

Anlage 2

Amtliche Mitteilungen

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 10. März 1989 beschlossen, den nachstehenden Gesetzen zuzustimmen:

Gesetz zu dem **Protokoll vom 26. November 1976 zum Abkommen vom 22. November 1950 über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters**

Gesetz zu dem **Übereinkommen vom 18. Oktober 1969 zur Errichtung der Karibischen Entwicklungsbank**

Die Vorsitzenden folgender Ausschüsse haben mitgeteilt, daß der Ausschuß gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absieht:

Auswärtiger Ausschuß
Drucksache 11/2013
Drucksache 11/3088
Drucksache 11/3127

Ausschuß für Wirtschaft
Drucksache 11/3995

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Drucksache 11/2153

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft
Drucksache 11/1993

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Drucksache 11/2099

(A) (C)

Die Vorsitzenden folgender Ausschüsse haben mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehenden EG-Vorlagen zur Kenntnis genommen bzw. von einer Beratung abgesehen hat:

Ausschuß für Wirtschaft
Drucksache 10/3909 Nr. 2
Drucksache 11/2580 Nr. 11
Drucksache 11/3021 Nr. 2.4
Drucksache 11/3636 Nr. 2.2
Drucksache 11/3882 Nr. 3.10, 3.28
Drucksache 11/4019 Nr. 2.4—2.9, 2.11—2.17
Drucksache 11/4081 Nr. 2.6

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft
Drucksache 11/3558 Nr. 3.39

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Drucksache 11/839 Nr. 3
Drucksache 11/2899 Nr. 3.32

(B) (D)

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0720-7980